Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Nr. 49 – 5. Dezember 2009 · Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland · C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Neue Truppen für Afghanistan
Die USA fordern mehr Soldaten – lenkt Berlin ein? 2

Preußen / Berlin

Die DDR in mildem Licht
Die Deutschen in Ost und West rücken emotional zusammen – DDR wird verharmlost 3

Hintergrund

Alle wollen es weniger warm
Vor dem Weltklimagipfel: Die USA, China und Russland geben sich kooperativ 4

Deutschland

Den Schwarzen Peter weitergereicht
Hochschulrektorenkonferenz übt Eigenlob 5

Wirtschaft

Zur Geldanlage verdammt
Versicherungen: Gelder sicher und renditestark anlegen – Niedrigszinsphase hemmt 7

Kultur

Von Licht und Schatten
Die Kunsthallen in Hamburg und Bielefeld zeigen Werke von Impressionisten und ihrem Wegbereiter 9

Geschichte

Wie polnisch war »Ostpolen«?
Polens heutige Ostgrenze basiert auf der Curzon-Linie von 1919 11

Über den eigenen Erfolg verblüfft: Walter Wobmann von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) freut sich über 57 Prozent Zustimmung zum Bauverbot für neue Minarette. Die mutige Initiative könnte Signalwirkung für Europa bekommen. Bild: Reuters

Signal für die Freiheit

Das Schweizervolk lehnt neue Minarette ab – Kleine Begrenzung, großes Signal

Selbst Imame räumen ein, dass Moscheen keine Minarette benötigen. Die Begrenzung, die die Schweizer der Religionsausübung ihrer Muslime gesetzt haben, ist also minimal. In absurdem Missverhältnis dazu steht die fast schockierte Reaktion von Politik und Publizistik in ganz Europa.

Wer erfahren möchte, wie schockierte und desorientierte Politiker klingen, bekam in den Tagen nach dem Schweizer Volksentscheid gegen den Bau neuer Minarette reichlich Anschauungsunterricht. Während aufrichtige Muslime gar nicht bestreiten, dass sie als Zuwanderer in der Schweiz auch ohne neue Minarette immer noch weit mehr Religionsfreiheit genießen als die uralten christlichen Gemeinden im vorderen Orient, die kaum je eine Kirche neu bauen dürfen, erwecken nicht wenige Politiker den Eindruck, in der Schweiz hätten die Menschenrechte einen schweren Schlag erlitten. Eine riesige Distanz der Regierenden von den Regierten wurde sichtbar.

Minderheitenrechte dürften nicht Gegenstand direkter Demokratie sein, bescheinigte etwa die grüne Bundestagsabgeordnete und EKD-Präses Katrin Göhring-Eckardt unserem Nachbarvolk im Grunde einen Völkerrechtsverstoß. Ein Regierungssprecher erklärte konsterniert, die Bundesregierung sei sich sicher, „dass die Religionsfreiheit in der Schweiz ein genauso hohes Gut ist wie in Deutschland“. Vermutlich sogar ein weit höheres, möchte man einwenden, denn unser Nachbarland trifft Vorsorge, dass auch in zwei Generationen, wenn in Berlin und allen westdeutschen Großstädten die Muslime längst in der Mehrheit sind, Christen und Juden in der Schweiz zumindest noch gleichberechtigt sind und den Angehörigen weiterer Religionen sowie den Atheisten und Agnostikern (die laut Scharia allesamt getötet werden dürfen) überhaupt noch sicher leben können.

> Kein deutscher Politiker hat der Schweiz gratuliert

Wie groß insbesondere in Brüssel die Geistesverwirrung inzwischen ist, ließ die schwedische EU-Ratspräsidentschaft erkennen. Schwedens Justizministerin Beatrice Ask erklärte wörtlich: „Ich glaube an die Freiheit. Und ich denke nicht, dass wir ein neues Europa ohne das Recht auf Meinungsäußerung bauen können.“ Das sind goldrichtige Erkenntnisse, die sicher auch die große Mehrheit der Schweizer teilt. Doch während diese sich genau deswegen *gegen* unbegrenzte islamische Platznahme (und als deren Symbol gegen neue Minarette) aussprachen, wollte Frau Ask mit diesen Argumenten allen Ernstes das Schweizer Votum kritisieren.

Übrigens scheinen selbst bei der CSU, die sonst stets das Ohr am Volk hat, die Reflexe nicht mehr ganz zu funktionieren. Statt dem Nachbarn zu seiner klugen Entscheidung zu gratulieren und ähnliche Initiativen für Deutschland vorzuschlagen, sprach ein bayerischer Minister mit CSU-Parteibuch von einem „Warnsignal“. Der Weg zurück zur absoluten Mehrheit für die CSU scheint weit zu sein. *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Glückwunsch

Man muss nicht viel über den Islam wissen, um dessen langfristige und prinzipielle Unvereinbarkeit mit der Demokratie zu erkennen: Von 28 Staaten der Welt mit islamischer Mehrheit sind 27 keine Demokratien, der 28., die Türkei, schafft trotz aller Reformbemühungen keine menschenrechtlich saubere Politik.

Alle reden vom mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wirklich „kompatiblen“ Islam, doch keiner hat ihn je gesehen: Religionsfreiheit (einschließlich des Rechts zur Religionslosigkeit), die Gleichberechtigung der Frau, ja selbst das demokratische Urprinzip der Volkssouveränität sind mit elementaren Prinzipien des Islam schlechterdings unvereinbar.

Das alles wusste man, als vor rund 40 Jahren die ersten größeren Gruppen muslimischer Gastarbeiter nach Deutschland und dann auch in die Schweiz kamen. Dass die damals anstehende Grundsatzdebatte über Zuwanderung aus islamischen Ländern nicht geführt wurde, ist und bleibt ein kaum wiedergutzumachendes Versäumnis.

Jetzt geht es – bei allem Respekt vor dem einzelnen Muslim – um Schadensbegrenzung und dauerhafte Sicherung der Freiheit. Hierzu hat das Schweizervolk am Sonntag eine Entscheidung getroffen, zu der man unser Nachbarland nur beglückwünschen kann. Das „Nein“ zu neuen Minaretten ist nichts anderes als ein Ja zu Freiheit und Demokratie. Es steht als solches in der besten Tradition Schweizer Freiheitlichkeit, die sich auch gegen die Herausforderung des deutschen Nationalsozialismus und des Kommunismus so eindrucksvoll bewährt hat. So nebenbei öffnet das Schweizer Votum die Augen für die Verblendung vieler Politiker.

Unendliche Geschichte

Neue Runde im Tauziehen um Steinbach – Wulff wollte Beschluss

Die deutschen Vertriebenen werden mit guten Nachrichten nicht eben verwöhnt. Umso bemerkenswerter ist, dass die Arbeitsgruppe Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die sich vor wenigen Tagen konstituiert hat, mit nunmehr 63 Abgeordneten so groß ist wie nie zuvor. In der konstituierenden Sitzung wurde Klaus Brähmig (CDU) aus Sachsen zum neuen Vorsitzenden gewählt, er folgt damit Jochen-Konrad Fromme, der den Wiedereinzug in den Bundestag knapp verpasst hatte. Alter und neuer Vize ist Stephan Mayer (CSU).

Ist das Interesse der Unionsabgeordneten an dieser Arbeitsgruppe eine Geste der Solidarität mit der weiterhin viel angegriffenen BdV-Präsidentin Erika Steinbach? Sie weiß weiterhin nicht, ob sie den ihr moralisch gewiss zustehenden Posten im Beirat des Vertriebenenzentrums antreten kann oder nicht. Bis Weihnachten, so Steinbach, wolle der BdV der Bundesregierung Zeit zur weiteren Beratung geben, danach ist die förmliche Nominierung geplant, zu der das Kabinett dann endlich „Farbe bekennen“ müsste.

> Vertriebenengruppe größer denn je

Die Haltung des Bundesaußenministers Guido Westerwelle (FDP) scheint dabei schon festzustehen. Das offenbar von der Kanzlerin geforderte Gespräch mit Frau Steinbach führte er am Rande einer Plenarsitzung in fünf Minuten – auch das eine bemerkenswerte Missachtung von Millionen Vertriebenen.

Medienberichten zufolge hat im CDU-Präsidium vor wenigen Tagen Parteivize Christian Wulff einen ausdrücklichen Beschluss zugunsten von Frau Steinbach gefordert – ohne klare Unterstützung Merkels. Ein Vorzeichen?

Ein klares Zeichen der Solidarität kam unterdessen von akademischer Seite: „Außenminister Westerwelle soll endlich seinen Widerstand gegen Steinbach aufgeben oder zurücktreten“ forderten über 100 Verbindungsstudenten in einer einstimmigen Entschließung in München. *K.B.*

Und sie pokern doch

Schwarz-Gelb: Steuerstreit zeigt die enormen Startschwierigkeiten

Wir pokern nicht!“, gab sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) noch am Montag standfest. Nein, die Bundesregierung lasse sich auf keinen Kuhhandel ein mit Ländern, die damit drohten, die für den 1. Januar geplanten Steuererleichterungen zu stoppen.

Schon am folgenden Dienstag war diese Haltung Makulatur. Nachdem insbesondere Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) in einem Gefühlsausbruch seine Kompromisslosigkeit glaubhaft gemacht hatte, ging es nur noch darum, auf welche Weise die Regierung Merkel/Westerwelle widerspenstigen Ländern eine Zustimmung abkaufen könnte. Ohne das Placet des Bundesrats können die Gesetze nicht in Kraft treten. Die Länderkammer entscheidet am 18. Dezember. Es geht um mehr Kindergeld, höhere Kinderfreibeträge, eine Unternehmensteuerreform und Änderungen bei der Erbschaftsteuer im Gesamtvolumen von 8,5 Milliarden Euro, wovon 3,9 Milliarden die Länder zu tragen hätten.

> So streitet man nur kurz vor dem Bruch

Schleswig-Holstein stöhnte schon vor der Finanz- und Wirtschaftskrise unter enormer Verschuldung. Durch den Beinahe-Zusammenbruch der HSH Nordbank und die Wirtschaftskrise sind gewaltige neue Belastungen aufgetreten, die schon die Frage aufkommen ließen, ob die Eigenständigkeit des Landes überhaupt zu retten sei.

Beobachter geben sich überrascht, mit welcher Mühe die erst wenige Wochen alte Koalition ihre Politik in den eigenen Reihen durchsetzen muss. Die Tonlage in den Auseinandersetzungen ist eine, die die Öffentlichkeit eigentlich von konkurrierenden Parteien gewöhnt ist oder von Koalitionen, die kurz vor dem Auseinanderbrechen stehen. Aufgrund eigener Startschwierigkeiten konnte die Opposition davon bislang kaum profitieren. Politiker von Schwarz und Gelb rufen ihre eigenen Leute derweil zur Mäßigung auf. *H.H.*

MELDUNGEN

CSU klar gegen »Gender«-Politik

München – Die Ideologie des „Gender Mainstreaming“ besagt im Kern, dass Männer und Frauen sich von Natur aus nur körperlich unterschieden und alles andere gelernt oder anerzogen sei. Der Umstand, dass diese Ideologie, der zu widersprechen sich erübrigt, ohne Parlamentsentscheidung seit 1999 ressortübergreifende „Leitlinie der Bundesregierung“ ist, gilt Kritikern als Beleg für die moralische und intellektuelle Krise der politischen Klasse in Deutschland. Doch nach einem klaren Beschluss der Jungen Union vor wenigen Wochen zur Abschaffung der GM-Politik geht nun auch die CSU scharf auf Distanz. In ihrer neuen Ausgabe berichtet die Parteizeitung „Bayernkurier“ an exponierter Stelle von der „augenfälligen Absurdität“ dieser „linken Ideologie“. CSU-Kennern zufolge ist diese frontale Kritik an einer seit dem Jahr 2005 von der CSU (wenn auch zögernd) mitgetragenen Politik kaum ohne „Grünes Licht“ der Parteispitze vorstellbar. *K.B.*

Demjanjuk vor Gericht

Ludwigsburg – Vor dem Landgericht München II hat der Prozess gegen John Demjanjuk begonnen. Die „Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen“ in Ludwigsburg wirft dem heute 89-Jährigen vor, er sei mit einem Wachmann im ehemaligen Vernichtungslager Sobibór identisch, der den Tod von über 28 000 Häftlingen zu verantworten habe. In der Berichterstattung über den Fall wird oft nicht erwähnt, dass Demjanjuk als angeblicher Treblinka-Aufseher bereits 1988 in Israel zum Tode verurteilt wurde, nach sieben Jahren Haft dann aber 1993 vom obersten israelischen Gerichtshof in einer einstimmigen Entscheidung freigesprochen wurde, weil der gesuchte „Iwan der Schreckliche“ offenbar ein anderer war – der wohl 1943 verstorbene Iwan Martschenko. *PAZ*

Neue Truppen für Afghanistan

Obama will nicht nur das US-Kontingent aufstocken – Berlin hält sich bedeckt, könnte aber nachgeben

US-Präsident Barack Obama hat die lange erwartete Truppenverstärkung für Afghanistan verkündet. Von den Verbündeten wünscht er sich 10 000 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten zum aktuell 110 000 Kräfte zählenden Isaf-Korps. Doch die wird er kaum bekommen – viel zu unpopulär und perspektivlos erscheint der Einsatz am Hindukusch.

Ausgerechnet jetzt, mag man in der Bundesregierung gestöhnt haben: Im Volk war der Afghanistan-Einsatz von Anfang an unpopulär, und nun hat das ungeschickte Taktieren des früheren Bundesverteidigungsministers Franz-Josef Jung den verstolperten Start der schwarz-gelben Bundesregierung zum völligen Fehlstart werden lassen. Und ausgerechnet in dieser Lage fordert Barack Obama, der erst vor wenigen Monaten mit dem Nobelpreis geadelte „Friedefürst“ aus Chicago, sogar neue Truppen aus Deutschland für den außergewöhnlich unpopulären und auch unter Experten als perspektivlos geltenden Nato-Einsatz am Hindukusch.

Dabei scheint Obama selbst völlig klar zu sein, dass die ursprünglichen Ziele dieser Mission allesamt unerreichbar sind: Die Ende 2001 gestürzten Taliban sind stärker als zuvor, Osama bin Laden, der Massenmörder des 11. September 2001, wird in Afghanistan wohl nicht mehr zu fassen sein und das Ziel der Demokratisierung des Landes – das allerdings nie weit oben auf der internen Prioritätenliste stand – gilt angesichts der rauen Wirklichkeit der zentralasiatischen Stammesgesellschaften als rundheraus utopisch.

Während die Bundesregierung immerhin darauf verweist, dass der deutsche Einsatz im Norden des Landes regional gut akzeptiert wird und dort einige Entwicklungsziele erreicht worden sind, müssen die USA einräumen, dass in ihren Sektoren keinerlei Vertrauen gewachsen ist. Nicht einmal ein so vergleichsweise bescheidenes Ziel wie die Eindämmung des blühenden Drogenmarktes in Afghanistan ist auch nur annähernd erreicht worden.

Immerhin ist die unglaubliche Naivität überwunden, mit der dieser Einsatz in den ersten Monaten und Jahren betrieben wurde: Unter Kanzler Schröder und Außenminister Fischer gab es Zeiten, da die deutschen Lkw alle paar Monate aus Kundus nach Deutschland geflogen wurden, um nach deutschen Vorschriften ihre Abgas-Plakette zu bekommen. Man staunte, dass man gepanzerte und minengeschützte Transporter benötigte und hielt den unbestreitbaren Aufschwung des afghanischen Frauenfußballs (!) für einen echten politischen Erfolg dieser Mission.

Diese Zeiten sind nach Dutzenden deutscher Toten und dem bedrückenden Angriff auf die Tanklaster Anfang September mit vielen zivilen Opfern gründlich vorbei. Jetzt scheint es nur noch um Schadensbegrenzung zu gehen. Das Wort „Abzug“ oder gar „Rückzug“ ist in der Sprache der Regierung Merkel fast ebenso strikt tabuisiert wie das Wort „Krieg“ – „kriegsähnliche Zustände“ sind das äußerste Zugeständnis. Man redet vornehm von „Übergabe der Verantwortung“ an die (selbstverständlich demokratisch nicht wirklich legitimierte) afghanische Regierung.

> **Warschau dient Washington ungefragt weitere Truppen an**

Aber der Bürger weiß, was gemeint ist und die von Obama geforderte nochmalige Aufstockung des Kontingents soll wohl vor allem der Gesichtswahrung dienen: Niemand soll den Eindruck bekommen, man lasse sich durch Terroranschläge verdrängen, einmal noch soll Stärke demonstriert werden und dann soll die Übergabe an Präsident Karsai und seine Sicherheitskräfte (die Übergänge zwischen Militär, Polizei und Privatarmeen scheinen eher fließend zu sein, möglichst so ins Werk gesetzt werden, dass alles geordnet aussieht. Falls dafür schon ein Zeitpunkt fixiert sein sollte, wird er natürlich nicht publiziert, um die sonst sicher absehbare Massierung von Terrorakten vor dem Tage X zu vermeiden.

Nicht nur der Umstand, dass dieses Kalkül gewisse Parallelen mit dem sowjetischen Vorgehen in dem geplagten Land in den 80er Jahren hat, wirft die Frage nach der Erfolgschance auf. Umso bemerkenswerter ist, wie die verschiedenen Truppensteller auf Obamas Vorstoß reagiert haben.

Noch am meisten Zustimmung erhielt Obama aus Großbritannien und Polen. In London pflegt ein angeschlagener Gordon Brown die Sonderbeziehung mit den USA, in Warschau wird – noch oder wieder – versucht, transatlantische Geopolitik zu machen, ohne Rücksicht auf „Kollateralschäden“ in Berlin, Paris und Brüssel. In Washington war man begeistert über das polnische Angebot, noch vor einer offiziellen Anfrage das eigene Kontingent von knapp 2000 auf 3000 Mann aufzustocken. Sympathisch ist, dass 76 Prozent der Polen nicht nur diese Eilfertigkeit der Regierung Donald Tusk ablehnen, sondern sogar den Abzug wünschen.

Bei den anderen Verbündeten wird gebremst und gezögert: Rom, Paris und eben auch Berlin widerstrebt die Aussicht, tiefer im afghanischen Sumpf zu versinken. Noch wird überwiegend auf Zeit gespielt, doch bis zur „Truppensteller-konferenz“ am 28. Januar in London müssen Entscheidungen fallen. Aus Berlin gibt es Signale, dass auch das deutsche Kontingent noch einmal vergrößert werden soll. Zunächst muss der Bundestag am 13. Dezember das Mandat für das momentan auf 4500 Mann begrenzte deutsche Kontingent verlängern. Vorher ist Klartext aus dem Kanzleramt kaum zu erwarten. *Konrad Badenheuer*



Schwierige Arbeit vor Ort: Abstimmungen mit lokalen Machthabern fordern die Bundeswehr heraus. Bild: ddp

Die Schulden-Uhr:
20 000 Euro pro Kopf

Mit über 20 000 Euro pro Einwohner ist der deutsche Staat seit wenigen Tagen verschuldet und die Neuverschuldung steigt rapide weiter. Die neue Regierung träumt immer noch von Steuererleichterungen, vor allem die Liberalen halten stur an diesem Wahlversprechen fest. Doch bereits vor der Wahl war absehbar, wie die Neuverschuldung in den Jahren 2009 und 2010 aussehen wird. Und mit jedem Euro mehr Schulden schrumpft der Gestaltungsspielraum der Politiker, denn die Zinsen, die gezahlt werden müssen, verschlingen wesentliche Teile der Staatseinnahmen: 2009 muss der Bund etwa 13,7 Prozent seines Budgets für Zinszahlungen aufbringen. Das ist genauso viel, wie er für Verteidigung, Bildung und Forschung zusammen ausgibt. *Bel*

1.643.348.351.544 €

Vorwoche: 1.640.588.333.526 €
Verschuldung pro Kopf: 20 026 €
Vorwoche: 19 992 €

(Dienstag, 1. Dezember 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Roter Stern wird verboten

Warschau zieht Konsequenzen aus kommunistischen Verbrechen

Kein kommunistisches Symbol hat in Polen ein Existenzrecht, denn es handelt sich um Symbole eines Genozid-Systems, das vergleichbar mit dem der deutschen Nazis ist“, begründete der Chef der nationalkonservativen „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), Jaroslaw Kaczynski, das Verbot dieser Symbole in Polen.

Kurz zuvor hatte der polnische Präsident, Kaczynskis Bruder Lech, ein entsprechendes Gesetz unterzeichnet, das die PiS eingebracht hatte. Die bürgerlichen Parteien unterstützen den Vorschlag. Ab sofort drohen bei der Verwendung, dem Erwerb, Handel oder Besitz von kommunistischen Symbolen Geld- oder Haftstrafen bis zu zwei Jahren. Nur in den Bereichen Kunst und Bildung sowie in Museen bleibt es weiterhin erlaubt, Hammer und Sichel zu zeigen. Grund für den – in den deutschen Medien fast völlig ignorierten – Gesetzentwurf der PiS ist die blutige Vergangenheit des Kommunismus. Er habe Millionen Tote gefordert, sagte Jaroslaw Kaczynski, als er dem polnischen Parlament vor einigen Wochen den Entwurf vorstellte.

Gegner des neuen Gesetzes kritisieren, dass die verbotenen Symbole nicht klar benannt seien. Auch seien die Trennlinien zwischen beispielsweise Kunst und politischer Propaganda manchmal fließend.

Der polnische Senator und Präsident der Kommission für Menschenrechte und Legalitäten des Senats Polens, Zbigniew Romaszewski, hält die Entscheidung für richtig, da das Unrecht, das das kommunistische Regime verursacht habe, in Vergessenheit gerate. Der Handel mit Bildern von sowjetischen Führern, Hammer und Sichel sowie dem Roten Stern würde zudem florieren.

> **Ausnahmen bei Kunst, Bildung und Museen**

Marcin Krol, ein an der Warschauer Universität lehrender polnischer Historiker, sieht das Gesetz kritisch. Um die Erinnerung an die kommunistischen Verbrechen lebendig zu halten, hätte er es für effektiver gehalten, wenn die wissenschaftliche Forschung und die allgemeinen Informationen über die kommunistische Ära ausgeweitet worden wären.

Der sozialdemokratische Sejm-Abgeordnete Tadeusz Iwinski hingegen verbirgt seine Ablehnung des neuen Gesetzes nicht. „Das ist doch albern“, schimpfte er. „Was heißt ‚Symbole‘? Heißt das, dass wenn Regierungsvertreter nach China reisen und Fotos unter einem Banner von der Kommunistischen Partei gemacht werden, sie dann das Gesetz brechen?“

Polen ist nicht das erste ehemalige Land des Ostblocks, das kommunistische Symbole verbietet. In Ungarn sind sie bereits seit 1994 nicht mehr erlaubt. 2003 wurde sogar ein ungarischer Politiker verhaftet. Attila Vajnai, der damalige stellvertretende Vorsitzende der Arbeiterpartei, hatte während einer Demonstration einen roten Stern als Abzeichen getragen. Vajnai klagte vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) auf freie Meinungsäußerung – und gewann. Im konkreten Fall des Roten Sterns, so der EGMR, handele es sich um ein Symbol mit mehreren Bedeutungen. So diene es nicht ausschließlich der Identifikation mit totalitären Ideen, sondern symbolisiere auch die internationale Arbeiterbewegung. *Bel*

Emotionaler Streit

Ethikrat bezweifelt Sinn der Babyklappen

Lange Zeit waren die Babyklappen oder -körbchen kein Thema mehr für die Öffentlichkeit, nachdem vor zehn Jahren diese mittelalterlichen Einrichtungen hierzulande wieder eingeführt worden waren. Doch seit der jüngsten Abschaffungsempfehlung des Ethikrates stehen die Babyklappen, in denen Neugeborene von ihren Müttern anonym abgegeben werden können, im Zentrum einer emotional aufgeladenen Debatte.

> **Werden so wirklich Kinder gerettet?**

Die Mehrheit des Rates argumentierte gegen eine starke Minderheit von kirchlichen Vertretern mit dem Recht der Kinder, ihre Herkunft zu kennen. Zudem gäbe es „keinen Hinweis“ darauf, dass Babyklappen tatsächlich Kinder retten würden.

Das jedoch bestreiten die Befürworter der Einrichtungen und verweisen auf schätzungsweise 300 bis 500 Neugeborene, die in den letzten zehn Jahren in solchen Einrichtungen abgegeben und anschließend adoptionswilligen Eltern übergeben wurden. Babyklappen haben eine lange Tradition im christlichen Abendland, seit dem Ende des 12. Jahrhunderts, als Papst Innozenz III. als erster verfügte, dass an den Pforten der damals besonders in den romanischen Ländern zahlreichen Findelhäuser ein „Drehlade“ angebracht wurde. So ist bis heute etwa beim Vatikanischen Hospital Santo Spirito eine solche alte Babyklappe sichtbar.

Gegen die Forderung des Ethikrates erheben Vertreter von Kirchen, Krankenhäusern, Verbänden und Parteien Widerspruch. Das Recht auf Leben müsse vor dem Recht auf Information stehen, appellierte etwa Birgit Käser vom „Babykorb“ in Mannheim. Zu den Kritikern der Empfehlungen des Ethikrates zählen kirchliche Vertreter wie Weihbischof Anton Losinger, der Moraltheologe Eberhard Schockenhoff oder der Präsident des ökumenischen Kirchentages 2010 Eckard Nagel. Auch Vertreter von Grünen und SPD halten an den Babyklappen fest. Einen stichhaltigen Beweis, dass damit bedrohte Neugeborene gerettet und nicht nur Findelkinder „produziert“ werden, können die Befürworter aber (bisher) nicht führen. *HEB*

Die DDR in mildem Licht

Die Deutschen in Ost und West rücken emotional zusammen – doch die DDR wird verharmlost



Verklärende Erinnerung: Szenen wie jene aus dem DDR-Schulalltag der späten 70er Jahre lassen positive Gefühle aufkommen, doch sie blenden aus, dass die Kinder damals ideologisch zum sozialistischen Menschen erzogen werden sollten.

Bild: imago

Mit Feierstunden und Dokumentationen wurde des Mauerfalls vor 20 Jahren gedacht. Das hat zumindest eines bewirkt: Die Verklärung der DDR scheint gebremst. Dennoch zeigt eine neue Umfrage, wie viele junge Menschen im Osten des Landes über die Verhältnisse in der DDR nicht Bescheid wissen oder die Verhältnisse für „erträglich" hielten. Auch die Linkspartei ist in dieser Frage zerstritten.

Der 20. Jahrestag des Mauerfalls hat die Menschen enorm bewegt: 44 Prozent der Westdeutschen bekannten in einer Allensbach-Umfrage, dass ihnen in den letzten Wochen wieder die Tränen gekommen seien. Die Atmosphäre aus den letzten Tagen der untergehenden DDR, der plötzliche Fall der Mauer und des SED-Regimes wühlen auch heute noch auf.

Trotz mancher Kritik am Prozess der Vereinigung antworteten in den letzten 20 Jahren stets Mehrheiten von 60 oder gar 70 Prozent mit Zustimmung und Freude. Die Skeptiker waren mit 15 bis 18 Prozent immer in der Minderheit. 68 Prozent der Bürger im Westen und immerhin 51 Prozent im Osten sind überzeugt, dass das Zusammenwachsen Deutschlands schließlich gelingen wird. Nur 20 Prozent im Westen und 34 Prozent im Osten widersprechen dieser optimistischen Sicht. Die vielzitierte „Mauer in den Köpfen" spielt laut Umfragen keine allzu große Rolle mehr. Genauso verhält es sich mit der Frage, ob sich die ehemaligen „DDR-Bürger" als Menschen zweiter Klasse fühlen würden. Das behaupten heute nur noch 35 Prozent, im Jahr 2002 waren es noch 57 Prozent.

Große Unterschiede zwischen Ost und West gibt es bei der Bewertung der DDR-Vergangenheit. Die Links-Partei von Thüringen zeigte sich auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende in dieser Frage zerstritten. Ihr Fraktionschef im Landtag, Bodo Ramelow, äußerte sich erbost, als einige Redner bestritten, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Verärgert reagierte der aus dem Westen stammende Ramelow auch, als ein Delegierter die Stadt Chemnitz weiterhin stur „Karl-Marx-Stadt" nannte. Unter verhaltenem Beifall sagte er, wenn es Karl-Marx-Stadt noch gäbe, dann stünde er heute nicht hier. Die DDR sei kein Rechtsstaat gewesen, die Bürger hätten sich nicht gegen die Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zur Wehr setzen können, wie er sich im Westen gegen die Überwachung durch den Verfassungsschutz habe wehren können. Auch habe es keine Trennung von Macht und Recht gegeben.

> So mancher »Linke« sagt immer noch »Karl-Marx-Stadt«

Dieser Sicht widersprachen andere prominente Parteivertreter. Ina Leukefeld, zu SED-Zeiten Zuträgerin der politischen Kriminalpolizei und heute stellvertretende Landesparteivorsitzende, erklärte, sie wolle die DDR keinen Unrechtsstaat nennen. Denn dies ziele auf die „Delegitimierung" der DDR und führe zur Diskriminierung von 17 Millionen Menschen. Unter lautem Beifall bekannte auch der Erfurter Delegierte Hendrik Volkert, „die DDR ist ein Teil von mir und wird es bleiben". Es habe Unrecht in der DDR gegeben, aber auch in anderen Staaten wie der Bundesrepublik. Man habe schließlich auch in der DDR eine Verfassung und ein Parlament gehabt, das vom Volk gewollt gewesen sei.

Diese Parteitagsdiskussion der Linken ist zwar sicher nicht repräsentativ, sie findet aber in der erwähnten Umfrage eine Konkretisierung und Differenzierung. Während 75 Prozent der Westdeutschen überzeugt sind, dass die DDR kein Rechtsstaat gewesen sei, so würden dieser Feststellung nur 37 Prozent der ehemaligen DDR-Bewohner zustimmen. Das Gegenteil behaupten nur 13 Prozent der Gesamtbevölkerung. Erschreckend ist aber hier die Zahl der Unentschiedenen bei den unter 30-Jährigen. Im Westen wissen 19 Prozent der jungen Leute und im Osten 66 Prozent der Menschen bis 30 nicht, ob sie die DDR für einen Unrechtsstaat halten sollen oder nicht. Das weist auf elementare Defizite in der Schulbildung hin. Besonders die ehemals regimetreuen Lehrer in den neuen Bundesländern dürften für diese Misere verantwortlich sein.

Je weiter die DDR zeitlich in die Ferne rückt, desto milder beurteilen die Menschen die Verhältnisse. Waren 1990 noch 72 Prozent der Meinung, dass sich im sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat „vieles" hätte ändern müssen, so würden das heute im Rückblick nur noch 45 Prozent sagen. Allerdings nahm die Zahl derer, die die Verhältnisse in der DDR „erträglich" fanden, von 2001 bis 2009 von 42 auf 23 Prozent ab. So scheint einige Aufklärungsarbeit doch Früchte getragen zu haben.

Die Hoffnung Willy Brandts, dass „zusammenwächst, was zusammengehört", scheint sich auf Grund dieser neuen Umfrage zu bestätigen. Während 1995 immerhin 48 Prozent der Menschen meinten, Ost und West würden einander „fern" stehen, und nur 15 Prozent eine „Nähe" erkennen konnten, hat sich dieses Bild bis 2009 aufgehellt. Heute fühlen sich 25 Prozent der Menschen in Ost und West miteinander verbunden, nur noch 37 Prozent diagnostizieren einen Abstand.

20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer besteht also Hoffnung. Aufklärungsarbeit und Dokumentationen über die Vergangenheit, Besuche in Ost und West haben Früchte getragen. Fanden vor einiger Zeit nur 37 Prozent, man habe sich in der DDR „unfrei und gefangen gefühlt", so sind es heute immerhin 57 Prozent. *H. E. Bues*

Gemeinsam im Korsett des Zeitgeists

Von Harald Fourier

In den deutschen Medien ist es ein bisschen so wie in der Politik. Zwischen Zeitungen verschwinden die Unterschiede genau so wie zwischen den Parteien. Wo – zum Beispiel – gibt es noch echte Kritik an „Konsens-Themen" wie Erderwärmung, Europa, Bankenrettung oder „neue Familienpolitik"? Wo wird noch die echte Auseinandersetzung zwischen rechts und links geführt?

Es gibt sie nicht. Trotzdem müssen sich die Zeitungen irgendwie ein Gesicht verpassen, das sie von der Konkurrenz unterscheidet. Die linksalternative „taz" verleumdet jetzt den prominentesten Journalisten des verhassten Springerverlages persönlich: „Bild"-Chef Kai Diekmann. An der „taz"-Hauswand, in Sichtweite von Diekmanns Büro, prangt neuerdings eine Plastik des nackten Diekmann mit einem unglaublich langen Geschlechtsteil. Die Aktion ist sogar vielen „taz"-Mitarbeitern peinlich, aber jetzt wollen sie auch nicht klein beigeben. Berlin hat etwas zum Glotzen und einen neuen Zeitungskrieg.

Wirklich? Oder ist das alles nur Schau? Der Fall Eisenberg spricht dafür. Johannes Eisenberg ist gleichzeitig Staranwalt und Hausanwalt der „taz". Als neulich sein Foto in der „Bild"-Zeitung abgedruckt wurde, klagte er erfolgreich, weil er „keine Person des öffentlichen Lebens" sei.

Komisch: In dem vor kurzem abgewrackten Magazin „Vanity Fair" hatte Eisenberg eine persönliche Kolumne mit eigenem Foto. Für Juristen ist der Fall damit eigentlich klar: Die „Bild"-Zeitung hätte Eisenbergs Foto veröffentlichen dürfen. Jedoch: Die „Bild"-Anwälte haben es versäumt, darauf hinzuweisen, und der Richter in der Verhandlung wusste vielleicht nichts von Eisenbergs Kolumne.

Kann es sein, dass „Bild" und „taz" hier dem Publikum einen Schaukampf Links gegen Rechts, Arm gegen Reich, Gut gegen Böse liefern, der am Ende bei beiden Verlagshäusern die Kasse kräftig klingeln lassen soll?

Noch eine andere Sache spricht gegen einen echten Glaubenskrieg: Der Springer-Verlag rekrutiert seine Journalisten seit Jahren bei der „taz". So wurde die inhaltliche Linie immer weiter nach links verschoben, während sich die „taz" ihrerseits ein kleines bisschen nach rechts bewegt hat.

Der einzige echte Unterschied zwischen „taz"- und Springer-Kommentatoren bestehe oft nur noch in der Höhe des Jahreseinkommens, spotten böswillige Kritiker. Letztlich stehen beide Zeitungen, „taz" und „Bild", für den bundesdeutschen Zeitgeist.

Linke und Gewalt

Abgeordnete soll ihre Kontakte erklären

CDU und FDP im Berliner Abgeordnetenhaus wollen nicht länger hinnehmen, dass sich Berlin als Hauptstadt der politisch motivierten Gewalt etabliert. Wohlgemerkt: Rechte Gewalt ist es nicht, welche die Hauptstädter am meisten plagt. Die Gewalt kommt ganz überwiegend von links. Dabei prägen brennende Autos die Medienbilder. Doch auch Gewalt gegen Personen aus linken Demos heraus wird zunehmend als ernstes Problem erkannt.

Nun haben sich Verdachtsmomente von Querverbindungen der gewaltbereiten Szene direkt ins Parlament ergeben. Evrim Baba, eine Abgeordnete der Linken, meldete in der Vergangenheit gewalttätige Demonstrationen an. In Äußerungen ließ sie erkennen, dass für sie politische Gewalt je nach Gesinnung zu gewichten sei: „Antifaschistischer Selbstschutz ist notwendig". Jüngstes Beispiel einer von Baba angemeldeten Kundgebung war die „Silvio-Meier-Gedenkdemo" vor wenigen Tagen. Meier war 1992 zunächst an einem Überfall auf rechte Jugendliche beteiligt und fiel bei einem späteren Zusammentreffen mit diesen einer Messerstecherei zum Opfer. Er gilt seither als Märtyrer der Linken, bei den Demos kommt es regelmäßig zu Krawallen, so auch dieses Jahr.

Der FDP-Abgeordnete Sebastian Kluckert warf Innensenator Ehrhart Körting (SPD) vergangene Woche „hilfloses Agieren bei der Bekämpfung linksextremistischer Gewalt" vor, offensichtlich wolle Körting den Koalitionspartner schonen, so Kluckert. Der CDU-Abgeordnete und innenpolitische Sprecher seiner Partei, Robbin Juhnke, nannte es skandalös, dass Körting „vor dem Koalitionspartner eingeknickt" sei und die Verwicklung Babas in gewaltträchtige Kundgebungen hinnehme. Körting wies die Vorwürfe zurück. *H.L.*

Grüne streiten über CDU

Schwarz-Grün in Berlin? Parteitag lag sich heftig in den Haaren

Seit die Meinungsumfragen in der deutschen Hauptstadt keine Zweierkoalitionen mehr möglich erscheinen lassen, sind die Grünen zum umworbenen Wunschpartner geworden. Anfang November phantasierte deren Landesvorsitzende Irmgard Franke-Dressler sogar vom Posten des Regierenden Bürgermeisters, wenn ihre Partei die wählerstärkste werden sollte.

Nachdem Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) den Postkommunisten bei der Regierungsbildung den Vorzug gab, wurden die Grünen wieder Oppositionspartei. Abgesehen von zwei sehr kurzen Zeiträumen rot-grüner Stadtregierungen blieben ihnen Regierungsposten vorenthalten.

Die erste Garde um Michael Kramer, Michaele Schreyer, Wolfgang Wieland oder Renate Künast verließen daraufhin die Berliner Landespolitik, um Karriere zu machen. Die, die ihnen nachfolgten, haben die Nase voll von der Opposition und stecken ihre Schwerpunktthemen ab, mit denen sie endlich auch im Berliner Rathaus zur (mit-)bestimmenden Kraft werden wollen. Co-Fraktionschefin Ramona Pop in einem Interview: „Das Wichtigste ist doch, dass es einen unverwechselbaren Kern grüner Politik gibt. Ein Beispiel: Sowohl das rot-grün regierte Bremen als auch das schwarz-grün regierte Hamburg setzen eine Schulreform um, bei der Hauptschulen abgeschafft werden."

> Ströbele: »Die Union könnte sich ja ändern!«

Da erscheint der Grünen-Fraktion sogar die CDU mitsamt ihrem Vorsitzenden Frank Henkel plötzlich hinnehmbar. Doch das sieht die Basis anders. Unversöhnlich standen sich auf dem jüngsten Parteitag zwei Gruppen gegenüber. Dirk Behrend, der starke Mann der Kreuzberger Grünen, griff Fraktionschef Volker Ratzmann massiv an. Im Leitantrag wurde dann – anders als von Fraktion und Parteiführung gewünscht – festgeschrieben, dass die Differenzen zu CDU und FDP größer seien als zu SPD und Linken. Seltsamerweise schlug ausgerechnet der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele versöhnliche Töne an. Frank Henkel und seine CDU könnten sich bis 2011 noch ändern, barmte der traditionelle Linksaußen.

Eine Frage spielte bei den Grünen bislang noch gar keine Rolle: Will die Berliner CDU Schwarz-Grün überhaupt? In Hamburg etwa schlittert die CDU wegen der grün-dominierten Schulpolitik in heftige Turbulenzen. Das dürfte auch Frank Henkel aufmerksam verfolgen. *Hans Lody*

A 100 vorerst gestoppt

Entgegen ihrem Koalitionsvertrag haben die Fraktionen von SPD und Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus die Planungen für den Weiterbau der inneren Ringautobahn A 100 gestoppt. 3,1 Millionen Euro für die Planungsarbeiten wurden gesperrt. Mit dem Weiterbau sollte der nur halbfertige Ring in den Ostteil der Stadt verlängert werden, wodurch hier einige Kleingärten und vier Wohnhäuser weichen müssten. Der Bund hatte 400 Millionen Euro für die 3,2 Kilometer lange erste Teilstrecke genehmigt. Diese könnten Berlin nun verlorengehen, da sie, wie bei solchen Maßnahmen üblich, projektgebunden sind. Genau darauf hat Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) in einer ersten Reaktion hingewiesen. Linke-Politikerin Jutta Matuschek ist dennoch stolz auf den Sieg gegen die eigene Koalition. „Wir haben die Bremse gezogen", jubelte sie nach dem Abstimmungserfolg im Abgeordnetenhaus. *H.L./H.H.*

Alle wollen es weniger warm

Vor dem Weltklimagipfel: Die USA, China und Russland geben sich kooperativ

Wird der zweiwöchige Weltklimagipfel ein Abschluss-Abkommen bringen? Wenn ja, werden sich Staaten wie Russland, China und die USA daran halten? Und die wichtigste Frage, die in der Berichterstattung allerdings meistens ausgeklammert wird: Wird der Milliarden-Aufwand tatsächlich das Weltklima beeinflussen?

Der mächtigste Mann der Welt und gleichzeitig größte internationale Medienstar, US-Präsident Barack Obama, steht im Ruf, alles zu tun, was die Medien von ihm erwarten. Im Wahlkampf hat er sich mit dem Klimaschutz-Guru und Ex-Vizepräsidenten Al Gore für eine Kehrtwende in der US-Energiepolitik stark gemacht. Doch vor der Kopenhagener Konferenz gab er recht widersprüchliche Signale von sich: Mitte November, auf dem Asean-Gipfel in Singapur, begrub er nach Einschätzung der meisten Beobachter die Aussichten auf ein Klimaabkommen mit ehrgeizigen Zielen. Kurz danach, als die Mainstream-Medien ihre Enttäuschung hierrüber artikulierten, schob er eigene nationale Klimaziele nach und kündigte an, Kopenhagen zur Eröffnung des Gipfels an diesem Sonnabend mit seinem Besuch zu beehren. Die USA wollen nun bis 2020 rund 17 Prozent weniger Treibhausgase ausstoßen, gemessen am Ausstoß von 2005.

Das ist ein Schritt in Richtung verbindliche Klimaziele, aber wesentlich weniger ehrgeizig (und teuer) als die Kyoto-Ziele, denen sich nach wie vor die EU verpflichtet sieht. Da liegt der Ausstoß von 1990 als Maßstab an, die Kohlendioxid-Emissionen sollen daran gemessen bis 2020 um 20 bis 30 Prozent sinken – also wesentlich schärfere (und teurere) Eingriffe in Industrie und Energiewirtschaft. Ohnehin sehen Kritiker der Klima-Erwärmungs-Ideologie den eigentlichen Nutzen des Kopenhagener Gipfels darin, dass die anderen Regionen der Erde sich zumindest im Ansatz ähnlich teure Lasten aufbürden wie Europa bisher schon.

Ein neues Abkommen ist unsicher – sein Nutzen aber auch

China, das sich an sich wenig um seine internationale Reputation schert, ist neuerdings ebenfalls ins Lager der Klimaschützer umgeschwenkt. Das Reich der Mitte will demnach „freiwillig“ bis 2020 um 40 bis 45 Prozent weniger CO_2 ausstoßen, gemessen aber wiederum am Ausstoß von 2005, ähnlich wie die USA. Für diesen Ansatz wurde China auch prompt von der EU beim China-EU-Gipfel in Nanjing grundsätzlich gelobt. Doch das reicht nicht, erklärte EU-Ratspräsident und Schwedens Premierminister Fredrik Reinfeldt. China müsse bei der Bekämpfung des Klimawandels eine „Führungsrolle in der Welt übernehmen“. Ohnehin dürfte schwer zu kontrollieren sein, ob und wie China sich wirklich an die eigenen Ankündigungen hält. Unklar ist zudem, warum China eine solche Ankündigung macht, hat die Pekinger Führung doch bisher ausschließlich das gemacht, was dem Land machtpolitisch oder wirtschaftlich nutzt, ohne Rücksicht auf die Umwelt. Die neue Linie widerspricht völlig der bisherigen chinesischen Industriepolitik.

Russland hat sich mit seinem „obersten PR-Beauftragten“, Präsident Medwedjew, neuerdings ebenfalls verbal hinter die Klimaziele gestellt. Medwedew fordert sogar strengeres Vorgehen. Das ist nur auf den ersten Blick überraschend für einen der größten Exporteure von CO_2-sensiblen Energie-Rohstoffen wie Erdgas, Öl und Kohle. Allerdings muss man bedenken, dass die russische Industrieproduktion in den Jahren nach 1990 massiv eingebrochen ist, ebenso der eigene Energieverbrauch. Die exportierte Energie geht nicht in die nationale CO_2-Bilanz ein. So gesehen kann für Russland ein weltweites Klimaziel gar nicht streng genug sein, nach dem Motto: Gut, wenn die anderen ihre Industrieproduktion drosseln müssen. *Anton Heinrich*



Greenpeace-Aktivisten in Peking: Das bommende Riesenreich China soll mehr für den Klimaschutz tun. Bild: Getty

Zeitzeugen



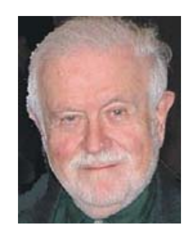
Yvo de Boer – „Kopenhagen kann und muss der Wendepunkt im internationalen Kampf gegen den Klimawandel sein“, so die Hoffnung des Generalsekretärs des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen in Bonn. Der oberste Klimaschützer der UN fordert schon seit 1994, dass die Politik sich dem Klimaschutz verschreibt und verbindliche Zusagen gibt.

Norbert Röttgen – Der neue deutsche Umweltminister (CDU) hat in Kopenhagen seinen ersten großen, internationalen Auftritt. „Politische Deklarationen reichen nicht aus, es müssen Entscheidungen getroffen werden“, fordert der 44-Jährige. Der dreifache Vater gilt als einer der engsten Vertrauten der Kanzlerin und trägt ihre hochgesteckten Klimaschutzziele zu 100 Prozent mit.



Connie Hedegaard – Bisher hat die 49-jährige Dänin internationalen Gästen vor allem die von einer möglichen Erderwärmung bedrohten Eisberge Grönlands gezeigt, doch dieser Tage empfängt die erste Klimaministerin ihres Landes 60 Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen. Und auch nach der Konferenz wird sie weiter für den Klimaschutz kämpfen: Die dänische Regierung hat die Journalistin gerade für das neue Klimaschutz-Ressort in der EU-Kommission nominiert.

Al Gore – Sein internationaler Einsatz für den Klimaschutz brachte dem ehemaligen US-Präsidentschaftskandidaten 2007 sogar den Friedensnobelpreis ein. Für seinen Dokumentarfilm „Eine unbequeme Wahrheit“ über die globale Erderwärmung hatte er im selben Jahr dieses den Oscar erhalten. Um die CO_2-Bilanz nach Flügen mit seinem Privatjet wieder auszugleichen, lässt er in den Tropen Bäume pflanzen.



Fred Singer – „Die Natur bestimmt das Klima“, so lautet das Motto einer von Singer gegründeten Initiative namens NIPCC, die sich als Gegenbewegung zum Weltklimarat (IPCC) versteht. Der 1924 in Wien geborene US-amerikanische Wissenschaftler für Atmosphärenphysik glaubt nicht, dass der Mensch mit mehr CO_2-Emissionen das Weltklima verändern kann. Abgesehen davon hält er eine wärmere Welt für einen Gewinn.



Die »Ketzer« melden sich zu Wort

Der „Weltklimagipfel“ heißt offiziell UN-Klimakonferenz und findet zwischen dem 7. und 18. Dezember im Bella Center in Kopenhagen statt. Das Treffen mit Delegierten aus über 190 Staaten, zu dem insgesamt rund 10000 Teilnehmer, Gäste und Journalisten erwartet werden, ist die 15. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen von 1992 und das fünfte Treffen im Rahmen des Kyoto-Protokolls von 1997. Der vor zwei Jahren beschlossene „Fahrplan“ von Bali (Bali roadmap) sieht vor, dass sich die Vertragsstaaten in Kopenhagen auf ein neues Regelwerk für den Klimaschutz nach 2012 einigen, wenn das Kyoto-Protokoll ausläuft.

Der angesehene Physiker und Klimawissenschaftler Fred Singer hat im Vorfeld der Konferenz seine Grundsatzkritik an der Theorie der menschengemachten Erwärmung erneuert. Als einer von 160 Erstunterzeichnern hat er einen offenen Brief an den US-Senat geschrieben, dessen zentrale Aussage ist, dass es einen Konsens zur globalen Erwärmung unter Wissenschaftlern nicht gibt. Singer bestreitet auch die Behauptung, dass mehr als 4000 Klimawissenschaftler am entscheidenden Bericht des Weltklimarates („IPCC Report“) mitgearbeitet hätten. Tatsächlich seien es alles in allem ewa 600 Autoren, Mitwirkende und Lektoren („Reviewer“) gewesen. Nur ganze neun Autoren hätten das entscheidende Kapitel 9 („Attribution“) verfasst, in welchem behauptet wird, dass der Mensch die Ursache für die globale Erwärmung sei, behauptet Singer. Der Bericht beziffert die Wahrscheinlichkeit, dass die Klimaerwärmung menschengemacht sei mit 90 Prozent und rechnet mit den Gegnern dieser Theorie scharf ab. *K.B.*

Rund 10000 reisen zum Klimagipfel

Hoch-Zeit der Lobbies

CERN: Wasserdampf und Sonnenzyklen sind wichtiger als CO_2

Weltgipfel sind immer auch Hoch-Zeiten für Lobbygruppen. Erst recht, wenn es um ein so ideologie-vergiftetes Thema wie die Klimaerwärmung geht. So haben schon Wochen vor dem Gipfel Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace warme Büros in Kopenhagen bezogen. Die Redaktionen weltweit werden mit Kontakt-Telefonnummern für Exklusivinterviews mit „Klimaexperten“ vom Verband sowie täglichen, teilweise stündlichen Dossiers und den neuesten „Fakten“ zur Erderwärmung gefüttert.

Die ideologisch korrekte Informationskette ist perfekt durchorchestriert: Von den Experten der Münchner Rück, die nicht ganz ohne wirtschaftliches Eigeninteresse die Klimaerwärmung in den düstersten Farben zeichnen, über die Vertreter von Inselstaaten, die – entgegen ihren Aussagen – vermutlich früher von einem Seebeben und dem folgenden Tsunami weggespült werden als einem (bisher kaum messbaren) ansteigenden Meeresspiegel, bis hin zur Uno selbst, die mittels ihres UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) das Wachstum der Menschheit als Urgrund für die immer wieder zitierte „Klimakatastrophe“ postuliert und darum leichter zugängliche Verhütungsmittel sowie mehr Gender-Politik fordert. Also: Laut Uno ist neuerdings der Mensch an sich klimaschädlich. An diesem Punkt kulminiert der Klimaschutz-Ansatz der politisch korrekten Mainstream-Ideologie zur Menschenfeindlichkeit.

Wer die CO_2-Theorie zu bestreiten wagt, bekommt Probleme

Viel mehr als jeder CO_2-Ausstoß der Menschheit beeinflusst nach Ansicht von Klima-Skeptikern der simple Wasserdampf in der Luft sowie die natürliche Schwankung der Sonnenintensität das Weltklima. Kohlendioxid ist nicht mehr als ein Spurengas in der Luft mit einem Anteil von rund 0,04 Prozent. Davon wiederum stammen nur vier Prozent aus menschlicher Produktion. Jede Schwankung des Sonnenwindes und der Sonnenflecken hat massive Klimaschwankungen zur Folge, wie kürzlich das Kernforschungszentrum CERN erst wieder darlegte. Man darf gespannt sein, ob und gegebenenfalls wie die obersten Klimaschützer in Kopenhagen künftig diese beiden Faktoren regulieren wollen.

Dazu kommt: Die Klimakatastrophen-PR-Industrie gleicht einem sich selbst verstärkendes System. Abweichende Meinungen werden umgehend von einer Phalanx von „Klimaforschern“ niedergebrüllt, die um millionenschwere Forschungsaufträge fürchten. Der kürzlich von Hakkern aufgedeckte und im Internet veröffentlichte Schwindel, den „Klimaforscher“ des einflussreichen englischen „Hadley Climatic Research Centre“ in Norwich per E-Mail untereinander abgesprochen hatten, um die Lage möglichst bedrohlich aussehen zu lassen, spricht Bände. Hier ging es darum, das tatsächlich messbare *Absinken* der mittleren Erdtemperatur in den letzten zehn Jahren totzuschweigen, kleinzureden, ja sogar Messwerte zu fälschen. Ebenfalls bezeichnend, dass man in Mainstream-Medien von diesem Schwindel kaum etwas las. *Anton Heinrich*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4327**

Schwarze Peter weitergereicht

Hochschulrektorenkonferenz übt Eigenlob und gibt Ländern Schuld an Bildungsmisere

Die Proteste an den Hochschulen dauern an. Nach der nun zu Ende gehenden „Aktionswoche" fokussieren die Studenten ihre Proteste auf die Kultusministerkonferenz am kommenden Donnerstag in Bonn. Tatsächlich sind den verständnisvollen Worten der Politiker bisher kaum Taten gefolgt.

Bereits im Juni dieses Jahres kam es zu einer Protestwelle an Schulen und Universitäten mit über 100000 Teilnehmern. Als Reaktion darauf berief Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) die so genannte „Bologna-Konferenz" ein, um mit allen Betroffenen vier Stunden lang über die Erfolge und Probleme der Umstellung der alten Diplom- und Magisterstudiengänge auf Bachelor und Master zu diskutieren. Verändert hat sich seitdem trotzdem nichts. Deshalb ist es nicht weiter verwunderlich, dass viele Studenten nun wieder auf die Straße gehen.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte der Bildungsstreik, als am 23. und 24. November die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in Leipzig tagte. Die Präsidentin der HRK, Margret Wintermantel, äußerte im Vorfeld Verständnis für die Studenten: „Es ist richtig, dass die Studierenden sich zu Wort melden und deutlich machen, dass ihre Studienbedingungen besser werden müssen und mehr für ihre soziale Sicherung getan werden muss." Die HRK vertritt gegenüber der Politik die Interessen von 256 Hochschulen in Deutschland. Gegen ihre Tagung in Leipzig demonstrierten Studenten massiv, weil die Rektoren an den Grundfesten des Bologna-Prozesses festhalten wollen.

Es ist symptomatisch für die derzeitige Situation der Hochschulen, dass alle die eigene Verantwortung für die Bildungsmisere bestreiten und den Schwarzen Peter weiterreichen. Wintermantel machte in Leipzig klar, dass die Umstellung auf Bachelor und Master „irreversibel" sei.

Darüber hinaus zog die HRK ein positives Fazit: „Es ist den Hochschulen gelungen, nahezu alle Studiengänge aus eigener Kraft auf eine neue, international verständliche Struktur umzustellen, ohne dafür zusätzliche Mittel erhalten zu haben." Einzig die Länder kritisierte man, da sie die Hochschulen nicht ausreichend finanziell unterstützen und einen unflexiblen Lehrplan vorgeben würden.

Doch auch die Politik spielt auf Zeit. Annette Schavan hat am 1. Dezember für kommenden

Abkehr von Bachelor und Master steht nicht zur Debatte

April einen „Bologna-Gipfel" angekündigt, auf dem die Wissenschaftsminister der Länder, Hochschulrektoren und Studentenvertreter zusammenkommen sollen. Ein wirklich wegweisender Dialog über die Zukunft der deutschen Hochschullandschaft lässt also noch eine Weile auf sich warten. Derweil protestieren die Studenten weiter. Vom 30. November bis 6. Dezember findet eine Aktionswoche des Bildungsstreiks statt, und für den 10. Dezember mobilisieren Schüler und Studenten zur Besetzung der Kultusministerkonferenz (KMK) in Bonn.

Ob dies tatsächlich etwas bewirkt, kann bezweifelt werden, da einerseits die Forderungen des Bildungsstreiks utopisch und zuweilen abstrus sind. Die Protestler scheinen zum Beispiel nicht einzusehen, dass der weitere Abbau von Zulassungsbeschränkungen nur zu noch chaotischeren Zuständen an den Universitäten führen würde. Infolge dessen wäre eine weitere Absenkung des Niveaus der Lehre zu befürchten.

Unter den Streikenden tummeln sich viele Langzeitstudenten, die den Protest als große Party und Plattform realitätsferner Parolen missbrauchen. Auch das Argument, durch Studiengebühren könnten sich viele die Uni nicht leisten, bekommt Risse. Das Statistische Bundesamt hat festgestellt, dass sich überdurchschnittlich viele junge Leute in jenen Bundesländern immatrikulieren, die Studiengebühren erheben.

Andererseits sind für eine Reform des Bologna-Prozesses sowohl den Rektoren als auch der Politik solange die Hände gebunden, wie sie sich an die Vorgaben der Europäischen Union zur Schaffung eines gemeinsamen Hochschulraumes halten. Auch in den Nachbarländern Deutschlands gehen die Studenten auf die Straße, doch die Politik versucht die Probleme mit rhetorischen Floskeln schönzureden und hofft, dass die Proteste bald abebben.

Statt Qualität zählt für Bildungsministerin Schavan die Quantität. Als letzte Woche vom Statistischen Bundesamt Rekordzahlen bei den Studienanfängern vermeldet wurden, äußerte sie sich euphorisch: „Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung. Die neuesten Zahlen zeigen, dass die Abiturienten in Deutschland ein Studium als attraktiv bewerten." 2009 haben sich 423600 neue Erstsemester an einer Hochschule eingeschrieben. Insgesamt studieren hierzulande 2,1 Millionen junge Erwachsene. *Felix Menzel*



Zulassung erleichtern? Die Forderung gefährdet das Niveau der Universitäten. Bild: action press

MELDUNGEN

Neuer Chef der Geheimdienste

Berlin – Angela Merkel hat den Präsidenten des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Günter Heiß (CDU), zum Koordinator der Geheimdienste im Bundeskanzleramt gemacht. Die Medien reagierten überrascht, denn der „graumäusige" Musikliebhaber wirke gar nicht wie ein Mann, der als Abteilungsleiter die Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst übernehmen sowie dessen Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst koordinieren kann. Heiß bekämpft Rechts- und Linksextremisten gleichermaßen engagiert, fiel aber auch schon durch zu forsche Informationspolitik und eine Peinlichkeit auf: Sein bei einem CDU-Empfang am Buffet vergessener Koffer löste einen Bombenalarm aus. *Bel*

Pressefreiheit in Gefahr?

Berlin – Der Streit um die Personalie des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender hat zu großer Empörung vor allem in den Medien geführt. Die Tatsache, dass der Unionspolitiker Roland Koch derart viel Einfluss im ZDF-Verwaltungsrat ausüben konnte, dass der Vertrag Brenders nicht verlängert wurde, gab auch der oppositionellen SPD die Chance, vor der Gefahr von politischer Einmischung in die Medienberichterstattung zu warnen. „Ich kann mir vorstellen, dass das durchschlägt, diese Begehrlichkeit, bis auf die Ebenen der lokalen Politik und der lokalen Berichterstattung", warnte die Geschäftsführerin der Deutschen Journalisten-Union, Ulrike Maerks-Franzen. Die Tatsache, dass Politiker bei einem öffentlich-rechtlichen Sender mitentscheiden dürfen, stieß negativ auf. Bei anderen öffentlich-rechlichen Institutionen und Landesbanken hingegen empörte sich bisher niemand über diesen Umstand. *Bel*

Russki-Deutsch (45):

Subbotnik

Von Wolf Oschlies

Der Subbotnik leitet sich von „subbota" (Sonnabend) ab und war von Lenin im Juni 1919 in einem Artikel geprägt worden – als Begriff für „freiwilligen" Arbeitseinsatz am Wochenende. Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler und Salonkommunist Alfons Goldschmid, der kein Wort Russisch sprach, hat ihn 1920 aus Moskau als „kommunistische Samstagsarbeit" in die deutsche Sprache eingeschmuggelt. Erst drei Jahrzehnte später wurde dieser Arbeitseinsatz unter dem russischen Namen in der DDR reaktiviert, wobei das Prinzip der Freiwilligkeit nominell gewahrt blieb, doch galt er allgemein als „freiwilliges Muss".

Bei den Menschen waren „Subbotniks" höchst unbeliebt. Russen machten drastische Witze über den Subbotnik und seinen Erfinder Lenin. In der DDR war die Unlust am Subbotnik ein Dauerthema für Kabarettisten, wie in einem Dialog zwischen zwei „Thälmann-Pionieren": „Übermorgen soll wieder Subbotnik sein." – „Ich weiß. Und ich bin auch schon am Überlegen." – „Worüber?" – „Mit welchen Wehwehchen ich mich diesmal erfolgreich drücken kann."

Nach der Wende wurde der „Subbotnik" bei Mitteldeutschen zur spaßigen Schnapssorte – auf dem Flaschenetikett DDR-Geld und der Slogan „Freie Arbeit ohne Geld". Anders war es bei Westdeutschen.

Von einer wahrhaft bizarren Neubedeutung des Wortes berichtete Rüdiger Bagger von der Hamburger Staatsanwaltschaft in „Spiegel-TV": In den 1980er Jahren war es im Hamburger Rotlicht-Milieu zu einer Brutalisierung der Gepflogenheiten gekommen, die (vermutlich) durch das Auftauchen osteuropäischer Zuhälter eintrat: Zusammenschlagen von Prostituierten, Massenvergewaltigungen und ähnliches mehr, wofür der Sammelbegriff ‚Subbotnik' stand. Details wurden 2001 bekannt, als man in Hamburg die russische Bordellchefin Natalja S. fasste. Die Presse berichtete: „Innerhalb eines Jahres hatte sie 40 Frauen nach Hamburg geschmuggelt und zur Prostitution gezwungen, und für die ‚Erziehung' hatte sie extra sechs russische Aussiedler engagiert. Die vergewaltigten dann die Frauen, ... ‚Subbotnik' nannte Natalja das: freiwillige Arbeit ohne Bezahlung."

Keineswegs brav

Neue Familienministerin eckte bereits an

Wer ist Kristina Köhler? So fragten nicht nur zahlreiche Bürger, sondern auch viele Medienvertreter, als der Name der neuen Familienministerin bekannt gegeben wurde. Doch die junge Hessin, über die die *PAZ* in den letzten Jahren immer wieder berichtete, ist weder unbekannt noch brav, seit Jahren sorgte die unbequeme Pragmatikerin mit ihren Stellungnahmen immer wieder für kleinere Aufregungen.

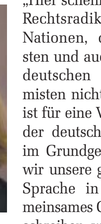


Foto: ddp

Kristina Köhler

Dass sie jetzt Ursula von der Leyen in das Amt der Familienministerin nachfolgt, verdankt die erstmals 2002 nach Beendigung des Studiums in den Bundestag gewählte Diplom-Soziologin vor allem äußeren Umständen: Gesucht wurde jemand, der aus der Hessen-CDU kommt sowie weiblich und jung ist. Diese Kriterien erfüllte Köhler am besten. Die 32-Jährige trat bereits als Schülerin in die Junge Union ein und ist in ihrer Partei gut vernetzt, doch manchmal vertritt sie aus CDU-Sicht immer wieder eigene Positionen.

„Es geht um politische Glaubwürdigkeit. Die CDU darf nicht jahrelang Augenmaß und Opferbereitschaft einfordern und das dann bei erstbester Gelegenheit wieder in den Wind schlagen", klagte sie, als ihre Partei 2008 eine außerplanmäßige Rentenerhöhung beschloss. 2006 betonte sie, dass Extremismus viele Gesichter habe: „Hier schenken sich die Rechtsradikalen aller Nationen, die Islamisten und auch Teile der deutschen Linksextremisten nichts." Und sie ist für eine Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz: „Wenn wir unsere gemeinsame Sprache in unser gemeinsames Grundgesetz schreiben, wen bitte soll das diskriminieren?"

Oft wird behauptet, die Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im BND-Untersuchungsausschuss (2006–2009) sei wertkonservativ, doch das ist zu kurz gegriffen. In einigen Themenbereichen ist sie eher liberal und das dürfte sich auch in ihrer neuen Position bemerkbar machen. Wer hofft, die (noch) unverheiratete und kinderlose Köhler würde das Familienministerium wieder konservativer führen, dürfte enttäuscht werden. Vieles spricht dafür, dass sie von der Leyens Linie fortführt. *Bel*

Das »C« schützen

Neuer katholischer Kreis in der Union

Gegen den ausdrücklichen Willen der CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben katholische Mitglieder der beiden Unionsparteien Anfang November den Arbeitskreis Engagierter Katholiken (AEK) in der CDU/CSU gegründet. Dieser soll nach dem Willen seiner Initiatoren analog zum Evangelischen Arbeitskreis (EAK) als „bundesweites politisches Forum für katholische Christen" dienen. Im Gegensatz zum EAK, dem alle evangelischen Parteimitglieder automatisch angehören, ist der Beitritt zum AEK freiwillig.

Gegen Merkels erklärten Willen

Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes gehören unter anderem der Bundestagsabgeordnete Norbert Geis, der ehemalige bayerische Wissenschaftsminister Thomas Goppel und der Europapolitiker und Vertriebenenvertreter Bernd Posselt (alle CSU), der Sozialethiker Wolfgang Ockenfels, die Bundesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben (CDL) Mechthild Löhr und der Abtprimas der Benediktiner Notker Wolf. Als Sprecher des AEK fungiert der Publizist und Bundesvorsitzende des Bundesverbands Lebensrecht (BVL) Martin Lohmann, einer der lautesten innerparteilichen Kritiker Merkels („das Kreuz mit dem C").

Seit der Gründung der beiden Unionsparteien nach dem Zweiten Weltkrieg unter starker Beteiligung früherer „Zentrums"-Politiker galten katholische Mitglieder als dominierende Kräfte der Partei, ein eigener Arbeitskreis schien bis in die 90er Jahre hinein nicht notwendig. „Katholisch sind wir sowieso", hatte Helmut Kohl sich einst ablehnend geäußert. An dieser Linie wollte Angela Merkel festhalten, als sie sich Mitte Juni entschieden gegen die Gründung eines solchen innerparteilichen Zweiges wandte. Sie gehört selbst dem EAK an und war von 1992 bis 1993 dessen Bundesvorsitzende.

Als unmittelbarer Auslöser für die Gründung des neuen Parteizweiges gilt der dramatische Wählerverlust unter kirchennahen Katholiken bei der letzten Bundestagswahl. Diese fühlen sich besonders bei Lebensrechts- und Familienthemen oder in der Wirtschaftsethik oft nicht mehr von der Partei vertreten. Als weitere Gründe wird Merkels Papst-Schelte im Zuge der Williamson-Affäre genannt. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Die Würde der Ermordeten

Buenos Aires – Bis zu 30 000 Menschen werden seit der blutigen Militärdiktatur der Jahre 1978 bis 1983 in Argentinien vermisst. Immer wieder werden Massengräber gefunden, aktuell gelten 598 Tote als nicht identifiziert. Doch das Land begnügt sich nicht mit schönen Friedhöfen, sondern will den Angehörigen Gewissheit und den Opfern ihre Namen zurückgeben. Allen unbekannten Toten werden DNS-Proben entnommen, auch 5000 Blutsverwandte von Vermissten haben bereits Proben abgegeben. So gelangen nun wieder 42 Schicksalsklärungen. Das für diese Arbeit zuständige Institut EAAF („Argentinische Gruppe für Forensische Anthropologie“) stellt auch Todesursachen und Folterspuren fest und informiert Medien und Justiz. *K. B.*

Gewalt gegen Journalisten

Wagadugu – Journalismus in Afrika ist ein lebensgefährlicher Beruf. Von 1991 bis 2009 – so die makabre Bilanz des im November zu Ende gegangenen dritten „Internationalen Festivals der Presse- und Meinungsfreiheit“ in Wagadugu, der Hauptstadt von Burkina Faso – wurden insgesamt 144 Journalisten in Ausübung ihres Berufes getötet. Die Welle der Gewalt, die über Afrika schwappt, betrifft nicht nur Oppositionspolitiker und Vertreter verschiedener Religionen, sie macht auch vor kritischen Medienvertretern nicht halt. Aus diesem Grund stimmten die Delegierten aus 40 Ländern dafür, die Pflege der Presse- und Meinungsfreiheit in die Charta der Afrikanischen Union aufzunehmen. Das Festival steht in Konkurrenz zu einer anderen pan-afrikanischen Medienveranstaltung zum selben Thema, dem jährlich stattfindenden „Highway of Africa“. *J. F.*

Der Feind im Netz

Gerade mittelständische Firmen sind für Wirtschaftsspione interessant – China und Russland »führend«

Mehrere Milliarden Euro Schaden entstehen der deutschen Wirtschaft jährlich durch Wirtschaftsspionage. Ein Haupturheber ist seit Jahren bekannt: die Volksrepublik China.

Stetig und ungebremst breitet das Reich der Mitte sein politisches Agentennetzwerk in Deutschland aus. Peking sammelt Daten und knackt elektronische Sicherungssysteme. Die Bundesanwaltschaft geht nun mit gezielten Razzien gegen Chinesen vor. Sie sollen unter anderem missliebige Exil-Uiguren bespitzelt und bedroht haben. Als Schaltzentrale dient deutschen Sicherheitsbehörden zufolge das chinesische Generalkonsulat in München, nicht zum ersten Mal, denn München ist ein europaweites Zentrum der Uiguren.

Der Vorwurf, China spioniere die Bundesrepublik Deutschland politisch aus, ist relativ neu – Wirtschaftsspionage dagegen nicht. Diese wiegt angesichts der finanziellen Schäden schwer, löst aber aufgrund des deutschen Handelsaufkommens mit China politisch weniger Reaktionen aus, als zu vermuten wäre.

Als vor zwei Jahren das Kanzleramt im Mittelpunkt chinesischer Daten-Hack-Aktionen stand, reagierte die Bundesregierung sehr zurückhaltend. Ein Grund ist Deutschlands Abhängigkeit vom postkommunistischen Schwellenland und dessen Exporten. Sie schlägt sich beispielsweise in der Erwartung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) nieder: 2009 werde China zum „zweitwichtigsten Einfuhrland für Deutschland avancieren“ – vor Frankreich. Deutschland kann zudem eher auf französischen Käse verzichten als auf den fernöstlichen Warenfundus.

Die Außenhandelsbilanz Deutschlands mit China ist stark negativ: 2009 stehen deutsche Ausfuhren im Wert von 39 Milliarden Importen aus China für 70 Milliarden Euro gegenüber. Damit sich die Bilanz ausgleicht, scheint politisch verhaltenes Auftreten opportun.

Doch gerade auf Deutschlands größten Hoffnungsträger bei dieser Mission, den Mittelstand, haben es chinesische Hacker und Wirtschaftsspione abgesehen. Davor warnte schon Anfang 2007 der Verfassungsschutz. Diese Firmen bieten oft innovative und somit für das Reich der Mitte attraktive Technologien, die vergleichsweise schlecht vor elektronischen Angriffen geschützt sind. Da zu viele deutsche Firmen aus falschverstandenem Kostenbewusstsein auf eine wirksame, aber teurere Sicherung ihrer Computer-Systeme verzichten, machen sie potenziellen Produktpiraten und ihren Spähern die Arbeit leicht. Gerade die vermeintlich günstige Internet-Telefonie biete ein Einfallstor, so der Verfassungsschutz. Aber auch der deutsche Hang zum günstigen Praktikanten birgt demnach Risiken. China treibe als wichtiger Handelspartner der Bundesrepublik zusammen mit Russland hierzulande die meiste Spionage, so die Behörde. Offizielle Beschwerden bei chinesischen Stellen führen allenfalls zur Schließung einiger Internet-Seiten von Produktpiraten, die allzu offensichtlich vorgehen. Chinas Behörden ermittelten 2007 nach massiven Vorwürfen an das Ausland in 400 Fällen, verhängten nach eigenen Angaben Bußgelder von insgesamt 70 000 Euro.

> Früher mussten die Spione noch eingeschleust werden

Ob Politik oder Wirtschaftsspionage: Peking braucht Agenten oft nicht einmal persönlich einzuschleusen und so schlimmstenfalls deren Ausweisung riskieren. Die Datenfänger sind bereits in der gesamten westlichen Hemisphäre aktiv, oft bequem und gefahrlos von Zuhause aus. Systemtreue Kreise beziehungsweise der chinesische Geheimdienst nutzen nicht nur neueste Computertechnik, oft genügen auch simple E-Mails als „Werkzeug“. Im März war nach einer Sicherheitsüberprüfung im indischen Rechnersystem der tibetischen Exilregierung ein regelrechtes Geisternetzwerk gefunden worden. Aufgedeckt wurde das Netz von Wissenschaftlern des in Toronto (Kanada) beheimateten Munk Centre for International Studies. Von chinesischen Standorten aus wurden ganze Computer über dieses Netzwerk ferngesteuert – laut Studie insgesamt 1295 Rechner, darunter auch solche der Außenministerien des Iran, Litauens, Nordkoreas, Indonesiens, der Philippinen und Bhutans. Praktisch jeder, der mit der exiltibetischen Regierung elektronisch Kontakt hatte, kam als Ausspäh-Opfer in Betracht. Die Agenten drangen auch in Konsulate in Deutschland auf elektronischem Wege ein. Wählerisch gehen sie nicht vor: Asiatische Organisationen, Banken aber auch ein Computer im Nato-Hauptquartier hielten dem chinesischen Fremd-Zugriff nicht stand. Die dafür nötigen Spionage-Programme wurden als E-Mails vermeintlicher tibetischer Mönche getarnt. So waren chinesische Stellen bestens über Aktionen der Exiltibeter auf der ganzen Welt im Bilde, konnten Nachrichten lesen, an der chinesischen Grenze unliebsame Tibeter wie Europäer und Amerikaner abfangen, aber auch westliche Diplomaten vor dem Besuch bei Exil-Tibetern „warnen“. Peking wusste über entsprechende Einladungen bestens Bescheid. Auch wenn Wissenschaftler der britischen Universität Cambridge die chinesische Regierung direkt für die Cyber-Attacken verantwortlich machen, kommen als Urheber nach wie vor auch patriotische Privatpersonen in Betracht. Das offizielle China jedenfalls weist jede Beteiligung weit von sich. *Sverre Gutschmidt*



Spionage per Internet: Schlecht geschützte Firmensysteme können von überall in der Welt geknackt werden. Bild: imago

Kein Muezzin

Frankreich: Bürgerinitativen begehren auf

Auch in Frankreich hat die Abstimmung gegen den Bau von Minaretten in der Schweiz Wellen geschlagen. Die Franzosen werden wohl ihre liberale Islam-Politik zumindest in diesem Punkt überdenken. In Frankreich ragen bereits zehn Minarette auf „Dom-Moscheen“, wie die großen Moscheen genannt werden, empor. Am höchsten ist dasjenige der großen Moschee in Paris, das bei 30 Metern gipfelt.

Bisher wurde Kritik gegen den Bau von Moscheen im Namen der Laizität, das heißt der Religionsneutralität des Staates, die in Frankreich gesetzlich verankert ist, laut. Doch immer öfter regt sich Widerstand. So hat im Januar eine Bürgerinitiative die Einwohner von Bordeaux mit dem auf Tonband aufgenommenen Ruf eines Muezzins geweckt. „In einigen Monaten wird Sie hier jeden Morgen werktags, sonntags und an Feiertagen das süße Lied eines Muezzins aus dem Schlaf holen“, verkündeten Flugblätter.

Der Imam von Bordeaux, Tareq Oubrou, hat sofort gekontert: „In Frankreich ertönt dieser Ruf nur innerhalb des Gebäudes. Das Minarett entspringt nicht einer religiösen Pflicht und die künftige Moschee in Bordeaux hat keines vorgesehen.“ In der Tat ist diese Erfindung nicht auf den Propheten Mohammed zurückzuführen, sondern sie wurde am Ende des ersten Jahrhunderts der Hedschra ins Leben gerufen. Anstelle des Rufs hat die Moschee in Marseille vorgesehen, einen Lichtstrahl auszusenden, um die Gläubigen an die Gebetszeiten zu erinnern.

> Kleine Bauprojekte statt Großmoscheen

„Niemand fordert einen Muezzin“, versichert die Regierung. Er wäre sowieso genauso wie die Kirchenglocken an die Weisungen der Bürgermeister gebunden. Diese sollen die Lautstärke bestimmen und die Maßnahmen treffen, die die Ruhe in ihrer Gemeinde sichern, das schreibt das Gesetz vor. Die aufgeregten Staatsbürger werden mit der Zusicherungen der Behörden beruhigt, dass Großmoscheen die Ausnahme blieben. Es gibt sonst derzeit in Frankreich 200 Bauprojekte von Kleinmoscheen in villenähnlichen Häusern – ohne Minarett. Dieses Modell gilt als „pragmatisch“ – politisch und finanziell. Offiziell gibt es in Frankreich 3,5 Millionen Moslems, sechs Prozent der Bevölkerung. Aber das statistische Institut INSEE schätzt ihre Zahl auf über vier Millionen. *Jean-Paul Picaper*

»Geschwätz von Rechtsstaatlichkeit«

Seeleute kritisieren Fehlentwicklungen im Kampf gegen Piraten – Kriegsrecht soll gelten

Vorvergangene Woche wurde das erste Mal seit langer Zeit ein Besatzungsmitglied eines deutschen Schiffs bei einem Piratenüberfall getötet. Die Hamburger Reederei Chemikalien Seetransport GmbH hatte ihren Tanker „Cancale Star“ in Nigeria Öl laden lassen, als er kurz danach von Piraten angegriffen wurde. Bei dem Versuch, die Diebe vom Safe fernzuhalten, wurde der aus der Ukraine stammende erste Ingenieur erschossen.

Für den Nautiker Jochen Goebe zeigt dieser Vorfall erneut, wie unergiebig die internationalen Versuche, solche Überfälle zu verhindern, sind. Goebe fuhr lange selbst durch das von Piraten verseuchte Südchinesische Meer Rindvieh von Darwin nach Yokohama. „Die haben alle keine Ahnung von der Mentalität solcher Leute und meinen, mit ihrem Geschwätz von Rechtsstaatlichkeit etwas zu ändern“, so der erfahrene Seemann. „Es dauerte Jahre, bis die Politiker überhaupt zögerlich Kenntnis von der Problematik und den Gefahren nahmen, mit dem die Praktiker vor Ort auch in Westafrika zu leben haben“, ereifert er sich.

Die Kritik aus den Reihen der Seeleute und Reeder ist groß. Für sie lag schon immer auf der Hand, dass auch der vermehrte Einsatz von Fregatten in einem Tausende von Quadratmeilen umfassenden Seegebiet bis zu 1000 Seemeilen von der Küste entfernt nur mäßige Erfolge zeitigen kann. Da die Korsaren dank des Millionensegens aus Lösegeldern über Ortungsgeräte, moderne, schnelle Booten und gute Waffen verfügen, starten sie von ihren Mutterschiffen aus die Raubzüge in Gebieten, in denen sich gerade keines der Kampfschiffe aufhält. Zudem sind sie bei Islamisten gefeierte Gotteskrieger mit reichlich Dollars und somit in vielen Buchten und auf vielen Inseln gern gesehene Besucher, finden also im Notfall auch andere Verstecke und neue Helfershelfer.

> Teurer Unsinn: 200 Mann an einem Punkt stationiert

2009 hat sich die Zahl der Attacken vor Somalia auf 200 erhöht, registrierte die „Seefahrer-Vereinigung“ in Mombasa. Lief früher die Kaperung meist unblutig ab, so eskaliert der Streit laufend und es sind erste Tote zu beklagen. Die Lösegeld-Forderungen werden immer dreister, erreichen Höhen von sieben Millionen wie etwa für ein seit längerem festgehaltenes britisches Seglerpaar. Sein Schicksal dürfte besiegelt sein, da die britische Regierung darauf nicht eingeht.

Die Spanier haben mittlerweile 33 Thunfisch-Fangschiffe mit bewaffnetem Personal ausgerüstet, Frankreichs zehn Fangschiffe sind mit Soldaten bestückt und selbst die USA haben ihre Handelsschiffe teilweise armiert und sehen die Lage somit ähnlich wie der Pragmatiker Goebe.

Als kostspieligen Unsinn bezeichnen die kritischen Nautiker die Tatsache, dass auf den Fregatten über 200 Mann an einem winzigen Punkt der Seekarte stationiert sind, sich mithin ihre geballte Kampfkraft allenfalls beim „Mensch ärgere dich nicht“-Spiel in der Messe entfalten kann. Nach der Meinung dieser Praktiker wäre es wesentlich effektiver, auf jedes der Handelsschiffe, die die heißen Gewässer passieren, eine kampfstarke Gruppe von ein paar Mann mit einer guten Armierung zu setzen, die im Zweifelsfall sich nähernde Schnellboote kompromisslos versenken.

Immerhin wird allein die deutsche Marine für den Einsatz in diesem Gebiet 2009 rund 50 Millionen Euro ausgeben. Werden die anderen Nationen, wie Frankreich, die USA, Großbritannien, Italien, Indien, Japan und China, Norwegen und die Niederlande, dazu gerechnet, erreichen die Aufwendungen Hunderte von Millionen für eine dennoch weiterhin zweifelhafte Sicherheit, Kanonen gegen Spatzen, zu Lasten der Steuerzahler, feixt Goebe.

„Jede Armee weiß, wie schwer es ist, Partisanen mit herkömmlichen Mitteln zu eliminieren. Diese Burschen sind schließlich nichts anderes als unerschrockene Partisanen der See mit klugen, logistisch denkenden Führern an Land, vielleicht nicht einmal in Somalia selbst“, ereifert er sich. Und, „wer sich so außerhalb des Rechts stellt, kann auch keines beanspruchen! Zudem sollte in solchen Fällen Kriegsrecht gelten, denn es ist ein Angriff auf die nationale Souveränität der Schiffe“, meint er.

Dass es möglich ist, mit Druck über die Geldflüsse an die Hintermänner des Millionengeschäfts zu kommen, lasse beispielsweise der Streit um die Steuerflüchtlinge der Schweiz vermuten. Bei den Piraten hier handele es sich längst nicht mehr nur um verarmte Fischer, sondern um straff organisierte Banden. Werden sie in Ostafrika zu sehr eingekeilt, organisieren sie das Geschäft anderswo neu, legen sich neue Mutterschiffe zu und verfügen damit über einen schier unbegrenzten Aktionsradius, haben zudem selbst bei hohen Verlusten keine Probleme, Nachwuchs zu rekrutieren. *J. Feyerabend*

Zur Geldanlage verdammt

Versicherungen müssen Kundengelder sicher, aber auch renditestark anlegen – Niedrigszinsphase hemmt

Weltweit strauchelten erst die Banken, dann viele Unternehmen und sogar Staaten. Das blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Versicherungskonzerne, doch noch trotzen sie der Krise, wenn auch mit geringerer Rendite.

Gerüchte über neue Spekulationsblasen, Inflationsängste und extrem niedrige Zinsen verunsichern derzeit die Sparer. Doch selbst Goldkäufe scheinen keine gute Alternative zu sein, da es fraglich ist, wie lange der Preis für das Edelmetall derart auf Rekordkurs bleiben wird.

Die sicherheitsbewussten Deutschen haben schon früh die Versicherungen für sich entdeckt. Während in angelsächsischen Ländern der Durchschnittssparer selbst seine Notgroschen in Aktien investierte, setzten die Deutschen auf Kapitallebensversicherungen. Diese lassen zwar keine Blütenträume reifen, doch haben sie ihre Anleger, die bis zum Ende der Vertragslaufzeit durchhalten, niemals ohne etwas zurückgelassen. Trotzdem sind Anleger auch bezüglich der Lebensversicherungen skeptisch geworden, mussten sie doch unter anderem lesen, dass Versicherer wie die Provinzial West oder der Deutsche Ring mit zu jenen gehören, die ihre Kundengelder in Lehman-Zertifikaten angelegt und somit verloren haben. Auch erlitten viele Versicherer 2008 an der Börse erhebliche Verluste, denn auch wenn immer noch gilt, dass die Branche auf Sicherheit bedacht ist, so zählt doch auch die Rendite. Die Frage, was am Ende der Vertragslaufzeit für den Versicherungsnehmer herrauskommt, wurde inzwischen wichtiger als die Frage, was im Todesfall an die Angehörigen gezahlt wird. Immer wieder listen Finanzfachzeitschriften und Finanzforschungsinstitute die renditereichsten Versicherungen auf. Wer also als Versicherung auf einer dieser Listen, nach der sich viele Kunden richten, genannt werden will, sollte eine Verzinsung bieten, die über dem staatlichen Garantiezins von 2,25 Prozent liegt.

Die Anlage in Aktien können sich die Versicherungskonzerne derzeit allerdings nicht „leisten“. Denn abgesehen von der nicht zu leugnenden Gefahr einer neuen Spekulationsblase und den damit drohenden Verlusten, die die möglichen Gewinne relativieren, haben Aktienanlagen auf Versicherungskunden eine abschreckende Wirkung. Als gut und sicher gelten immer noch Staatsanleihen und Pfandbriefe. Doch neben dem Umstand, dass der Sicherheitsaspekt angesichts überbordender Staatsverschuldung bei Staatsanleihen auch nicht mehr die gleiche Bedeutung hat wie noch vor zehn, ja sogar eineinhalb Jahren, lähmt das niedrige Zinsniveau. Am 1. Dezember lag die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe bei

Kurzfristige Anleihen unter Garantiezins

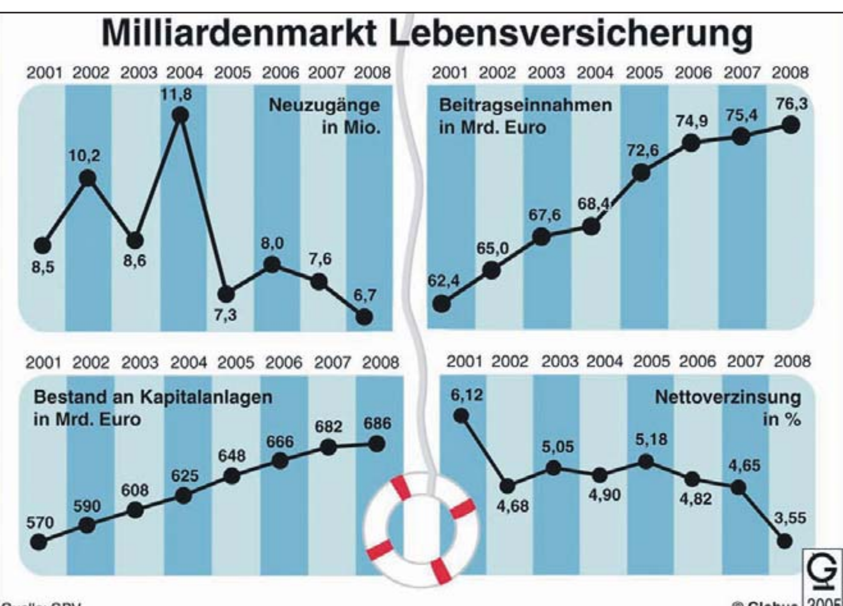
3,17 Prozent. Damit lassen sich zwar die Verwaltungs- und Risikokosten sowie der Garantiezins erwirtschaften, doch das allein gepaart mit Sicherheit lockt keine neuen Kunden an. Ausländische Staatsanleihen bringen zwar höhere Zinsen, doch gleichzeitig haben sie ein höheres Ausfallrisiko.

Das Magazin „Focus“ beschrieb letztens die „Not“ der Allianz-Versicherung, jeden Tag um die 100 Millionen Euro aus Kundenbeiträgen oder freiwerdenden Geldern anderer Anlageformen am Kapitalmarkt neu anlegen zu müssen. Staatsanleihen machen bei dem Großkonzern nur 19 Prozent aus. Der größte Anteil (54 Prozen) ist in Hypotheken und Pfandbriefen angelegt. Was mit diesen Milliarden passiert wäre, wenn die Hypo Real Estate, einer der größten Anbieter von Pfandbriefen, nicht vom deutschen Staat mit über 100 Milliarden Euro gestützt, sondern insolvent gegangen wäre, übersteigt jeden Albtraum der Anlagespezialisten. Denn auch wenn die mit Immobilien abgesicherten Pfandbriefe Sachwerte repräsentieren, hätte die Pleite dramatische Auswirkungen auf die Wertentwicklung von Anlageimmobilien gehabt.

Zwar beteuern viele Versicherer, sie würden selbst eine zehn Jahre andauernde Niedrigzinsphase ohne große Folgen für die Rendite überstehen, doch die Tatsache, dass die Nettorendite der Lebensversicherungen von etwa 4,5 bis 5,2 Prozent 2007 auf 3,1 bis 3,8 Prozent 2008 je nach Anbieter gesunken ist, spricht dagegen.

Neben der Neuanlage müssen zudem Wiederanlagen getätigt werden. Die auslaufenden Papiere stammen meist noch aus Hochzinsphasen. Da die Rendite bei kurzen Laufzeiten derzeit unterhalb des Garantiezinses liegt, bieten sich längerfristige Anleihen an. Diese bergen die Gefahr in sich, dass, wenn das Zinsniveau demnächst ansteigen sollte, man die höhere Renditechance verpasst, da man sich festgelegt hat. Um die Durchschnittsverzinsung zu erhöhen, fügen inzwischen immer mehr Versicherungen ihren Anlagen Unternehmensanleihen von Konzernen wie Daimler oder der Telekom hinzu. Diese garantieren Verzinsungen von bis zu neun Prozent und eine 100-prozentige Rückzahlung – es sei denn, das Unternehmen geht Pleite.

Ein wesentlicher Faktor ist auch stets, wie gut die Versicherer in der Vergangenheit gewirtschaftet haben. „Für die Überschussbeteiligung steht in der Bilanz ein gut gefüllter Topf zur Verfügung – die Rückstellung für Beitragsrückerstattung –, der genau zu dem Zweck angelegt wurde, um Zinsschwankungen auszugleichen“, so Alois Schnitzer von der Huk-Coburg gegenüber der *PAZ*. „Hinzu kommt schließlich: Die Kapitalerträge sind keineswegs die einzige Ertragsquelle eines Lebensversicherers. Die Huk-Coburg-Lebensversicherung zum Beispiel erzielt regelmäßig hohe sogenannte Risikogewinne – weil sie ihre Tarife vorsichtig kalkuliert hat – und Kostengewinne, weil sie außerordentlich kostenbewusst wirtschaftet. Auch diese Gewinne werden den Kunden gutgeschrieben.“ *Rebecca Bellano*



MELDUNGEN

Iran: Volvo ersetzt Daimler

Berlin – Die Sanktionspolitik der Bundesregierung gegen Iran zeigt eine unerwünschte Wirkung. Wie das „Handelsblatt“ berichtet, liefert der schwedische Lkw-Bauer Volvo Trucks dreiachsige Lastwagen an Teheran, nachdem Daimler den Export dieser Fahrzeuge auf Berlins Drängen hin eingestellt hat. Deutschland gab hier dem Druck der USA und Israels nach. Daimler legt Wert auf die Feststellung, nie militärtaugliche Fahrzeuge an Persien geliefert zu haben. *H.H.*

Transparenter Haushalt

Frankfurt am Main – Nach Hamburg im Jahr 2007 hat nun Hessen als erstes Flächenland seinen Jahresabschluss in Form einer Konzernbilanz verfasst. Experten loben diese für mehr Transparenz sorgende Entscheidung. Die meisten öffentlichen Haushalte arbeiten beim Jahresabschluss mit dem Prinzip der Kameralistik, erfassen also vor allem Ein- und Auszahlungen. Dies führe aber dazu, dass Vermögen und vor allem Schulden nicht ins Auge fallen. *Bel*

London gab Geheimkredite

London – Wie Großbritanniens Zentralbank erst jetzt bekanntgab, musste sie die beiden britischen Großbanken Royal Bank of Scotland (RBS) und Halifax-Bank of Scotland (HBOS) im Oktober 2008 mit einem Großkredit über zusammen 61,6 Milliarden Pfund (68 Milliarden Euro) vor dem Zusammenbruch retten. Die Kredite seien geheim gehalten worden, um eine Panik an den Finanzmärkten zu verhindern. Mittlerweile gehört die RBS zu 84 Prozent dem Staat, HBOS wurde von der Lloyds Banking Group übernommen, die nach umfangreichen Staatshilfen zu 43 Prozent in Regierungshand ist. *H.H.*

Risiko beim Steuerzahler

WestLB bekommt »Bad Bank« – Milliarden-Ausfälle möglich

Buchstäblich in letzter Sekunde wurde die Westdeutsche Landesbank (WestLB) auf Kosten der übrigen Landesbanken, der nordrhein-westfälischen Sparkassen und – allem voran – des Steuerzahlers gerettet. Sonst hätte die Bankenaufsicht noch in diesem Herbst das Ende des Düsseldorfer Instituts beschließen müssen. Beobachter sprechen von einer „Hauruck-Aktion“.

Kernpunkt der Rettung ist die Aufspaltung der Bank in eine „WestLB-Neu“ und eine „Bad Bank“ (Schlechte Bank). In der Bad Bank sollen „Risikopapiere“ im Gesamtvolumen von 85 Milliarden Euro geparkt werden. Der WestLB-Vorstand beteuert zwar, dass es sich dabei nicht um Schrottpapiere handele. Dass sie dennoch ausgelagert werden müssen, weil sie das Haus sonst in den Ruin treiben könnten, schmälert jedoch die Glaubwürdigkeit dieser Aussage beträchtlich. Unter den Papieren befinden sich beispielsweise auch Darlehen an US-amerikanische Studenten.

Immerhin beziffert auch die WestLB das Ausfallrisiko, das unter den 85 Milliarden schlummert, auf stolze 17,5 Milliarden Euro. Diese würden durch die Eigentümer abgesichert. Das sind zur Hälfte die nordrhein-westfälischen Sparkassen und zur anderen die öffentliche Hand des Landes. Die Sicherungsreserven der deutschen Landesbanken samt Reservefonds umfassen (nach eigenen Angaben der Banken) nur insgesamt gut fünf Milliarden

Kredite für US-amerikanische Studenten

Euro. Da auch andere Landesinstitute in gefährlicher Schieflage sind, entfiele auf die WestLB davon bloß ein Bruchteil. Sollte sich also auch nur ein kleinerer Teil der „Risikopapiere“ als wertlos erweisen, kämen auf den Steuerzahler Neubelastungen in mehrfacher Milliardenhöhe zu, die derzeit in der Bad Bank verstaut sind, um der WestLB-Neu Luft zu verschaffen.

Dieser bereinigten WestLB-Neu stellt der Bund „in einem ersten Schritt“, wie es heißt, drei Milliarden Euro als Stille Einlage zur Verfügung. Diese Einlage soll ab Frühsommer kommenden Jahres möglicherweise in eine Beteiligung über 49 Prozent an der Bank umgewandelt werden. Der Bund legt jedoch Wert darauf, nicht die politische Führung bei der WestLB-Neu übernehmen zu wollen, und sieht sein Engagement nur als vorübergehend an.

Daran, dass die politische Führung Nordrhein-Westfalens trotz ihres (wie bei etlichen anderen Ländern) unübersehbaren Versagens die Entscheidungsgewalt über „ihre“ Landesbank behalten soll, entzündet sich heftige Kritik. Insbesondere die WestLB galt unter ihrem jahrelangen Chef Friedel Neuber als Inbegriff eines Systems der politischen Strippenzieherei, in welchem persönliche und politische Interessen auf Kosten und Risiko der Bürger mit dem Vehikel Landesbank verfolgt wurden. Gefordert wird die Abschaffung der Landesbanken.

Das Argument der Landesbank-Befürworter, solche Institute seien für die Entwicklung der Länder unentbehrlich, ist am Kreditgebahren der Banken selbst zerschellt: Diese haben sich weltweit in allen möglichen Geschäftsfeldern herumgetrieben, das Risiko trugen die Landeskinder. *H.H.*

Im Spurt am EP vorbei

SWIFT: EU-Innenminister beugen sich Druck aus den USA

US-Terrorfahnder können auch im nächsten Dreivierteljahr mit Wissen und Hilfe der EU auf europäische Bankdaten zugreifen. Ein entsprechendes Abkommen brachten am vergangenen Montag die Innenminister der Europäischen Union auf den Weg. Sie folgten nicht zuletzt dem Drängen von Kommissionspräsident José Manuel Barroso und einer beflissenen schwedischen EU-Ratspräsidentschaft. Es war der letzte Tag, an dem die Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten eine solche Entscheidung ohne Mitwirkung des Europäischen Parlaments treffen konnten. Ab dem 1. Dezember verfügt das Europaparlament über ein Mitspracherecht bei der Innen- und Rechtspolitik.

Bei den betroffenen Bankdaten handelt es sich nicht um innereuropäische Transaktionen, sondern um solche zwischen der EU und Drittländern, die über den belgischen Dienstleister SWIFT abgewickelt werden. Schon seit 2002 zapfen US-Sicherheitsbehörden diese Daten an. Zunächst unbemerkt geblieben, flog die US-Praxis 2006 auf. Seitdem füttern die USA ihre europäischen Verbündeten gelegentlich mit Informationen, die den Wert der Daten für die Terrorfahndung und -bekämpfung belegen sollen. Ab nächstem Jahr werden die Daten nicht mehr in einem amerikanischen, sondern in einem niederländischen Rechenzentrum „gespiegelt“ (kopiert). Darum drängten die Amerikaner die EU zu einer Vereinbarung.

Das Abkommen soll die Weitergabe bestimmter Daten wie

Furcht, dass die USA ohne Abkommen heimlich weitermachen

Absender und Empfänger, Kontonummer, Adresse und Personalausweisnummer bei „begründeten Verdachtsfällen“ regeln. Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière (CDU) enthielt sich trotz scharfen Protestes des liberalen Koalitionspartners gegen das Abkommen der Stimme im EU-Innenministerrat. Durch sein unterlassenes Veto verhalf er jedoch dem Abkommen zum Durchbruch. „Ein nicht vollständig befriedigendes Abkommen“, so rechtfertigte sich der Minister, sei „besser als kein Abkommen“. Sinn ergibt der Satz indes nur, wenn er bedeutet, die USA würden sich sonst unbemerkt von den Europäern an den Daten „bedienen“. Kritiker mutmaßen schon seit langem, die elektronische Aufklärung der US-Dienste diene nicht nur der Terrorfahndung, sondern auch der Auskundschaftung ausländischer Industrien und Wirtschaftsaktivitäten. Nicht zu kontrollieren sei ferner, an wen die Daten womöglich weitergereicht würden.

Europäische Politiker und Datenschützer zeigten sich besorgt, Europaparlamentarier sogar brüskiert. „Dass ein so weitreichender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Bürger auf Ebene der Verwaltung möglich ist, ohne Beteiligung des Europaparlaments und des Deutschen Bundestags, das ist ein Skandal“, wetterte Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer. Die FDP verwies auf den Koalitionsvertrag, der „ein hohes Datenschutzniveau“ verspricht und das Abkommen unter Ratifizierungsvorbehalt des Bundestages stellt. Die FDP-Innenpolitiker Gisela Piltz und Christian Ahrendt zürnten: Die Abstimmung sei ein „Zeichen mangelnder Durchsetzung der deutschen Interessen in Europa“. *J.V.*

FDP knickt ein

Von Hans Heckel

Dass Parteien Klientelpolitik betreiben, daran haben sich die Deutschen gewöhnt. Sie erwarten es fast, wenn auch mit saurer Miene. So trägt der FDP ihren besonderen Einsatz für das Hotelgewerbe niemand sonderlich nach.

Anders sieht es aus, wenn sich eine Partei um des Machterhalts willen von Kernpunkten ihres politischen Bekenntnisses löst. Genau das haben die Liberalen getan, als sie bei der Frage des Zugriffs von US-Geheimdiensten auf die Daten europäischer Bankkunden klein beigaben. Denn: In Zeiten elektronischer Datenverarbeitung und weltweiter digitaler Vernetzung kommt dem einst von manchem belächelten Ziel des Datenschutzes ungeheure Bedeutung zu. Das begreifen mittlerweile selbst Konservative, die in treuer Staatsgläubigkeit („Ich habe nichts zu verbergen!") das Thema bislang als Marotte abtaten.

Doch für Liberale und ihre Anhänger ist und war immer klar, dass der Schutz persönlicher Daten als Kernbestand der Freiheit unverzichtbar ist. Dass die FDP, die bei BdV-Präsidentin Steinbach eine geradewegs blödsinnige Sturheit zeigt, sich ausgerechnet hier nicht durchsetzen mochte, wird auch durch ihr anschließendes Wehklagen nicht erträglicher.

Der Souverän

Von Hinrich E. Bues

Über Jahre waren sich linke Politiker sicher, dass sie den Volkswillen kennen und repräsentieren. Sie forderten immer wieder Volksentscheide gegen „rechte" Politik. Nun wendet sich das Blatt. Gleich zweimal hat das Volk in den letzten Wochen linker Politik den Rücken gezeigt. Zuerst in Hamburg, als ein Volksbegehren gegen die schwarz-grünen Schulreformpläne gleich dreimal so viele Stimmen wie notwendig erhielt. Der linksliberale Bürgermeister Ole von Beust (CDU) sah sich „persönlich getroffen". Dabei bricht von Beust mit seinen Reformplänen eines seiner zentralsten Wahlversprechen: den Erhalt des Gymnasiums. Das haben die Wähler nicht vergessen. Gerade die christdemokratischen Wähler fühlen sich massiv getäuscht.

Etwas anders in der Schweiz. Gegen den Willen und die Empfehlung der regierenden Parteien, Gewerkschaften und sogar der Kirchen votierten die Eidgenossen mit deutlicher Mehrheit gegen weitere Minarette in ihrem schönen Alpenland. Daraufhin warfen die Medien und verschiedene linksgerichtete Kommentatoren im In- und Ausland der Initiatorin dieser Volksabstimmung, der national-konservativen SVP (stärkste Partei der Schweiz) „Rechtspopulismus" vor; die rechten Rattenfänger seien mal wieder umgegangen.

Doch jeder weiß, dass Rechtsextreme in der toleranten und urdemokratischen Schweiz keine Chance hätten. Vielmehr war der Hauptgrund für die Ablehnung die Furcht vor einer weiteren Islamisierung des Landes. Denn die Schweizer sehen klar, was mit ihnen in einer mehrheitlich islamischen Gesellschaft passieren würde. Mit der Freiheit wäre es dann weitgehend vorbei.

Die Eiche endlich fällen

Von Konrad Badenheuer

Ob eine überwundene Ideologie oder Religion lebt oder tot ist, zeigt sich nicht zuletzt am Umgang mit ihren Symbolen. Unbezweifelbar tot ist ein solches gedankliches System wohl erst dann, wenn seine Symbole nicht mehr verstanden werden oder ganz vergessen sind. Solange das nicht der Fall ist, zeigt der Umgang mit den Symbolen einer entmachteten Ideologie, ob sie in den Köpfen und Herzen noch lebt (und damit das Zeug zum „Comeback" hat) oder eben nicht mehr.

Das wusste schon der englische Missionar Winfried alias Bonifatius, als er anno 723 die seit Jahrhunderten verehrte Donar-Eiche im nordhessischen Geismar fällen ließ. Die noch nicht so ganz zum Christentum bekehrten Chatten (Hessen) standen daneben und warteten ab. Erst als ihr bisheriger Hauptgott Donar auf die Aktion weder mit einem gezielten Blitz gegen Winfried noch wenigstens mit fernem Donnergrollen reagierte, wandten sie sich ganz vom Heidentum ab.

Den Symbolen der Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts hat niemand je übernatürliche Kräfte zugeschrieben. Und doch wussten die Sieger von 1945 sehr genau, warum sie NS-Symbole genauso konsequent bekämpften wie Winfried „heilige" Bäume.

> Kommunistische Symbole gehören europaweit verboten

Das war gerade auch mit Blick auf die Würde der Millionen Opfer sinnvoll und richtig, doch bleibt befremdlich, dass nur die Symbole der braunen Variante des Sozialismus so konsequent geächtet sind, nicht aber auch die des eher noch blutigeren roten Originals.

Ungarn hat 1994 Hammer und Sichel sowie den Roten Stern als „Symbole der Tyrranei" verboten. Doch als deswegen jemand eine Geldstrafe bekommen sollte und statt zu zahlen vor der Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg zog, entschied dieser gegen das ungarische Gesetz: Bloß den Roten Stern zu zeigen, bedeute noch lange nicht, totalitäre Propaganda zu machen; das Gesetz sei diskriminierend und schränke die freie Meinungsäußerung über Gebühr ein. Da die Straßburger Richter das Verbot des Hakenkreuzes nie beanstandet haben, drängt sich allerdings der Eindruck auf, dass nicht dieses Gesetz, sondern eher die Straßburger Rechtsprechung diskriminierend sein könnte, zumal unter dem Roten Stern mehr Menschen zu Tode kamen als unter im Zeichen des Hakenkreuzes.

Umso mehr Respekt, ja Hochachtung, verdient das Gesetz, das das polnische Parlament vor wenigen Tagen verabschiedet und das Polens Präsident Lech Kaczynski nun unterschrieben hat: Herstellung, Verbreitung und Besitz totalitärer Symbole – ausdrücklich auch kommunistischer – stehen dort nun unter Strafe. Ob demnächst auch der Europäische Gerichtshof in Luxemburg ein ähnlich verqueres Urteil fällen wird wie vor ein paar Jahren die Straßburger Richter? Die weithin fehlende Medienberichterstattung in Deutschland ist jedenfalls ein Hinweis, dass einflussreichen Meinungsmachern das polnische „Eichenfäll-Gesetz" überhaupt nicht in den Kram passt.



Im Zeichen von Hammer und Sichel wurden noch mehr Menschen umgebracht als selbst unter dem Hakenkreuz. Dennoch darf dieses Symbol bisher unbeschränkt gezeigt und sogar politisch genutzt werden. Die Republik Polen hat mit dieser Schizophrenie jetzt Schluss gemacht.

Bild: pa

Gastbeitrag:



Kein Halbmond über Zürich

Von Jürgen Henkel

Keine Frage: Der Ausgang der Volksabstimmung über Minarette in der Schweiz hat die Multikulti-Propheten des plurireligiösen und multiethnischen Internationalismus grenzübergreifend aufgeschreckt. Über Monate totgeschwiegen, diffamiert und bekämpft, fand diese Bürgerinitiative zum Verbot des Baus neuer Minarette im Nachbarland am Sonntag die Zustimmung von über 57 Prozent der Stimmberechtigten, die sich an dem Votum beteiligten.

Was linksliberale Beobachter besonders ins Mark trifft, ist die Tatsache, dass ausgerechnet die kleine und stets als liberal gerühmte Schweiz mit ihren bisher erst vier Minaretten (!) nun eine scharfe Trennlinie einzieht, die künftig die klare Scheidung zwischen europäisch-christlicher und muslimischer außereuropäischer Kultur anzeigt.

Die Bevölkerung in der Schweiz, selbst sehr unterschiedlich französisch, deutsch und italienisch, protestantisch oder katholisch geprägt – aber eben christlich-europäisch –, erteilt der Islamisierung ihres Landes eine Absage. Es ist der Mehrheitswille eines ganzen Volkes, das in der Vergangenheit mit seiner direkten Demokratie und den Urabstimmungen hervorragende Erfahrungen gemacht hat und zu Recht als Paradebeispiel für gelingende Demokratie gilt, das freilich auch keinen EU-Normen und politisch korrekten Moralstandards unterworfen ist.

> Viele Intellektuelle reden über Integrationsprobleme, ohne sie selbst zu kennen

Für linke Meinungsmacher in ganz Europa ist dieses Ergebnis eine große Niederlage. Entsprechend entrüstet präsentieren sich Politiker, Journalisten und Kommentatoren bis hin zur Katholischen Schweizer Bischofskonferenz. Selbst an sich konservative Zeitungen wie die „FAZ" entblöden sich nicht, hochtrabend die Moralkeule zu schwingen, um die Schweizer für ihre Abstimmung zu kritisieren. Von „Spiegel TV" ganz zu schweigen, dort gab es tiefe Betroffenheit zu besichtigen. Es ist schon dumm und peinlich für die selbsternannte linke intellektuelle Elite, wenn das Volk nicht so will und tickt, wie sie es gerne hätte. Berthold Brecht empfahl 1953 in einer ähnlichen Situation den Austausch des Volkes ...

Es geht hier um grundlegende Probleme der europäischen Politik und Identität in Gegenwart und Zukunft: Wie viel Zuwanderung aus dem außereuropäischen Raum ist den Völkern Europas in ihre dichtbesiedelten Länder zumutbar und ohne soziale, religiöse und politische Verwerfungen noch möglich? Wie viel Integration kann überhaupt gelingen? Und schließlich: Wie verhalten sich Europa, seine Staaten und Völker zu überall zu beobachtenden Prozessen der schleichenden Islamisierung und zur Herausbildung islamischer Parallelgesellschaften in europäischen Staaten?

Die grausame Wirklichkeit von Ehrenmorden und anderen Auswüchsen des Scharia-Rechts in bestimmten islamischen Milieus rauscht vielleicht an gewissen bundesdeutschen Intellektuellenkreisen vorbei, die Eidgenossen haben dafür offenbar mehr Problembewusstsein. Dabei ist davon auszugehen, dass viele der Edelfedern und der (oft unverheirateten) Karrierefrauen im Journalismus mit der rauen Wirklichkeit nur selten konfrontiert werden. Sie wohnen komfortabel in Single-Wohnungen schicker Viertel und müssen keine Kinder in Schulen mit 80 Prozent Ausländeranteil schicken, wie dies in manchen Vierteln in Berlin, Köln oder Düsseldorf mittlerweile an der Tagesordnung ist.

Großmoscheen und Minarette sind ein Politikum, ein Ausdruck des islamischen Machtanspruchs, auch wenn dies Toleranzeuphoriker nicht gerne hören. Je höher die Bauten und Türme, desto massiver ist der öffentliche Anspruch, den die Religion erhebt, desto sichtbarer der Konkurrenzanspruch zum Christentum mit seinen Kirchtürmen. Und das Kopftuch, das bezeichnenderweise an türkischen Universitäten verboten ist, ist für viele Muslime in Europa längst ein Bekenntnis zum politischen Islam.

In West- und Mitteleuropa gehörte es in den letzten Jahrzehnten zum guten Ton, interreligiöse Offenheit, Toleranz und Dialogbereitschaft dadurch zu signalisieren, dass der Bau von Moscheen und Minaretten nicht nur genehmigt, sondern sogar noch gefordert und gefördert wurde. Von den multikulturellen Schwärmern des Internationalismus wird ja schon jedes geschächtete Schaf als kulturelle Bereicherung gefeiert.

Wahren Trutzburgen gleich ragen heute Moscheen und Minarette in Duisburg-Marxloh und Berlin-Neukölln in die Höhe. Seit geraumer Zeit reicht die religiöse muslimische Übergriffigkeit auch bereits in deutsche Mittelstädte wie Schwabach bei Nürnberg. Vom türkischen Amt für religiöse Angelegenheiten („Diyanet") gesteuerte Vereine wie DITIB kämpfen strategisch gut koordiniert um jede einzelne neue Moschee, positiv flankiert vom medialen Begleitfeuerwerk hiesiger „Ungläubiger" in Lokalzeitungen, die aus falsch verstandener Toleranz heraus solche Projekte noch befürworten.

> Muslime in Europa dürfen weit mehr als Christen in islamischen Ländern

Dabei wissen die wenigsten, dass hinter DITIB keine lokalen Gemeinden in Deutschland stehen, sondern das türkische Kultusamt („Diyanet"), das direkt an die Staatskanzlei des türkischen Ministerpräsidenten angeschlossen ist. Die von deutscher Vergangenheitsbewältigung unbelasteten Schweizer haben hier wohl ein feineres Sensorium zur Wahrnehmung muslimischer Überfremdungsstrategien als die aus historischen Gründen auf einseitiges Entgegenkommen festgelegten Deutschen.

Die so entstandenen und entstehenden islamischen Milieus sind für den deutschen Rechtsstaat, für Verwaltungen und Polizei häufig nicht mehr kontrollierbar. Ähnliche Erfahrungen machen Großbritannien und Frankreich. Reservate antidemokratischer islamistischer Gesinnung und Propaganda bilden sich heraus. Der profilierte und führende Schweizer Konservative Ulrich Schlüer und seine Bürgerinitiative haben die legitimen Ängste der Bevölkerung aufgegriffen und in ein ebenso überzeugendes wie massiv angefeindetes Plakat gepackt. Darauf waren eine tief verhüllte Frau und wie Raketen auf der Flagge der Schweiz aufgestellte Minarette zu sehen.

Einstweilen toben die interreligiösen Traumtänzer in der Medienwelt und Politik Deutschlands. Selbst das Völkerrecht wird bemüht, um die Schweizer Abstimmung zu diskreditieren: Das Verbot des Baus von Moscheen verstoße gegen Menschenrechte. Dabei hat jedes Land das Recht, über die Zuwanderung selbst zu bestimmen. Japan und Island haben ein sehr restriktives Zuwanderungsrecht, das außer für berufliche Spitzenkräfte und binationale Ehepartner kaum durchlässig ist. Luxemburg hat beschlossen, keine Zuwanderung von Muslimen aus islamischen Ländern zu akzeptieren.

Jede Demokratie und jedes Land und natürlich auch die EU haben das Recht und innenpolitisch sogar die Pflicht, die Bedingungen für die Zuwanderung zu definieren. Unabhängig von der individuellen Religionsfreiheit steht kein völkerrechtliches Argument dagegen, die öffentliche Form der Religionsausübung für Zugewanderter zu konditionieren.

Muslimische Zuwanderer dürfen in Europa ihre Gebetshäuser bauen, alteingesessene Christen in arabisch-islamischen Ländern dürfen das nicht. In einigen Ländern droht Konvertiten sogar die Todesstrafe. Touristen dürfen nach Saudi-Arabien nicht einmal Bibeln im Gepäck mitführen. Die Schweizer haben gezeigt, dass diese religiöse Asymmetrie nicht von Dauer sein kann. Hoffentlich wachen Medien und Politik auch in anderen europäischen Ländern endlich auf.

Jürgen Henkel ist evangelischer Pfarrer und Publizist. Von 2003 bis 2008 leitete er die Evangelische Akademie Siebenbürgen (EAS).

Von Licht und Schatten

Die Kunsthallen in Hamburg und Bielefeld zeigen Werke von Impressionisten und ihrem Wegbereiter

Als den Beginn des Impressionismus betrachtet man gemeinhin die Bilder des Franzosen Claude Monet, der ab 1874 Aufsehen erregte. Als früher Wegbereiter des Impressionismus gilt heute der Maler Carl Blechen, dem in Hamburg eine Ausstellung gewidmet ist, während sich die Bielefelder Kunsthalle mit den deutschen Impressionisten und ihren Werken beschäftigt.

Zehn Tage war er mit Skizzenblock und Pinsel in Italien unterwegs. In den Bergorten Amalfi, Ravello, Minuto und Scala sowie im Mühlental hinter Amalfi fertigte der Cottbuser Carl Blechen (1798–1840) im Mai 1829 zahlreiche Landschaftszeichnungen, die zum Höhepunkt seines Schaffens zählen. Die mit Bleistift, Sepia und Aquarellfarben festgehaltenen Eindrücke auf 66 großformatigen Seiten sind unter dem Begriff Amalfi-Skizzenbuch zusammengefasst.

Die Hamburger Kunsthalle zeigt in der aktuellen Sonderausstellung „Mit Licht eingefangen“ zum ersten Mal alle zum Skizzenbuch gehörenden Blätter (64 aus der Kunstsammlung der Akademie der Künste, Berlin, zwei aus dem Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin). Obwohl einzelne Blätter in neuerer Zeit mehrfach ausgestellt und publiziert wurden, ist doch das Skizzenbuch in seiner Gesamtheit einem allgemeinen Publikum bisher weder im Original noch in der Reproduktion bekannt. Die Akademie der Künste in Berlin, deren Mitglied und Professor für Landschaftsmalerei Blechen war, erwarb nach dessen Tod die Skizzenbücher und Ölskizzen aus dem Nachlass, löste die Zeichnungskladden mehrheitlich auf und verwandte sie im Akademieunterricht als Studienmaterial. Von Zeit zu Zeit waren einzelne Blätter auf Ausstellungen zu sehen, jedoch nie das gesamte Skizzenbuch. Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurden dazu noch 19 Blätter als Beutekunst nach Moskau verschleppt. Erst Mitte der 50er Jahre wurden sie an die Ost-Berliner Akademie der Künste zurückgegeben. Der Mauerfall schließlich brachte auch die Blätter aus dem Skizzenbuch wieder zusammen.

Zum ersten Mal alle Blätter gemeinsam ausgestellt

Nur etwa 15 Jahre waren Blechen zwischen der Aufnahme des Studiums 1822 und dem Ausbruch seiner Geisteskrankheit 1836 vergönnt, in denen er seiner künstlerischen Tätigkeit nachgehen konnte. In dieser knapp bemessenen Spanne entstand ein für diese Zeit einzigartiges OEuvre. Der zarte Strich auf den heute meist vergilbten Blättern ist oft nur schwer zu erkennen. Viele wirken wie flüchtig dahingeworfen. Meist sind es lediglich Konturen, die zu erahnen sind, dann wieder Einzelheiten, die den Meister erkennen lassen, etwa wenn er ein Gehöft zeichnet, einen Esel auf den Platz davor stellt und dieser Esel sogar einen Schatten wirft. Mit sicherem Blick hat der Zeichner architektonische Eigenarten aufgespürt und sie mit spitzem Stift festgehalten. Die meist „farblosen“ Aquarelle in braun- bis grauschwarzen Sepiatönen wecken beim Betrachter Erinnerungen an eigene südliche Eindrücke.

Schon seine Zeitgenossen bewunderten Blechens Genialität. Mit seinen formal und inhaltlich neuen Sichtweisen provozierte er sein Publikum. Heute wird er international als einer der bedeutendsten Künstler des 19. Jahrhunderts geschätzt. Blechens Kunst verbindet eine Frühform realistischer Wahrnehmung mit einer Technik der Pleinairmalerei, die zu dieser Zeit und in dieser Form in Europa neu war. Für diese Kombination gibt es weder direkte Vorläufer noch unmittelbare Nachfolger.

Mit sicherer Hand fing Blechen die vielfältigen Stimmungen ein, die wechselnden Licht- und Schattenspiele. „Diese Zeichnungen sind kunstgeschichtliche Inkunabeln. Blechen war damit seiner Zeit weit voraus und gilt völlig zu Recht als Vorläufer der Impressionisten“, betont Mareike Hennig, Kuratorin der Ausstellung, die auch noch in Berlin und in der Casa di Goethe in Rom gezeigt wird.

Gut fünf Jahrzehnte später entdecken deutsche Künstler für sich das Seherlebnis des Impressionismus. Statt die Natur auf der Leinwand nachzuahmen, schildern sie mit dem Pinsel ihre Eindrücke von Licht und Landschaft. Mit etwa 180 Werken stellt die Kunsthalle Bielefeld in einer umfangreichen Überblicksausstellung den deutschen Impressionismus als eine landesweit auftretende Kunstbewegung in Deutschland vor.

Künstler wie Max Liebermann und Max Slevogt mussten sich gegen den starren Kunstgeschmack im Kaiserreich durchsetzen. Neben die Hinwendung zur Natur und zum intimen Interieur mit familiärem Beisammensein treten in Deutschland auch die Bilder der Arbeitswelt und des Alltags der



weniger privilegierten Schichten, die der Kaiser höchstpersönlich, nicht zuletzt mit Blick auf Max Liebermann, als „Rinnsteinkunst“ beschimpft. Doch gibt es bald mehr Künstler, die sich den akademischen Vorgaben widersetzen. In der „Berliner Secession“ treten sie mit ihren neuen Werken gegen den etablierten Akademismus an und werden zu Hauptvertretern des Impressionismus in Deutschland. Auch andernorts sind die Impressionisten auf dem Vormarsch. Neben Werken des berühmten Dreigestirns Liebermann, Slevogt und Corinth gilt es in Bielefeld auch die Arbeiten der vielen heute zu Unrecht vergessenen Künstler zu entdecken. Thomas Herbst, Gotthard Kuehl, Hermann Pleuer, Otto Reininger, Maria Slavona, Fritz von Uhde sind zu nennen. Das Interieur, Die Stadt, Der Garten, Die Landschaft, Das Wasser, Die Arbeit sind Themen in der Ausstellung, die mit prägnanten Arbeiten veranschaulicht werden.

Silke Osman



Carl Blechen: Einfache Häuser an der Landstraße (Aquarell über Graphit, 1829) Bild: Akademie der Künste, Berlin

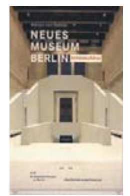
Die Ausstellung „Mit Licht gezeichnet“ ist bis zum 17. Januar dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr in der Hamburger Kunsthalle zu sehen, Eintritt 8,50 / 5 Euro. Vom 29. Januar bis 11. April wird die Ausstellung in der Alten Nationalgalerie Berlin gezeigt, vom 28. April bis 18. Juli in der Casa di Goethe, Via del Corso, Rom.

Die Ausstellung „Der deutsche Impressionismus“ ist bis zum 28. Februar in der Kunsthalle Bielefeld täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr, sonnabends von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 7 / 5 Euro.

IN KÜRZE

Architektur des Neuen Museums

Der Maler und Mediziner Carl Gustav Carus (1789–1869), dem zur Zeit eine Ausstellung im Dresdner Semperbau gewidmet ist, erinnerte sich 1866 an einen Besuch des Neuen Museums in Berlin und den sogenannten Ägyptischen Hof des Museums. „… als ich hier“, so Carus, „in den Säulenhof des Ägyptischen Museums mit seinen in den Durchsichten gemalten Prospekten der Pyramiden und Memnon-Statuen eintrat, lag mir großenteils das Gefühl einer wohlgelungenen Theaterdekoration näher als das des großen Altertums selbst.“ Carus hat es nicht mehr erlebt, dass die noch heute größte Attraktion des Ägyptischen Museums, die Büste der Nofretete, 1912 ausgegraben wurde. Seit ihrer Aufstellung in Berlin lockt sie Jahr für Jahr Zehntausende von Besuchern an. Nach der Wiedereröffnung des Neuen Museums thront sie nun im Nordkuppelsaal, durch eine ausgeklügelte Beleuchtung eindrucksvoll ins rechte Licht gesetzt. Das Haus hat aber weitaus mehr zu bieten als nur die Schöne vom Nil. Auf rund 8000 Quadratmetern Ausstellungsfläche haben gleich drei Institutionen, neben dem Ägyptischen Museum noch das Museum für Vor- und Frühgeschichte sowie die Antikensammlung, die Möglichkeit, ihre Schätze zu zeigen. Schließlich ist auch das Gebäude selbst einen zusätzlichen Blick wert. In einem neuen Architekturführer wird das im Zweiten Weltkrieg zerstörte Gebäude in seiner alten und neuen Schönheit vorgestellt und die Debatte über seine Wiederherstellung treffend zusammengefasst. *os*



***Andreas von Buttlar: „Neues Museum Berlin, Architekturführer“**, Deutscher Kunstverlag, Berlin 2009, Klappbroschur, 104 Seiten, farbige und schwarzweiße Abbildungen, 9,80 Euro*

Antiquariate statt Gifte

Vorort von Bitterfeld wurde zum ersten deutschen Buchdorf

Wer den Ortsnamen Bitterfeld erwähnte, erntete in der DDR stets Mitleid und Hohn. Mitleid ob des Daseins in diesem Chemie-Schwerpunkt, wo die Löhne zwar höher, die Lebenserwartung aber deutlich niedriger war. Und Hohn wegen der „literarischen“ Experimente, welche die SED um „Brigadetagebücher“ sowie „Dorfchroniken“ startete und 1959 aller Welt als „Bitterfelder Weg“ andrehte.

Die Wende 1989 erlöste Bitterfeld von Giftschwaden und Deppengeschreibsel und gab ihm literarisches Prestige. Der Vorort Mühlbeck-Friedersdorf klinkte sich als „erstes Deutsches Buchdorf“ in die Reihe der 22 „Book Towns“ in Europa ein. Richard Booth eröffnete 1961 im walisischen Hay-on-Wye das erste, weitere folgten in Belgien, den Niederlanden, die alle demselben Erfolgsgeheimnis gehorchen: Eröffne in einem kulturfernen Kaff möglichst viele Antiquariate und warte gelassen ab, bis dir Mundpropaganda Käufer vor deine Regale treibt.

Wie an Mühlbeck-Friedersdorf zu demonstrieren. Seele des Dorfs ist die Kölnerin Heidi Dehne, die mit einem Fähnlein von sieben Aufrechten 1997 startete – mit wenigen Büchern, rasch aus ganz Deutschland zusammengekarrt. Heute haben 13 Antiquariate eine runde Million Bücher „im Zugriff“, eine weitere wartet in Magazinen auf Einsatz und Umsatz. Die früher aus benachbarten Universitätsstädten – Magdeburg, Leipzig und Halle – erhofften Leser sind längst Stammkunden, auch international spricht sich das Dorf herum: Zum Zehnjährigen kam 2007 aus Südvietnam ein Germanist samt Assistenten. Weitere Weltkontakte hat vor einigen Jahren eine Magisterarbeit dokumentiert: Trend ansteigend!

Das Interesse am antiquarischen Buch reicht bis Vietnam

Mühlbeck-Friedersdorf bietet einen einmaligen Buchmix – besonders gefragt Kinder- und Lehrbücher aus der DDR – und genießt behördliches Wohlwollen: Wer Arbeitsplätze und Einkünfte sichert, dem erlaubt die Landesregierung Sachsen-Anhalt auch Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen. Und wer bei Bitterfeld erfolgreiche Dorfverschönerung betreibt, den lädt das Bundeslandwirtschaftsministerium für Januar 2010 zur Grünen Woche.

Die Bitterfelder Vorstädtler werden noch lange „erstes Deutsches Buchdorf“ bleiben – weil niemand den Mut zum zweiten hat. Vor Jahren wurde versucht, in Wünsdorf, der ehemaligen Zentrale der sowjetischen Besatzungstruppen, eine „Buchstadt“ aufzulegen, aber daraus wurde nicht viel. Also bleiben die Mühlbeck-Friedersdorfer das unerreichte Original, welchen Rang sie mit menschlichen Preisen und originellen Ideen verteidigen: Aus Scheunen werden kuschelige Lese-Cafés – zu „Schnapszahl-Daten“ (1.1., 2.2.) öffnet das „Schaufenster“, durch das Autoren Eigenlob verkünden dürfen. Der Verfasser dieser Zeilen erinnert sich, am 11. 11. 2004 sein Buch über Kriege in Makedonien im Buchdorf vorgestellt zu haben – mit schönstem Verkaufserfolg danach.

Wolf Oschlies

Messe im Museum

Norddeutsche Kunsthandwerker zeigen exzellente Arbeiten

Zu den wohl schönsten Messen in der um diese Veranstaltungen nicht verlegenen Stadt zählt in Hamburg die alljährliche Kunst- und Handwerkermesse im Museum für Kunst und Gewerbe. Über 60 Designer und Kunsthandwerker aus ganz Norddeutschland präsentieren in diesem Jahr ihre neuesten Arbeiten aus allen Gewerken: Porzellan, Glas, Schmuck, Gold und Silber, Möbel, Drechslerarbeiten, Textilien und Leder, Buch und Papier. Als Höhepunkt sind die Werke des Silberschmieds Jan Wege zu werten, der mit dem diesjährigen Justus-Brinkmann-Preis ausgezeichnet wurde. Seine Kannen, Becher, Stövchen, Kerzenleuchter, Vasen und Tabletts zeichnen sich durch architektonische Formen und lebendige Oberflächen aus. Faszinierend an der Messe im Museum ist, dass der Besucher Herstellungsweisen im Gespräch mit den Künstlern verstehen lernen und die Werkstücke mit Auge, Hand und Verstand begreifen kann. Natürlich hat exquisites Handwerk seinen Preis. Neben Luxusobjekten sind auf der Messe Gebrauchsgüter zu sehen, die durch Ideenreichtum und exzellentes Handwerk hervorstechen. Aus Federn, Blumen, Filz und Seide entstanden erlesene Hüte. Ins Staunen gerät man beim Anblick der Maschenwunder, die eine Strickdesignerin gezaubert hat. Schmuckkreationen aus Kunststoffmodulen etwa machen denen



Jan Wege: Teekanne (Silber, Grenadillholz, 2007) Bild: Manfred Mahn

aus den herkömmlichen Materialien Gold und Silber durchaus Konkurrenz. Eine Sonderschau widmet sich dem Thema „Re-Use. Das zweite Leben der Materialien“. Gezeigt werden Objekte aus wiederverwendeten Materialien, die einer neuen Form und einem neuen Zweck zugeführt wurden, darunter auch Arbeiten von Anka Kröhnke. Mancher Künstler hat Fundstücke aus anderen Kulturen in die eigene Arbeit eingebaut. Da werden zerschnittene Segeltuchplanen oder Fahrradreifen zu Taschen, Gürteln oder Schmuck verarbeitet, aus alten Holzplanken entstehen neue Möbel. *os*

Die Messe ist bis zum 13. Dezember dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet.

Judenpolitik nach Opportunität

Erst räumte Kurfürst Joachim I. 30 jüdischen Familien ein Niederlassungsrecht ein, dann ließ er ein grausames Pogrom zu

Im Dezember 1509 sorgte Brandenburgs Kurfürst Joachim I. für Aufregung. Gegen den Willen des Adels, der Geistlichkeit und vieler Städte räumte er 30 jüdischen Familien ein Niederlassungsrecht ein. Wenig später folgte ein Pogrom mit neuerlicher Ausweisung – die sprichwörtliche preußische Toleranz war noch nicht geboren.

Gleichzeitig billigte der Fürst jüdischen Händlern Geldleihgeschäfte zu. Für die Zinsen legte Joachim eine Obergrenze fest – zwei Pfennige pro Gulden und Woche. Außerdem wurden ihnen in dem Erlass der Verkauf von Fleisch und das Baden erlaubt. Gemeint war das rituelle Bad in der Mikwe. Künftig sollte es auch einen Rabbiner geben, der gleichzeitig Rechtsstreitigkeiten innerhalb der jüdischen Gemeinden zu schlichten hatte. Dafür war eine Sonderzahlung in die kurfürstliche Schatulle vorgesehen, über deren Höhe noch verhandelt werden musste.

Für die Landesherren – das galt für das gesamte mittelalterliche Deutschland – waren Judenprivilege gute Geschäfte. Denn die Juden mussten für ihren „Schutz“ bezahlen. Nicht zu wenig. Akten aus dem frühen 16. Jahrhundert verweisen auf einen Cottbuser Juden namens Nathan, der jährlich zehn Gulden zu entrichten hatte. Man sollte sich keinen Illusionen hingeben; reine Nächstenliebe und christliche Toleranz waren mit Sicherheit nicht die einzigen Motive für das fürstliche Entgegenkommen in der frühen Neuzeit. Nur durch die Juden wurde es überhaupt erst möglich, gegen Zinsen Geld zu leihen. Für Christen galten solche Geschäfte damals noch wegen des biblischen Zinsverbotes als unmoralisch und waren deswegen lange verboten.

> Joachim hoffte auf Vorteile für Wirtschaft und Finanzen

Noch etwas sollten die brandenburgischen Juden besorgen, sie sollten den Handel entwickeln. Sowohl die Hansestädte im Norden als auch die freien Reichsstädte im Süden waren durch Handel und Handwerk zu Wohlstand gekommen. Brandenburg dagegen konnte weder mit Bodenschätzen noch mit Manufakturerzeugnissen aufwarten. Und der Erlös für die beiden Exportgüter Holz und Getreide hielt sich in engen Grenzen. Schätzungsweise 500 Juden haben damals in Brandenburg gelebt. Sie konzentrierten sich in Städten wie Berlin, Stendal, Salzwedel, Brandenburg an der Havel, Kyritz und Nauen. Die märkischen Juden stammten fast ausschließlich aus Polen und verfügten so über exzellente Geschäftsverbindungen in den europäischen Osten.

Schon einmal hatte Kurfürst Joachim eine Entscheidung in Sachen Aufenthaltsrecht für Juden getroffen – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Am 24. Mai 1503 hatte er verkünden lassen, dass alle Juden bis zum Michaelistag – dem 29. September – das Land zu verlassen hätten. Höchstwahrscheinlich wurde diese Aufforderung am Ende kaum umgesetzt, jedenfalls hatte sich der Hohenzollernfürst sechs Jahre später wieder für das Gegenteil entschieden.

Wie groß die Ablehnung breiter Schichten gegen alles Jüdische offenbar war, zeigte sich schon im Frühjahr 1510. Ein aus heutiger Sicht eher unbedeutender Diebstahl führte zu einem blutigen antisemitischen Flächenbrand. Ein hausierender Kesselschmied – Paul Fromm aus Bernau – hatte in der Kirche zu Knobloch im Havelland einen vergoldeten Becher und zwei geweihte Hostien gestohlen. Diese Hostien wiederum – so gab der Täter nach der Festnahme an – habe er dem Juden Salomon in Spandau verkauft. Der Brandenburger Bischof Hieronymus Schultz verlangte nun vom Kurfürsten, gegen die gesamte Judenschaft vorzugehen. Denn nicht nur auf Hostienfrevel beschränkten sich die Vorwürfe, sondern auch Ritualmorde an christlichen Kindern wurden den Juden zur Last gelegt. Um die 100 „Verdächtige“ wurden festgenommen, deren einziges Vergehen darin bestand, der „falschen“ Glaubensgemeinschaft anzugehören. Der Fürst hatte gegen die „Hexenjagd“ offenbar nichts einzuwenden. Die Gerichtsverfahren gingen aus, wie es zu erwarten war: Die Angeklagten wurden schuldig gesprochen. 38 Juden wurden am 19. Juli 1510 in Berlin auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Zwei getaufte Juden kamen durch das Richtschwert ums Leben. Auch die meisten der anderen Beschuldigten starben. Sie überlebten entweder die Folter nicht oder nahmen sich das Leben. Wer von den Juden nicht dem Henker zum Opfer gefallen war, musste unverzüglich das Land verlassen.



Joachim I.: Kurfürst von Brandenburg von 1499 bis 1535 Bild: pa

> Der Bischof forderte eine Revision der Judenpolitik

Gewiss haben bei dieser Menschenjagd religionsgeschichtlich bedingter Hass und Menschenverachtung eine wichtige Rolle gespielt, aber auch wirtschaftliche Gründe. Mit den Justizmorden und der Ausweisung waren die Schuldner, die aus den Kreisen des hohen und niederen Adels, der Kaufmann- und der Handwerkerschaft sowie wahrscheinlich sogar auch der Stadtarmen stammten, ihre Verbindlichkeiten losgeworden.

Über Jahrzehnte hinweg werden danach in der Mark Brandenburg keine jüdischen Gemeinden mehr erwähnt. Erst im Jahre 1543 – Brandenburg war inzwischen protestantisch geworden – lässt der neue Kurfürst Joachim II. erneut die Ansiedlung von Juden in seinem Lande zu. Doch auch diese Epoche ist nicht von allzu langer Dauer. Nach Joachims Tod im Jahre 1571 beschuldigt dessen Sohn Johann Georg den jüdischen Münzmeister Lippold, den verstorbenen Kurfürsten erst verhext und dann vergiftet zu haben. Lippold wird 1573 auf grausame Weise hingerichtet. An alle Juden ergeht ein Ausweisungsbefehl, verbunden mit der Zahlung von hohen „Ausreise-Geldern“. Erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, unter der Regentschaft des Großen Kurfürsten, kehren Juden zurück in die Mark Brandenburg. Diesmal für 250 Jahre.

Karel Chemnitz

Er holte und vertrat Bismarck

Vor 150 Jahren wurde Albrecht Graf von Roon Kriegsminister

Stehen wir vor dem Bismarck-Nationaldenkmal am Großen Stern in Berlin, so finden wir unweit – quasi als Einrahmung – Denkmäler für Helmuth Graf von Moltke, aber auch für Albrecht Graf von Roon. Heute ist der Kriegsminister neben dem genialen Außenpolitiker Bismarck und dem nicht weniger genialen Militärstrategen Moltke etwas in Vergessenheit geraten, aber früher wurden sie gerne in einem Zuge genannt, wenn es darum ging, die Siege in den drei Einigungskriegen zu personifizieren.

Wenn Roon auch kein so großer Regierungschef wie Bismarck und kein so großer Generalstabschef wie Moltke war, so war er doch ein recht erfolgreicher politischer General. Er konzipierte nicht nur für seinen König eine politisch umstrittene Militärreform. Er vertrat sie auch, durchaus mit Geschick, im Parlament. Und er sorgte dafür, dass sie umgesetzt werden konnte, indem er Bismarck nach Berlin holte.

Voraussetzung für das folgenreiche Wirken des Kriegsministers war seines Königs Vertrauen. Ein Jahrzehnt vor Roons Berufung an die Spitze des Kriegsministeriums lernten die beiden sich kennen. Roon war damals Generalstabschef eines der preußischen Armeekorps, mit denen Wilhelm die Badische Revolution niederschlug.

Kaum dass Wilhelm als Stellvertreter seines psychisch erkrankten Bruders Friedrich Wilhelm IV. 1857 die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, beauftragte er Roon mit der Ausarbeitung einer Denkschrift zur Modernisierung des Militärs. Diese „Bemerkungen und Entwürfe zur vaterländischen Heeresverfassung“ beeindruckten Wilhelm so stark, dass er, mittlerweile Prinzregent, Roon 1859 zum Kriegsminister ernannte. Als der Prinzregent nach Friedrich Wilhelms Tod 1861 den Thron bestieg, machte er Roon auch noch zu seinem Marineminister.

Als zuständiger Kabinettsminister sollte er die seinem König am Herzen liegende Heeresreform durchsetzen. Diese lief auf eine Abschaffung des aus den Befreiungskriegen stammenden Bürgermilitärs, der sogenannten Landwehr, hinaus und sah drei statt zwei Jahre Wehrdienst vor. Beides stieß auf den erbitterten Widerstand der das Abgeordnetenhaus dominierenden Liberalen. Da half es auch nichts, dass sich der politische General rhetorisch geschickt für sie stark machte.



Albrecht Graf von Roon Bild: Wikipedia

Preußen hatte zwar kein parlamentarisches System, sprich keine Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, aber das Parlament hatte das Etatrecht und ohne Geld ließ sich die Heeresreform nicht realisieren. Nachdem Wilhelm I. sich an dem Versuch, durch Neuwahlen die liberale Mehrheit zu kippen, die Zähne ausgebissen hatte und die Heeresreform zu scheitern drohte, dachte der König sogar an Thronverzicht.

In dieser brenzligen Situation sandte Roon am 18. September 1862 sein berühmtes Telegramm an Bismarck mit der Aufforderung „Periculum in mora. Dépêchez-vous!“ (Gefahr im Verzug! Beeilen Sie sich!). Das tat Bismarck dann auch. Er kehrte von seinem Pariser Botschafterposten nach Berlin zurück, baute den König auf, wurde von diesem zum Ministerpräsidenten ernannt und realisierte unter Bruch der Verfassung die Heeresreform gegen den Widerstand der Liberalen.

Wie Bismarcks stieg auch Roons Ansehen mit den Erfolgen des maßgeblich von ihm reformierten preußischen Heeres in den drei Einigungskriegen. 1871 wurde er in den Grafenstand erhoben.

Nachdem Roon zuvor schon dienstältester amtierender Minister und damit Bismarcks Stellvertreter als Ministerpräsident geworden war, wurde er 1873 dessen Nachfolger. Der Eiserne Kanzler wollte sich so ganz auf sein Reichskanzleramt konzentrieren können. Der mittlerweile kränkelnde 70-Jährige erwies sich hierdurch jedoch überfordert und trat noch im selben Jahr von allen Ministerämtern zurück. Zur erbetenen Verabschiedung ernannte ihn Wilhelm I. zum Generalfeldmarschall. Nachdem ihn sein König und Kaiser noch am Vortage am Krankenbett besucht hatte, starb Albrecht Graf von Roon 1879 in Berlin.

Manuel Ruoff

Lieder ohne Dur und Moll

Vorträge und prußische Musik zum Ende einer Ausstellung

Mit einem zweiteiligen Vortrag endete im Ellinger Kulturzentrum Ostpreußen die Ausstellung „Ein Franke zieht ins Preußenland“ sowie die dazu durchgeführte Vortragsreihe. Stilvoll fand dieser im Sudhaus des Fürstlichen Brauhauses in Ellingen statt.

Wegen des im Kulturzentrum Ostpreußen stattfindenden Herbstmarktes hatte Museumsdirektor Wolfgang Freyberg zur Abschlussveranstaltung der Ausstellung in das Sudhaus der Fürstlichen Brauerei eingeladen. Studiendirektor Rudi Bauer aus Erlangen referierte über das „Liedgut der Prußen“, welches er konzertant auf Nachbauten von historischen Instrumenten vortrug. Und Bernhart Jähnig aus Berlin, Vorsitzender der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, erläuterte das Schicksal der Prußen im Deutschordensland Preußen im Laufe der Jahrhunderte.

„Schwierig gestaltet sich die Spurensuche nach den Stämmen der Prußen, vor allem beim Liedgut“ – so leitete Rudi Bauer seinen Vortrag über die mittelalterliche Musik der im 13. Jahrhundert vom Deutschen Orden christianisierten Prußen ein. Im 17. Jahrhundert ist die Sprache dieser Stämme bis auf wenige Reste in den memelländischen und masurischen Mundarten erloschen. Praktisch in den letzten Stunden dieser Sprache wurden die Lieder aufgeschrieben, die nicht in Dur und Moll gehalten sind, sondern aus modularen Tonleitern, den Kirchentonleitern bestehen. Diese geben den Stücken eine unverwechselbare meditative Stimmung.

Da es keine niedergeschriebene Aufführungspraxis gibt, trug Bauer dann auf einer viersaitigen Mandora, einem Lauteninstrument, improvisierend mehrere Musikstücke vor. Dabei handelte es sich um Liebeslieder, das Lied der Jakobspilger, das Marienlied aus der Schlacht von Tannenberg im Jahre 1410, ein prußisches Erntelied und eine frühe Fassung von „O Haupt voll Blut und Wunden“, das erst später seine heutige Form erhielt.



Rudi Bauer Bild: Fritsche

„Die zwischen der unteren Weichsel und der unteren Memel lebenden Prußen galten um 1200 als letzte Heiden in Europa“, erläuterte der Historiker Jähnig zu Beginn seines Vortrages. Nach zwei langen Kriegen gelang dem Deutschen Orden schließlich im Jahre 1283 ein äußerer Abschluss der Christianisierung.

Bereits im Christburger Vertrag vom 7. Februar 1249 waren die bekehrten Prußen verpflichtet worden, Kirchen zu bauen, den Zehnten abzuliefern und an den Kreuzzügen des Ordens teilzunehmen. Im Gegenzug sicherte man ihnen die Freiheit der Person und Eigentumsrechte an beweglichen und unbeweglichen Gütern zu. Heidnische Priester waren wie der Frauenkauf und die Vielweiberei verboten.

Allerdings tauchen in der Geschichte der Prußen immer wieder die alten Gottheiten auf – so wird 1418 der baltische Himmels- und Gewittergott Perkunos in Aufzeichnungen erwähnt. Vor allem im bäuerlichen Bereich wurden „Bockheiligungen“ dargebracht. Diese Schlachtopfer von Tieren sind noch im Jahre 1571 verzeichnet.

Bedingt durch die Siedlungspolitik des Deutschen Ordens teilte man den Siedlern aus anderen Landesteilen vor allem in unbewohnten Landstrichen Boden zu und bildete neue Orte. Unabhängig von den früheren Stammesgrenzen richtete man Kirchspiele ein und baute christliche Kirchen. Die benachbarten Prußen wies man diesen Kirchspielen zu. Dies belebte den örtlichen Handel und förderte die Vermischung gerade der bäuerlichen Schichten aller dort lebender Volksgruppen. Am Ende der Deutschordenszeit um 1550 war diese Vermischung sehr weit fortgeschritten, um 1700 war nach Aussage von Jähnig die Assimilierung der Prußen größtenteils abgeschlossen.

Manfred E. Fritsche

Wie polnisch war »Ostpolen«?

Polens heutige Ostgrenze basiert weitgehend auf der vor 90 Jahren gezogenen Curzon-Linie

Die heutige Ostgrenze der Republik Polen entspricht weitgehend der so genannten Curzon-Linie, die sich ihrerseits an der Volkstums- und Sprachgrenze orientiert. Vor 90 Jahren verkündeten die Sieger des Ersten Weltkrieges auf der Pariser Friedenskonferenz die nach dem damaligen britischen Außenminister George Curzon benannte Linie als Demarkationslinie.

Die „14 Punkte“ des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, auf deren Basis die Deutschen sich 1918 zum Friedensschluss bereit erklärt hatten, enthielten mit dem 13. auch einen Punkt über Polen und seine Grenzen: „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden.“

Anders als bei der Westgrenze zu Deutschland waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges bemüht, Polen im Osten eine Grenze zu geben, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, also der Volkstums- beziehungsweise Sprachgrenze entsprach. Polens östlicher Nachbar, das vormalige Zarenreich, zählten die Kriegssieger nämlich im Gegensatz zu Polens westlichem Nachbarn nicht zu ihren Gegnern. Zwar betrachteten sie Russlands „Rote“ wie die Deutschen als Paria, doch gaben sie sich noch längere Zeit der Hoffnung hin, dass die von ihnen unterstützten „Weißen“ die zukünftigen Herren Russlands wären.

Folgerichtig entwickelten die Sieger auf der Pariser Friedenskonferenz für Polens Abgrenzung gen Osten eine Demarkationslinie, die weitgehend der Sprachgrenze entsprach. Am 8. Dezember 1919 wurde der polnischen Regierung diese Linie mitgeteilt mit der Erlaubnis, bis dorthin ihre Verwaltung auszudehnen. Diese „Linie des 8. Dezember“ bezeichnen wir heute als „Curzon-Linie“.

Ebenso wie im Westen war die polnische Regierung jedoch auch im Osten nicht bereit, sich mit den mehrheitlich von ihren Landsleuten bewohnten Territorien zu begnügen. Wilsons Vorgabe, dass der polnische Staat alle Gebiete „einzubegreifen“ habe, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind, legte die Regierung vielmehr in der Weise aus, dass alles Polen sei, wo Polen leben, unabhängig davon, ob sie in ihrer Heimat die Mehrheit bildeten.

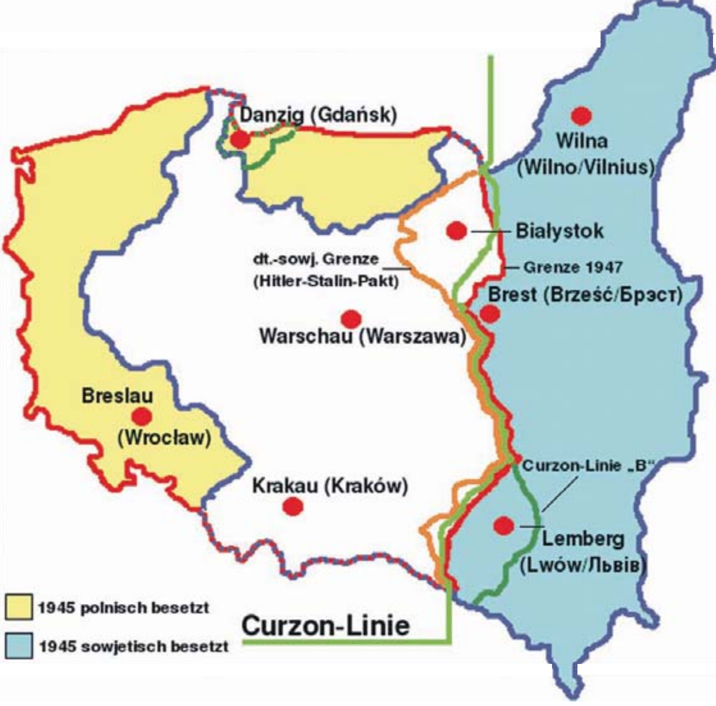
Mit Waffengewalt trachtete Warschau nun zu gewinnen, was die Sieger in Paris ihnen nicht gewährt hatten. Russlands Bolschewiki verhielten sich im Grunde ähnlich wie zuvor im Ersten Weltkrieg gegenüber den Mittelmächten. Der Kampf um die Macht im Inneren gegen die „Weißen“ hatte für sie Vorrang vor Grenzfragen im Konflikt mit ausländischen Mächten. Vielleicht hatten die Bolschewiki auch ähnlich wie beim Friedensschluss von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten die Hoffnung, dass es doch nur um ein Provisorium ginge. Jedenfalls schlug Lenin selbst am 28. Januar 1920 Friedensverhandlungen auf Basis einer Demarkationslinie vor, die zwischen 280 und 400 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze lag. Der polnischen Regierung reichte das jedoch nicht. Sie hoffte auf noch mehr Landgewinn.

Im Juni des Jahres wendete sich jedoch das Schlachtenglück. Polens Streitkräfte gerieten in die Defensive und mussten sich zurückziehen. Bis zum Juli rückten die Russen bis zur Curzon-Linie vor. In dieser Situation bat der polnische Premier die auf der Konferenz von Spa vereinten alliierten Staatsmänner um Hilfe. Ein weiteres Mal versuchten nun die Alliierten, die „Linie vom 8. Dezember“ als Grenze durchzusetzen. Nachdem sich die polnische Seite am 10. Juli 1920 zum Rückzug hinter die Curzon-Linie verpflichtet hatte, schlugen die Alliierten telegrafisch den Russen einen Waffenstillstand mit ihr als Demarkationslinie vor. Da das entsprechende Telegramm vom britischen Außenminister George Curzon unterschrieben war, begann sich der Name „Curzon-Linie“ durchzusetzen.

Um ihrem Vorschlag Nachdruck zu verleihen, hatten die Alliierten den Russen für den Fall des Überschreitens der Linie mit der militärischen Unterstützung Polens gedroht. Das hinderte die Sowjets nicht, ihren Vormarsch fortzusetzen. Mit alliierter Unterstützung gelang es den Polen allerdings, die Russen im August 1920 vor Warschau zu stoppen. Analog zum „Wunder an der Marne“ spricht man in diesem Zusammenhang gerne vom „Wunder an der Weichsel“. Nun bewegte sich die Front wieder Richtung Osten und es waren die Russen, die einen Friedensvertrag auf Basis der Curzon-Linie vorschlugen. Dazu waren aber wiederum die Polen nicht bereit. Das Ergebnis der von den Alliierten vermittelten Friedensverhandlungen war schließlich der Friede von Riga. In diesem am 18. März 1921 geschlossenen Frieden konnte Polen eine rund 250 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze liegende Staatsgrenze durchsetzen. Selbst nach polnischen Angaben umfasste die Bevölkerung zwischen der Curzon-Linie und der nunmehrigen polnischen Ostgrenze in den frühen 1920er Jahren etwa sechs Millionen Ukrainer und Weißrussen, etwa 1,4 Millionen andere, vor allem Juden und Litauer, aber nur etwa 1,5 Millionen Polen – also etwa 17 Prozent. Dennoch wird das Gebiet zwischen der Volkstumsgrenze beziehungsweise Curzon-Linie im Westen und der in Riga gezogenen Ostgrenze bis zum heutigen Tage in der Bundesrepublik regelmäßig als „Ostpolen“ bezeichnet. Angesichts der Polenfreundlichkeit des Westens mag diese fälschliche Verwendung des Begriffs politisch gewollt sein, aber sie bleibt grob falsch.

Verständlicherweise revidierte Moskau die Friedensregelung von Riga, als Berlin ihm hierzu mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und dem anschließenden Angriff auf Polen die Möglichkeit bot. Bemerkenswerterweise verzichtete die Sowjetunion – mit Ausnahme des zu erheblichen Teilen weißrussisch-sprachigen Gebietes um Bialystok – auf die Annektierung polnischen Territoriums und begnügte sich nach dem erfolgreichen Polenfeldzug im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 mit dem nichtpolnischen „Ostpolen“.

Von westalliierter Seite wurde zwar noch versucht, die Sowjetunion für eine östlich von Lemberg verlaufende B-Variante der Curzon-Linie zu gewinnen, aber diese verzichtete nur auf das westlich der Curzon-Linie liegende Bialystok. Die UdSSR ist nun schon seit fast einem Jahrzehnt Geschichte, aber die von ihr gezogene Ostgrenze Polens auf der Basis der Curzon-Linie hat bis heute Bestand. *Manuel Ruoff*



Polen und die Curzon-Linie (grün): Polens heutige Ostgrenze (rot) und – mit Ausnahme von Bialystok – auch die deutsch-sowjetische Demarkationslinie vom 28. September 1939 (braun) orientieren sich an der nach George Curzon benannten Linie. Dagegen lag Polens Ostgrenze zwischen 1921 und 1939 (blau) rund 250 Kilometer weiter östlich. Bild: Wikipedia

Ein polnischer Patriot, von dem Westerwelle hätte lernen können

Bekanntlich hat sich Bundesaußenminister Guido Westerwelle in Warschau gegen die Berufung der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach in den Beirat der Stiftung gegen Vertreibung ausgesprochen und steht deswegen auch in der Kritik.

Sollte Westerwelle indes gemeint haben, dass er als Außenminister mit der Übernahme der polnischen Forderung letztlich eine „Güterabwägung“ von deutsch-polnischer Versöhnung und „persönlicher Profilierung einer Einzelperson“ vollzogen habe, verhielt er sich im Grunde „unpolnisch“. Diesen Schluss legt jedenfalls das Verhalten des früheren polnischen Ministerpräsidenten im Exil, Stanislaw Mikolajczyk nahe, der bis heute in Polen in hohem Ansehen steht.

Fast genau vor 65 Jahren stand Mikolajczyk gleichfalls vor der Forderung nach Anerkennung der Ostgrenze seines Landes – ähnlich wie Frau Steinbach und mit ihr der Deutsche Bundestag 1990/91. Es war die von Stalin verlangte Curzon-Linie, die schon auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919 festgelegt und dann nach dem polnischen Überfall auf die im Entstehen befindliche Sowjetunion 1921 einer weiter im Osten gezogenen Linie als Grenze hatte weichen müssen.

Stanislaw Mikolajczyk, damals Ministerpräsident im britischen Exil, war mit Premierminister Churchill noch Moskau gefahren, um Stalin von seiner Forderung abzubringen und eine für Polen günstigere Grenzregelung auszuhandeln. Der Kremlchef dachte jedoch nicht daran, sich mit Mikolajczyk an den Verhandlungstisch zu setzen, sondern fand sich nur bereit, dem polnischen Gast die von der Sowjetunion gewünschte Grenzlinie persönlich mitzuteilen und ihm zu eröffnen, dass das von Polen im Jahr 1921 „annektierte westukrainische und weißrussische Gebiet wieder an die UdSSR zurückgegliedert“ werden müsse. Mikolajczyks Einwand, dass Polen, „das in diesem Kriege so viele Opfer gebracht“ habe und das „einzige Land unter deutscher Besatzung“ sei, „das keinen Quisling hervorgebracht“ habe, „aus diesem Krieg nicht territorial geschwächt hervorgehen“ könne, wischte Stalin ungehalten mit der Bemerkung vom Tisch, dass man „Polen im Norden und Westen mit deutschem Land entschädigen“ werde. Als Mikolajczyk erwiderte, dass er dennoch die von Stalin geforderte Grenze nicht annehmen könne, weil er keine Vollmacht habe, „48 Prozent des polnischen Landes abzutreten“, beschimpfte ihn Stalin als „Imperialisten“, der „Polen ukrainisch und weißrussisch besiedeltes Land einverleiben“ wolle. Im Übrigen sei die von ihm (Stalin) gewünschte Grenzlinie nicht nur „ethnisch gerechtfertigt“, sondern auch zwischen ihm und Churchill und US-Präsidenten Roosevelt auf der Teheraner Konferenz im November 1943 längst verbindlich vereinbart worden. Als Zeugen dieser Vereinbarung rief er den beim Gespräch am 13. Oktober 1944 anwesenden Winston Churchill an, der die Aussage des Kremlchefs sichtlich betroffen bestätigte. Mikolaczcyk zeigte sich über diese Eröffnung gegenüber Churchill zutiefst bestürzt. Als dieser beschwichtigend vorschlug, Mikolajczyk möge zumindest „die Curzon-Linie als vorläufige Grenze“ annehmen und dann „auf der Friedenskonferenz eine Korrektur verlangen“, fuhr Stalin empört dazwischen und erklärte, dass für die Sowjetunion jede spätere Änderung indiskutabel sei. Auf Mikolajczyks abermaligen Einwurf, nicht zu jenen zu gehören, „deren Vaterlandsliebe so verwässert“ sei, „dass sie die Hälfte ihres Landes weggeben“, verlor Churchill die Beherrschung und schrie den polnischen Regierungschef an: „Ihre Argumente sind nichts anderes als ein verbrecherischer Versuch, eine Vereinbarung zwischen den Alliierten zum Scheitern zu bringen. Das ist feige von Ihnen. Sie gehören in eine Irrenanstalt!“ Sprach's und verließ zusammen mit Stalin wütend den Raum. Den geschichtsbewussten Polen ist dieser dramatische Auftritt vom 13. Oktober 1944 noch in lebendiger Erinnerung und ihr tapferer Verteidiger vor Sowjetdiktator Stalin, Stanislaw Mikolajczyk, zum „patriotischen Helden“ geworden.

Außenminister Westerwelle hätte sich an ihm ein Beispiel nehmen und vermutlich viel Ärger ersparen können. Freilich wäre dafür auch einschlägige Geschichtskenntnis nötig gewesen. Aber da scheint hier im Lande die Historia immer noch die beste Lehrerin mit den unaufmerksamsten Schülern zu sein. *Alfred Schickel*



Stanisław Mikołajczyk Foto: Wikipedia

Vater des Grundgesetzes

Als humanistisch gebildeter Staatsrechtler war Carlo Schmid geradezu prädestiniert zum Vater des „Grundgesetzes“, ein Begriff, der übrigens ihm zugeschrieben wird. Im Gegensatz zu seinem Parteifreund Kurt Schumacher war Schmid ebenso wie seinem parteipolitischen Gegner Konrad Adenauer die (west-)europäische Einigung im Allgemeinen und die deutsch-französische Freundschaft im Besonderen ein Herzensanliegen. Das verwundert kaum, war Schmid doch ein Deutsch-Franzose. Am 3. Dezember 1896 kam der Sohn eines schwäbischen Privatgelehrten und einer Französin aus adeliger Familie im südfranzösischen Perpignan zur Welt.

1908 zog die Familie nach Stuttgart. Hier beteiligte sich der Junge an einem urdeutschen Phänomen, dem Wandervogel. Auch meldete er sich 1914 als Kriegsfreiwilliger. Bei Verdun kämpfte er gegen seine ehemaligen Landsleute. Ab 1919 studierte er in Tübingen Rechts- und Staatswissenschaften. Mit besten Examina in der Tasche stand ihm die Welt offen. Nach einer Tätigkeit als Anwalt und Richter fand er schließlich zur Wissenschaft. Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten beendet jedoch den weiteren Aufstieg des NS-kritischen Privatdozenten. Während des Krieges beriet er als Wehrmachtsangehöriger die deutsche Oberfeldkommandantur in Ryssel (Lille) in juristischen Fragen.

Schmid verhielt sich frankreichfreundlich und nach dem Krieg machten ihn die Franzosen zum Präsidenten des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns. Nie zuvor und nie danach hatte er eine solche Macht. Sie endet mit der Demokratisierung und Parlamentarisierung seiner Heimat, denn Schmid hatte sich nach dem Krieg für die Mitgliedschaft in der SPD entschieden und die war in Deutschlands Südwesten schwach.

Carlo Schmid

Schmid wird nun zusehends überregional und zonenübergreifend aktiv. Er beteiligt sich intensiv an der aufkommenden Verfassungsdiskussion und wird Vorsitzender der SPD-Fraktion im Parlamentarischen Rat sowie Vorsitzender des Hauptausschusses. Auf seine Initiative geht das konstruktive Misstrauensvotum zurück.

Nach der Gründung der Bundesrepublik bleiben Schmid seinem Intellekt angemessene Ämter in Bonn versagt, da seine Partei zur Opposition verdammt zu sein scheint. Bei der Wahl zum Bundespräsidenten scheitert er 1959 gegen den CDU-Kandidaten Heinrich Lübke. 1966 wird die SPD endlich Regierungspartei und er endlich Bundesminister.

Man kann es durchaus als tragisch bezeichnen, dass der Machtgewinn der SPD mit einem Machtverlust Schmids innerhalb der Partei einherging. So war er im Kabinett Kiesinger „nur“ für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder zuständig. Und als seine Partei 1969 Kanzlerpartei wurde, war er überhaupt nicht mehr im Kabinett. 1970 flog er gar aus dem Parteivorstand seiner SPD. 1972 verzichtete er auf die Verteidigung seines Bundestagsmandates. Sieben Jahre später, genauer am 11. Dezember 1979, also vor 30 Jahren, starb er in Bonn. *Manuel Ruoff*

Erika Steinbach ist gewählte Vertreterin

Zu: „Das Symbol“ (Nr. 47)

Westerwelles Verhalten hat mich vollkommen erzürnt, daher schrieb ich dem Außenminister folgenden Brief: „Ihr Auftritt in Polen hat mich zutiefst enttäuscht, ja mit Abscheu erfüllt. Genauso dürfte es vielen ergangen sein, die bei der letzten Wahl ihre Stimme der FDP gaben, aber wohl nicht nur diesen. Nach Deutschland zurückgekehrt, erläuterten Sie, dass Sie nicht wegen einer Person (Frau Steinbach) die Interessen Deutschlands gefährden wollten.

Von einem deutschen Außenminister muss man erwarten können, dass er bei voller Kenntnis der Geschichte in erster Linie die Souveränität seines Landes vertritt und sich in angemessener Form die Einmischung anderer Staaten in interne Angelegenheiten verbittet.

Abgesehen davon handelt es sich beim ‚Fall Steinbach‘ nicht um eine Einzelperson, sondern um die Vertreterin eines großen Teiles unseres Volkes.“

Dr. Horst Hüttenbach, Bonn

Steinbach bedeutet Rückschlag in der Ostpolitik

Zu: „Der Ball liegt jetzt bei Merkel“ (Nr. 47)

Das mühsam gewachsene Pflänzchen der Beziehungen zu unserem Nachbarn Polen wird durch Erika Steinbach mit Füßen getreten. Die Selbstüberschätzung und der übersteigerte Egoismus dieser Dame sind nicht mehr länger ertragbar. Hat sie denn keine Geschichtskenntnis und kein Fingerspitzengefühl, wenn sie nun schon seit Monaten mit dem Kopf durch die Wand will?

Das hat alles nichts mit so genannter Gerechtigkeit und einem hergeleiteten Anspruchsdenken zu tun. Es kann nicht angehen, dass einige Millionen Heimatvertriebene durch Frau Steinbach in eine Revanchistenecke gedrängt werden und die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung dem Tun und Lassen zuschaut.

Der deutschen Außenpolitik mit ihrem Streben nach Ausgleich und Recht werden durch Frau Steinbach und ihrem Beharren Steine in den Weg gelegt, die einen gewaltigen Rückschlag in der Ostpolitik bedeuten.

Wolfgang Riech, Obertshausen

Glückwunsch

Zu: Anzeige in der „Zeit“, vgl. „Die *PAZ* bald am Kiosk“ (Nr. 48)

Einen herzlichen Glückwunsch zu der Werbeidee Kreuzworträtsel in der „Zeit“ – nicht nur, weil ich selbst („aktuellgermanische“, freilich) Kreuzworträtsel erstelle. So ging ich tatsächlich neugierig auf Ihre Internetseite und war sicher nicht der Einzige. Wäre es nicht eine Idee, passend zu den Preußen/Prußen dies auch im Altpreußischen zu gestalten?

Jan Sieckmann, München

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.


Foto: pa

Es ist an der Zeit: BdV-Präsidentin Steinbach will endlich Klarheit in Sachen Vertriebenen-Zentrum.

Westerwelles Profilierungssucht

Zu: „Das Symbol“ (Nr. 47)

„Das Abendland geht nicht zu Grunde an den totalitären Systemen, nicht an seiner geistigen Armut, sondern an dem hündischen Kriechen seiner Intelligenz vor den politischen Zweckmäßigkeiten“, schrieb Gottfried Benn vor 60 Jahren.

Ob Außenminister Westerwelle, der selbsternannte Fahnenträger in Sachen bürgerlicher Freiheiten, dazugehört, wird sich zeigen. Er hat offenbar nicht begriffen, dass die polnischen Nationalisten mit Teilen des katholischen Klerus gegenwärtig keine Versöhnung mit Deutschland wollen. Man erwartet – wenn sich schon der Schmusekurs der Deutschen nicht vermeiden lässt – ein „zu Kreuze kriechen“ zu polnischen Bedingungen. Die „Personalakte Erika Steinbach“ wird als Vorwand genommen. Eigens dafür hat man die unermüdliche Unions-Sprecherin für Menschenrechte in volksverhetzender Weise karikierend als blondes Flintenweib in SS-Uniform durch die polnischen Medien geschleift.

Westerwelle hat die Wahl: Entweder er bekennt sich zum demokratischen Selbstbestimmungsrecht des Vertriebenenverbandes auf Berufung von Frau Steinbach in den Stiftungs-Beirat oder er macht sich aus eigener Profilierungssucht zum Werkzeug polnischer Interessen. Dann aber sollte er anständigerweise weiteren Schaden vom Ansehen der deutschen Regierung nehmen und zurücktreten.

Dieter Bock, Burgstall

Merkwürdiges »Hobby«

Zu: „Ich möchte mit keinem tauschen“ (Nr. 46)

Wenn ein vermögendes Ehepaar in gutmenschlichen Überschwang es sich leistet 32 (!) Kinder, die zum Teil körperlich und geistig behindert oder seelisch geschädigt und traumatisiert sind, sozusagen „weltweit einzusammeln“ und nach Deutschland zu verbringen, um sie zu adoptieren, so muss man sich doch folgendes fragen:

1. Sind die Folgen dieses merkwürdigen „Hobbys“ bis ans Ende bedacht worden?

2. Welche Belastungen werden zum Beispiel über viele Jahrzehnte für unser Gemeinwesen entstehen, wenn die großzügigen „Eltern“ dieser Kinder einmal nicht mehr leben?

Gerhard Marwitz, Lüneburg

Wie »Wroclaw« in Düsseldorf auch wieder Breslau wurde

Betr.: Düsseldorfer Flughafen entdeckt Breslau

Einem aufmerksamen Zeitgenossen, gebürtiger Breslauer, der einen am Flughafen Düsseldorf ankommenden Bekannten abholen wollte, fiel auf, dass die schlesische Metropole Breslau dort nur mit ihrem polnischen Namen Wroclaw bezeichnet wurde.

Unverständnis rief vor allem die Tatsache hervor, dass auf den Anzeigetafeln zum Beispiel Warschau und Krakau nur mit dem deutschen Städtenamen Erwähnung fanden. Kurze Zeit später rief er bei der Flughafenverwaltung an und erkundigte sich nach den Umständen der Inkonsequenz.

Einige Tage nach dem Telefonat erhielt er schriftliche Auskunft zu seinen Fragen. Das Antwortschreiben erläutert offen die Gründe für die Benennung Breslaus als Wroclaw, die allem Anschein nach mit dem internationalen Flughafencode für Breslau, nämlich WRO, zu tun haben, und kündigt eine ebenso unkomplizierte wie erfreuliche Lösung an: Man werde fortan auf sämtlichen Informationsmedien (Internet, gedruckte Flugpläne und Anzeigetafeln) die Bezeichnung Wroclaw/Breslau führen.

Diese schnelle und unbürokratische Erklärung erfreut nicht bloß, sondern zeigt wohl auch, dass in vielen Fällen der nicht eindeutigen Bezeichnung von Orten nicht politischer (Un-)Wille, sondern häufig bloße Unkenntnis der Grund von Begriffsverwirrungen ist.

Tobias Körfer, Köln

EKD: »Kampf gegen rechts« statt Glaubensverkündigung

Zu: „Kein Aufbruch“ (Nr. 45)

Laut der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) soll von Kirchenjuristen geprüft werden, wie Rechtsextremisten aus der Kirche ausgeschlossen werden können.

Ich weiß um die politische Richtung der EKD-Ratsvorsitzenden, Margot Käßmann, und der ihres Vorgängers, die wohl mehrheitlich die Synode beherrscht. Dennoch hat mich diese Meldung alarmiert. 1) Was sind nach Meinung der EKD „Rechtsextremisten? 2) Ich würde gerne wissen, warum Rechtsextremisten gefährlicher als Linksextremisten sind, die etwa 200mal stärker straffällig werden und deren Verbleiben in der Kirche bisher nicht in Frage gestellt worden ist. Wo liegt hier der Unterschied? 3) Sind wir wieder soweit, dass Hexenverbrennung und Inquisition gegen Andersdenkende in die Kirche einzieht? Bisher bin ich davon ausgegangen, dass die Kirche nicht über politische Richtungen zu entscheiden hat, sondern den Glauben verkündigen sollte. Zur Verkündigung des Glaubens gehört es aber nicht, Inquisition zu betreiben und Andersdenkende aus der Kirche auszuschließen. 4) Vielleicht bin ich in diesem Punkt allergisch, weil schon mein Vater als Pastor der Bekennenden Kirche aus der damals herrschenden Reichskirche der Deutschen Christen ausgeschlossen werden sollte. Nach dem Krieg haben wir geglaubt, diese Meinungsdiktatur unserer Kirche sei vorbei. Ich habe ebenfalls Theologie studiert und in den 50er Jahren Einigkeit unter meinen Professoren gefunden, dass die Kirche weder politische Richtungen zu beurteilen noch zu verurteilen habe und diese NS-Vergangenheit vorbei sei. Ich bin bestürzt, dass solche Strömungen wieder mehrheitsfähig zu werden scheinen.

Statt Kirchenmitglieder auszugrenzen, hätte unsere evangelische Kirche gerade zu dieser Zeit besonderen Grund, sich um jedes Kirchenmitglied seelsorgerisch und missionarisch zu kümmern. Die derzeitige Generation der Kirchenbeamten hat die Kirchen leer gepredigt, mehrere Millionen Kirchenmitglieder ziehen lassen, ohne sich darum zu kümmern, und ist inzwischen so wenig von der Alleinwahrheit des eigenen Glaubens überzeugt, dass sie statt Heiden zu missionieren mit Atheisten und anderen Religionen schmusten.

Wen wundert es da, wenn mit dem Verlust der Glaubenskraft auch die Bedeutung und das Ansehen der Kirche einen Tiefpunkt in unserer Gesellschaft erreicht hat?

Ich würde deshalb gerne von Frau Käßmann erklärt bekommen, aus welchen Bibelstellen sie als Kirchenfunktionärin das Recht ableitet, gläubigen Kirchenmitgliedern irgendeiner ihr unerwünschten politischen Richtung die Gemeinschaft der Gläubigen zu verweigern.

Prof. Dr. rer. pol. Eberhard Hamer, Hannover

Brüssels fauler Kompromiss

Zu: „EU-‚Köpfe‘“ (Nr. 48)

Nach langen Diskussionen kann endlich die neue Verfassung (die so nicht heißen darf) in Kraft treten. Es ist nicht einfach, die 27 Staaten mit ihren verschiedensten Ambitionen unter einen Hut zu bringen, und deshalb ist es gut, dass eine weitreichende Entscheidung getroffen wurde: sich auf einen EU-Ratspräsidenten und eine EU-Außenministerin zu einigen.

Um aber überhaupt zum Ziel zu kommen, wurde hier ein fauler Kompromiss durchgesetzt. Was eigentlich hat Großbritannien mit der EU zu tun?!

Dieses Land zahlt so gut wie keine Beiträge in die EU-Kasse, es ist das Land, das die EU in fast allen Teilen strikt ablehnt, weder die Regierung noch das britische Volk sind bereit, irgend ein maßgebliches Gesetz der EU zu übernehmen.

Das stolze Königreich fühlt sich nicht als europäisches Land, sondern als Krone seiner ehemaligen Kolonien auf allen Kontinenten.

Es ist deshalb mehr als anmaßend, dass die britische Regierung mit allen erdenklichen diplomatischen Tricks ihre Kandidatin durchgesetzt hat. Nun sind wir gespannt, ob Catherine Ashton, die über keinerlei außenpolitische Erfahrung verfügt, nur britische oder sogar auch EU-Interessen vertritt.

Werner Pfennig, Neubrandenburg

Das Ostpreußenblatt

Nr. 49 – 5. Dezember 2009

MELDUNGEN

Lotterie für Park Jakobsruhe

Tilsit – Der Park Jakobsruhe soll wieder zu einer Stätte der Erholung und ein Anziehungspunkt für Touristen werden. Die Tilsiter Stadtverwaltung will eine Lotterie auflegen, von deren Erlös 90 Prozent in die Verschönerung der Parkanlagen fließen sollen. Das Projekt sieht die Anlage von Springbrunnen und Radwegen, die Säuberung der Teiche, die Einrichtung von Gartencafés und nicht zuletzt die Wiedererrichtung des Denkmals der Königin Luise vor. *H. Dz.*

Sanierungsstau bei Wohnungen

Tilsit – Die 70 Prozent der im Tilsiter Stadtgebiet vorhandenen 1032 mehrgeschossigen Wohngebäude, die noch aus der Zeit vor der Eroberung durch die Rote Armee stammen, sind allesamt dringend sanierungsbedürftig. 179 Häuser befinden sich bereits in einem baufälligen Zustand, und 19 Häuser sind abbruchreif. In diesem Jahr konnten nur zwei Gebäude in der Ragniter Straße abgerissen werden, weil kein Ersatzwohnraum für die Mieter weiterer Gebäude zur Verfügung steht. *H. Dz.*

Veteranen fehlt Militärhospital

Tilsit – Durch die Schließung des Militärhospitals von Tilsit hat sich die medizinische Betreuung in der Stadt erheblich verschlechtert. Die große Zahl der Militärveteranen ist auf die ambulante Versorgung durch die städtischen Gesundheitseinrichtungen angewiesen. Doch diese klagen bereits über Ärztemangel und Überalterung. Von den rund 300 Medizinern sind 47 Ärzte über 60 Jahre alt. Nur 20 Ärzte sind jünger als 30 Jahre. Das medizinische Personal des Militärhospitals ist wegen schlechter Verdienstmöglichkeiten aus Tilsit bereits abgewandert. *H. Dz.*

E-67-Bau von 2014 bis 2020

Lyck – Die Planungen für die Vervollständigung der Via Baltica (E 67) auf dem Gebiete der Republik Polen werden zunehmend konkreter. Im Jahre 2014 sollen die Bauarbeiten für den Streckenabschnitt von Warschau zum polnisch-litauischen Grenzübergang Budziski der von Prag nach Reval führenden Europastraße 67 beginnen. Es wird von einer Bauzeit von sechs Jahren ausgegangen. Lycks Kommunalpolitiker haben lange für die Änderung des ursprünglich geplanten Streckenverlaufs gekämpft, damit die wichtigste Straßenverkehrsverbindung Nordosteuropas statt über Bialystok und Augustow nunmehr über Lyck und an Treuburg vorbei verläuft. Polens Ministerrat hatte im Oktober den neuen Streckenverlauf bestätigt. *PAZ*

Rund 1000 neue Bäume in Königsberg

Trotz Verschönerungsprogramm »Die grüne Stadt« nimmt der Anteil der Grünflächen aber nicht zu

Seit 2007 gibt es in Königsberg das Verschönerungsprogramm „Die grüne Stadt", das auch in diesem Jahr fortgesetzt wurde. In den vergangenen Wochen wurden in großem Umfang Bäume gepflanzt.

Hatten sich die Königsberger im Laufe der letzten Jahre bereits an das Geräusch von Motorsägen gewöhnt, so konnten sie in den vergangenen Wochen beobachten, wie innerhalb von kurzer Zeit ganze Baumgruppen neu gepflanzt wurden. Anscheinend haben die Verantwortlichen vom Grünflächenamt aus früheren Fehlern gelernt, als viele Bäume oft bis zur Unkenntlichkeit beschnitten wurden, so dass sie zu

Tannen-Importe aus der Bundesrepublik

faulen begannen und schließlich abstarben. An der Planung der diesjährigen Pflanzaktion waren Vertreter der Stadtverwaltung und Abgeordnete des Kreisrats beteiligt.

Nach mühevoller Kleinarbeit der Planer zeigen sich erste Ergebnisse: Vor dem Juristischen Institut (der Polizeischule) wurden innerhalb von nur einer Stunde 15 kleine Tannen aus der Bundesrepublik Deutschland gepflanzt. Die Königsberger Kreisverwaltung hatte unter der etwas vollmundigen Bezeichnung „Die Grüne Stadt" schon vor zwei Jahren ein Programm zum Schutz und zur Ausweitung der Erholungszonen verabschiedet. 2009 wurden aus dem Stadthaushalt fünf Millionen Rubel (rund 113 000 Euro) für dieses Programm zur Verfügung gestellt. Hinzu kamen 760 000 Rubel (gut 17 000 Euro) Entschädigung von Bauherren, die am Schlossteich 48 seltene Blautannen gefällt hatten. Mit dem Geld wurden nun Setzlinge gekauft, aber auch neue Bäume gepflanzt sowie Rasenflächen und Blumenbeete erneuert.



Auch hier stehen Tannen aus der Bundesrepublik: Platz gegenüber dem Südbahnhof Bild: Tschernyschew

Die Setzlinge für die Tannen wurden in der Bundesrepublik gekauft, die Linden in Holland, weil die Stadtgärtner glauben, dass es dort die besten gebe. Die Lieferung der Linden nach Ostpreußen hat pro Stück umgerechnet knapp 70 Euro gekostet, die Tannen waren sehr viel teurer. Sie kosteten fast 290 Euro pro Stück. Alle Setzlinge hatten bereits eine Höhe von zwei Metern.

Die Tannen aus der Bundesrepublik stehen nun vor dem Juristischen Institut in der Nähe der Kreuzung Galitzkogo (Am Ausfalltor/Steindammer Wall) und Moskowskij Prospekt (Vorstädtische Langgasse) und auf dem Platz gegenüber dem Südbahnhof, so dass jetzt ihr Anblick alle Ankommenden erfreut. Wohl wegen der geringeren Kosten wurden wesentlich mehr Linden gepflanzt. Sie verschönern nun die Straßen Alexander Newskij (Cranzer Allee), Moskowskij Prospekt (Vorstädtische Langgasse) und die Straße Artillerijskaja (Kanonenweg). Auf allen drei Straßen herrscht ständig dichter Verkehr. Deshalb kommen die neuen Bäume gerade zur rechten Zeit. Das Begrünungsprogramm – so jedenfalls die Hoffnung – soll im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Insgesamt wurden in Königsberg seit Auflage des Programms „Die Grüne Stadt" bereits über 1000 Bäume gepflanzt: 500 im Jahr 2007, 216 im Jahr 2008 und 298 in diesem Jahr. Wie jeder weiß, produzieren Bäume Sauerstoff, schützen Wohngebiete vor Staub, absorbieren Abgase und Verkehrslärm. Die Kreisverwaltung erhält ständig Aufforderungen von Anwohnern, die vorhandenen Grünflächen und Parks zu erhalten und zu erweitern. Vor allem im Zentrum der Stadt gibt es noch zu wenige davon, auch deswegen hat Königsberg im Vergleich mit anderen Regionen der Russischen Föderation die meisten chronischen Atemwegserkrankungen.

Tatsächlich sind die jüngsten Pflanzungen nur ein kleiner Ausgleich für die vielen Bäume, die der Neubebauung im Stadtzentrum in den letzten Jahren zum Opfer gefallen sind. Die Programme zur Stadtbegrünung halten den Anteil der Grünflächen bestenfalls auf dem Stand von vor einigen Jahren. *Jurij Tschernyschew*

Doppelte Überraschung an der Memel

In Tilsits Dragonerkaserne wurden deutsche Gedenktafeln entdeckt – und die Russen wollen sie restaurieren

Die Tilsiter Dragonerkaserne machte unter den zahlreichen Kasernenbauten der Garnisonsstadt den imposantesten Eindruck. Der riesige rote Backsteinkomplex aus Mannschaftsunterkünften und Stallungen entlang der Bahnhofstraße entstand in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. 1879 bezog das Dragonerregiment „Prinz Albrecht von Preußen" Nr. 1 sein neues Domizil.

Die blauen Dragoner mit ihren Fähnlein in den Preußenfarben an den Lanzen gehörten bis zum Ersten Weltkrieg zum Tilsiter Stadtbild. Das Regiment stammte noch aus der Zeit des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. Es rekrutierte sich aus Freiwilligen des äußersten Nordostens von Preußen und genoss den Ruf, die besten Pferde und Reiter zu haben. In den 1930er Jahren lag in der Kaserne bespannte Artillerie der 1. Ostpreußischen Infanteriedivision und nach 1945 ein sowjetisches Motorisiertes Schützenregiment der 40. Garde-Panzerdivision bis zu dessen Auflösung.

In einem der nun leerstehenden Kasernengebäude begann man vor kurzem mit der Renovierung. Was mit routinemäßigem Abwaschen der mehrfach getünchten Wände eines Saales begann, wurde bald zur Überraschung. Unter den dicken Farb- und Kalkschichten kamen goldene Buchstaben



Unerwartetes wird freigelegt: In der Tilsiter Dragonerkaserne Bild: Jakob Rosenblum

und mannshohe Reliefs zum Vorschein. Der historische Wert der Entdeckung war offensichtlich und erregte gebührendes Aufsehen. Der Stadtarchitekt, Vertreter des Verteidigungsministeriums als Eigentümer der Liegenschaft, Mitarbeiter des Stadtgeschichtlichen Museums und auch die Mitglieder der russischen Gesellschaft „Tilsit" waren sich rasch einig: Der kostbare Fund muss erhalten werden!

Das lässt aufhorchen. Noch vor einigen Jahren hätte man Hinterlassenschaften aus der Vorkriegszeit kaum Beachtung geschenkt. Doch inzwischen bricht sich die verschüttete Vergangenheit Bahn im Denken der heutigen Bewohner. Trotz knapper Kassen kam durch Spenden örtlicher Unternehmer genügend Geld zusammen, um zwei Restauratorinnen der Firma „Nasledie" (Erbe) aus St. Petersburg nach Tilsit zu holen und ihnen entsprechende Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Unter den geschickten Händen von Tamara Mitina und Veronika Sauer sind bisher 36 Gedenktafeln mit heraldischen Verzierungen, Eisernen Kreuzen und Preußenadlern freigelegt. Goldene Buchstaben künden von den zahlreichen Schlachten und Gefechten, an denen das Dragonerregiment seit seiner Gründung im Jahre 1717 teilgenommen hat. Die Restaurierung wird von dem bekannten Fotodokumentaristen Jakow Rosenblum mit der Kamera begleitet. Die Stadtgemeinschaft Tilsit hilft mit Hintergrundinformationen zur Geschichte der Tilsiter Dragoner. Auch Presse und Fernsehen berichten über die sensationelle Entdeckung. Besonderes Interesse findet bei den Russen natürlich die Tatsache, dass das Dragonerregiment im Jahre 1807 Seite an Seite mit den russischen Waffenbrüdern in den Schlachten von Preußisch Eylau und Heils-

Eine »Ruhmeshalle« soll entstehen

berg gegen die Franzosen kämpfte und dass es in den Freiheitskriegen gemeinsam mit den Russen bis Paris zog, um Europa von der napoleonischen Herrschaft zu befreien.

Margarita Kaplunowa vom Tilsiter Stadtgeschichtlichen Museum hat eine Vision: Schon bald soll mit dem restaurierten Interieur eine museale „Ruhmeshalle" entstehen, die von der Geschichte der Tilsiter Dragoner erzählt und zur Attraktion für Bewohner und Gäste der Stadt wird. *Hans Dzieran*

Schlesien: Schulen sind wichtiger als Straßen

Der Vorsitzende der Deutschen Minderheit Norbert Rasch sucht nach den Ursachen für den Identitätsverlust

Norbert Rasch, der Vorsitzende der Deutschen Minderheit in Oberschlesien, hat sich bei verschiedenen Besuchen in der Bundesrepublik Deutschland zur Lage der Deutschen in Schlesien geäußert. Die *PAZ* fasst die wichtigsten Punkte zusammen.

Der 37-Jährige leitet erst seit gut einem Jahr die Geschicke der „Sozialkulturellen Gesellschaft der Deutschen“ (SKGD) im Oppelner Schlesien, die über 90 Prozent der Mitglieder der Deutschen in Polen stellt. Rasch wörtlich: „Um unsere deutsche Identität in dieser Region wiederherzustellen, braucht man nicht nur Monate oder Jahre, sondern Jahrzehnte. Wir sind durch die Nachkriegsgeschichte unserer Identität beraubt, aber wir sind auch nicht ohne Schuld am weiteren Identitätsverlust, denn seit Beginn der 90er Jahre hat die Entstehung eigener Schulen und die Entwicklung eines deutschen Selbstbewusstseins niemand mehr verboten. Die Frage war zunächst: Setzen wir uns stärker für Infrastruktur oder für Kultur ein? Man hat sich vor 20 Jahren leider vornehmlich für den Aufbau der Infrastruktur entschieden.“

Bei der Volkszählung 2002 bekannten sich immerhin 150 000 Oberschlesier als Deutsche, wobei Rasch von bis zu 400 000 Deutschen ausgeht. 45 000 seien in der Woiwodschaft Oppeln zahlende Mitglieder. Hierbei werden Minderjährige nicht mitgerechnet. 320 örtliche Gruppen seien auf 40 Gemeinden verteilt, von denen viele von deutschen Bürgermeistern regiert werden.

Als wichtigstes rechtliches Dokument nannte Rasch das Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten, das 2005 nach über zehnjähriger Vorbereitungszeit verabschiedet worden ist. Dies entspreche europäischen Standards, während in der Praxis eher mentale Hürden im Wege stehen. Das Gesetz habe so zum Beispiel die Einführung des Deutschen als Schriftsprache in entsprechend bewohnten Gemeinden ermöglicht. In der Praxis sei jedoch die Ausstellung zweisprachiger Dokumente unzulässig, was den hehren Grundsatz konterkariert. Hinsichtlich zweisprachiger Ortsschilder sieht Rasch den Grundsatz in dubio pro minoritas (im Zweifel für die Minderheit) oft nicht angewendet. So habe es eine Auseinandersetzung mit dem Generaldirektor für Landstraßen gegeben, der Ortswegweiser in Unkenntnis oder in Ignoranz der Minderheitssonderrechte demontieren ließ. Problematisch sei weiterhin die Verwendung eiserner Kreuze bei Gefallenendenkmälern, die in Polen einzig mit der Wehrmacht in Verbindung gebracht werden. Ohnehin werde die Geschichte in Schlesien oft als politisches Instrument benutzt. Beispielsweise werden die polnischen Aufstände in Schlesien am Ende des Ersten Weltkrieges als Ereignis betrachtet, das zur Befreiung Schlesiens von den Deutschen geführt habe. „Wir aber“, so Rasch, „sehen in ihnen eine Tragödie für die Schlesier, die in der schlesischen Gesellschaft und Geographie eine tiefe Wunde hinterlassen hat.“ Die öffentliche Wahrnehmung der Deutschen werde auch durch vielerorts mangelnde deutsche Gottesdienste beeinträchtigt. Dass der Stand nicht noch schlechter ist, sei nur dem günstigen Einfluss des bisherigen Oppelner Bischofs Alfons Nossol zu verdanken.

> In der Praxis werden hehre Grundsätze oft konterkariert

Einen nachhaltigen Eindruck konnte Rasch vom hohen Niveau der Fernseh- und Rundfunkredaktion liefern, deren zweisprachige Beiträge auf der Homepage der Produktionsgesellschaft Pro Futura unter www.pro-futura.com.pl/de/index.html wöchentlich abgerufen werden können. Daneben runde die Wochenzeitung „Schlesisches Wochenblatt“ die Medien der Minderheit ab. Interessierte können daneben kostenlos einen Newsletter auf der Homepage der Sozialkulturellen Gesellschaft der Deutschen anfordern. Allerdings bemängelt Rasch den erschwerten Zugang der Deutschen zu öffentlichen Medien. Die Sendezeiten fielen auf ungünstige Tageszeiten und seien in Anbetracht der Größe der Minderheit viel zu kurz.

Ein weiterer Kern der Tätigkeit liege in der Entwicklung des Bildungssystems. Deutsch als Minderheitensprache hätten 2008 zirka 27 000 Schüler in Kindergärten, Grundschulen und Gymnasien genossen, was 25 Prozent der deutschen Gesamtschülerzahl entspreche. Der Deutschunterricht realisiere sich in Form von nur drei zusätzlichen Stunden und der durchgängige Besuch vom deutschen Kindergarten bis zum deutschen Gymnasium sei nach wie vor nicht möglich. Polen unterstütze in der Theorie die Erhaltung der Identität, Sprache und Geschichte von Minderheiten nur unter der falschen Voraussetzung, dass Kinder die Sprache schon zu Hause lernten und in der Schule ihre Kenntnisse nur noch erweitern sollten. Auf die Deutschen treffe dies jedoch nicht zu, da zunächst die Wiederherstellung der deutschen Sprache infolge ihres Verbotes bis 1989 Gebot sei. Ähnlich wie in Dänemark, Ungarn, Rumänien oder Litauen seien echte bilinguale Schulen vonnöten. In erster Linie seien jedoch die Familien gefordert, denn die noch deutschsprachige Großelterngeneration könne heute noch Einfluss nehmen. Hinderlich seien der Boom des Englischen, Mangel an qualifizierten Lehrern sowie die Tatsache, dass Bücher aus der Bundesrepublik Deutschland nicht zugelassen sind. *PAZ*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

da haben wir wieder einmal große Freude bereiten können. Einer Frau, die gar nicht erwartet hatte, dass so schnell und eingehend ihre Suchfrage beantwortet wurde, denn unsere Zeitung und damit die Ostpreußische Familie waren der Französin **Camille Stein** völlig unbekannt. Bis sie im Internet auf uns stieß und einen Versuch wagte. Ihre bis dahin nie geklärte Frage bezog sich auf den Geburtsort ihrer deutschstämmigen Mutter, den sie über keine für sie erreichbare Informationsquelle finden konnte. Aber wir, wenn auch erst nach einigen aufwendigen Recherchen, denn es handelte sich um einen kleinen Ort in Westpreußen, der nicht nur die Nationalität, sondern auch mehrfach den Namen gewechselt hatte: Brinsk im Kreis Stendal, auch Brinsker Buden, dann Brynsk, später Lagendorf, und jetzt wieder Brynsk – ja, da steigt man so schnell nicht durch. Als Frau Steins Mutter **Franziska Janowski** 1891 dort geboren wurde, gehörte Brinsk zum Regierungsbezirk Marienwerder und damit zum Deutschen Reich. Dies und noch mehr auch über eventuelle Vorfahren konnten wir ihr mitteilen und lösten damit eine große Überraschung bei der Französin aus, die sich fast überschwänglich bei uns bedankte. So aufschluss- und umfangreich sei sie noch nie informiert worden und zolle uns dafür großen Respekt. Das ehrt uns und lässt uns hoffen, dass wir noch zu weiteren Erfolgen in dieser Angelegenheit kommen, denn sie sucht nach ehemaligen Bewohnern von Brinsk und eventuellen Verwandten der dort ansässig gewesenen Familien Janowski und **Zaporowski**. Da wir den Schriftwechsel führen, lautet die Bitte, sich an uns zu wenden. Wäre schön, wenn wir ihr einige Zuschriften übermitteln könnten.

Und noch einmal große Freude, auch brieflich so bekundet. Von der Großnichte des masurischen Dichters **Fritz Skowronnek**, über dessen Grab auf dem Friedhof von Oranienburg wir berichtet hatten. Frau **Ruth Scholz** aus Bad Frankenhausen ist eine geborene Skowronnek, die beiden Schriftstellerbrüder Fritz und **Richard** sind ihre Großonkel. Allerdings weiß sie nicht viel über die Verwandtschaft, denn die 1932 in Königsberg geborene Tochter des aus Masuren stammenden Elternpaares – Vater wurde in Ostrokallen, Kreis Lyck geboren – lebte nach der Flucht in Thüringen und bekam erst nach der Wende Wissenswertes über die Familie zu erfahren. So auch durch einen ihr zugesandten Zeitungsausschnitt über das Grab ihres Großonkels Fritz auf dem Oranienburger Friedhof. Sie nahm Verbindung mit der Friedhofsverwaltung auf und wurde bei einem Besuch auf dem Friedhof auch bald fündig, denn ein großer Findling kennzeichnete damals das Grab, dessen Pflege, wie sie erfuhr, für 50 Jahre gesichert war. Aber diese Zeit ist ja nun abgelaufen, und deshalb bekundet Frau Scholz ihre Freude und Dankbarkeit, dass das Grab nun weiter von lieben Landsleuten gepflegt wird. Sie selber erhielt, nachdem der Eiserne Vorhang gefallen war, endlich Bücher und andere Veröffentlichungen ihrer Großonkel und hütet sie wie einen Schatz. Da sie anscheinend nur ein – auf einem Buchumschlag abgebildetes – Porträt von Richard Skowronnek besitzt, werde ich ihr Fotokopien von zwei Aufnahmen zusenden, die Fritz in einem Ruderboot auf dem Lycksee und das Geburtshaus der Brüder, die Försterei Schuiken, zeigen, entnommen dem Buch „Ostpreußische Literaturgeschichte“ von **Helmut Motekat**.



Königsbergs Steindamm: Mit dem Alhambra-Haus und Ziemers Stehbierhalle Ecke Wagnerstraße
Bild: Archiv

Bleiben wir bei der Literatur. Herr **Martin Hoffmann** aus Beuren sucht den Titel eines Buches, das mir unbekannt ist, aber da können sicherlich unsere Leser helfen. Den Umschlag ziert ein Bild, das von **W. Riemann** gemalt ist. Es zeigt eine Dorfstraße in Nidden mit spielenden Kindern und einer Frau mit weißem Kopftuch. Ob die Geschichte – oder vielleicht mehrere – auf der Kurischen Nehrung spielt, wie man dem Titelbild nach vermuten kann, ist nicht bekannt. Herr Hoffmann erinnert sich aber an eine Stelle aus dem Text, die vielleicht weiter helfen könnte. Sie handelt von einer jungen Frau, die auf der Suche nach einem unbekannten Ort ist. Es könnte ein Dorf oder eine Straße sein, vielleicht auch das Haus einer Familie. Als sie beim Blick über eine ziemlich hohe Hecke einen Mann erblickt, der im dahinter liegenden Garten arbeitet, spricht sie ihn freundlich an mit der Frage, ob er ihr den Weg zu ihrem Ziel weisen könnte. Der Angesprochene ist auch gerne bereit, Auskunft zu geben und erklärt ihr freundlich mit einer richtungweisenden Handbewegung: "Na, reiten Sie am besten da weiter!" Die junge Frau sieht erstaunt an sich herunter – wo ist das Pferd? Sie steht lediglich auf Schusters Rappen! Ihre körperliche Größe führte wohl zu diesem Irrtum. Eine nette Episode, an die sich vielleicht auch andere Leserinnen und Leser des Buches erinnern und damit den Titel nennen können. (Martin Hoffmann, Beurener Straße 6 in 72660 Beuren)

Das Vertrauen in unsere Ostpreußische Familie ist schon „grenzenlos“ im wahrsten Sinn des Wortes. Es führt nach Südafrika, wohin der gebürtige Memeler **Siegfried Kittel** 1953 auswanderte, zusammen mit seiner damals in Lüneburg lebenden Frau Margarete, die in Berlin geboren wurde, deren mütterliche Familie aus Deutsch Krone stammt. Und um diese Verwandtschaft geht es in der Suchfrage von Herrn Kittel, der endlich etwas Licht in die Herkunft seiner Frau bringen möchte – ein letzter Versuch, wie er schreibt. Das klingt nicht nur sehr kompliziert sondern ist es auch, zumal sich die Suche nicht auf unser – heimisches – Gebiet erstreckt, sondern auf das der damaligen Grenzmark Posen-Westpreußen. Frau **Margarete Elisabeth** Kittel wurde zwar am 26. April 1930 in der Universitäts-Klinik Berlin Mitte geboren, ihre ledige Mutter **Martha Margarete Krens** oder **Kremz**, * 15. Juni 1901, stammte aus Strahlenburg, Kreis Deutsch Krone. Dort dürfte sie auch in einer katholischen Kirche getauft worden sein. Als junges Mädchen ging sie nach Berlin, um im Haushalt zu arbeiten. Der leibliche Vater des Kindes, der Berliner Kaufmann **Gerhard J. R. Wille**, * 1890 in Berlin, hatte die Vaterschaft anerkannt. Die Mutter verstarb bereits 1938 in der privaten Heil- und Pflegeanstalt Ilten, Kreis Burgdorf. Das Kind wurde bis zu seinem zehnten Lebensjahr von Pflegeheim zu Pflegeheim geschickt, bis das Jugendamt Kreuzberg eine Pflegestelle in Pommern fand. Frau **Gertrud Bruszkewitz** aus Köslin nahm das heim- und heimatlose Kind in ihre Obhut. Mit ihrer Pflegemutter ging Margarete Krens (Kremz) 1945 auf die Flucht. Als drei Jahre später Siegfried Kittel seine spätere Frau kennenlernte, arbeitete die 18-Jährige in einer Lüneburger Kinderklinik. Von ihrer mütterlichen Familie weiß Frau Kittel so gut wie nichts, der einzige Nachweis ist eine Heiratsurkunde der Großeltern **Michael Krenz** (**Kremz**) und **Anna** geborene **Raps** vom 28. Januar 1900, ausgestellt vom Standesamt Tütz, Kreis Deutsch Krone. Die Großeltern väterlicherseits waren **Hermann Emil Richard Wille** und **Elisabeth** Wille geborene **Mampe** aus Berlin. Siegfried Kittel und seine Frau wären sehr glücklich, wenn sich jemand auf diesen letzten Versuch hin melden würde. Wir senden zuerst einmal herzliche Adventsgrüße nach Südafrika. (Siegfried Kittel, Unit 180 Wilro Park Ret.Vill. Pvt.Bag X 04, Wiro Park, 1731, South Africa, Tel/Fax 011/7687043, E-Mail: hskittel@absamail.co.za)

Drei Fragen hat uns Frau **Renate Block** aus Wyk auf Föhr gestellt, und eigentlich hätte sie sie selber beantworten können, aber sie führen zurück in unser altes Königsberg und werden deshalb in vielen Leserinnen und Lesern Erinnerungen wecken. Ihre eigenen will Frau Block jetzt aufzeichnen, denn „in dieser dunklen, aber besinnlichen Jahreszeit sprudeln sie wieder besonders!“ Sie gehen zurück in das Samland, denn ihre Familie wohnte in Neukuhren. Und wenn im Winter alles tief verschneit war, kam die Bahn nach Königsberg oft nicht durch. Das musste auch schon Renates Mutter in ihrer Jugendzeit erfahren, denn **Hildegard Reinbacher**, * 1910, besuchte das Rauschningsche Lyzeum. Die hierzu von Frau Block gestellte Fragen sind leicht zu beantworten: **Emma Rauschning** hatte die – von **Maria Krause** aus einer Privatschule zu dem am stärksten besuchten Lyzeum der Stadt aufgebaute – Mädchenschule übernommen. Viele Königsbergerinnen werden sich an das Haus in der Jägerhofstraße erinnern, die spätere „Helene-Lange-Mittelschule“, die dann in „Agnes-Miegel-Schule“ umbenannt wurde. Eine besonders herzliche Freundschaft entwickelte sich zwischen Hildegard Reinbacher und ihrer Mitschülerin **Elly Naused**, bei deren Mutter das Mädchen aus Neukuhren wohnte, wenn das ganze Samland „eingestiemt“ war. Frau Naused war trotz ihrer fünf Kinder als Hebamme tätig. Diese Freundschaft blieb bestehen, auch als die ehemaligen Schülerinnen schon längst verheiratet waren. So kann sich Renate Block noch gut an die Nausedsche Wohnung in der Brodbänkenstraße erinnern, vor allem, „weil der Blick aus den Fenstern auf ein großes Gebäude ging, auf dem oben so schöne Figuren waren! Was war das für ein Gebäude?“ Zweifellos das Kneiphöfische Rathaus mit den Sandsteinfiguren aus dem 17. Jahrhundert! Frage 2 also auch gelöst. Bleibt Frage 3: „Am Steindamm befand sich das große Lichtspielhaus Alhambra, war es auch ein Café?“ Aber ja, sogar das bekannteste und beliebteste Konzert-Café der Stadt. Ihre Erinnerungen haben Sie also nicht betrogen, liebe Frau Block, und sie haben mich auch sehr erheitert. Besonders die Sache mit den Windbeuteln: Wenn nämlich Renates Mutter ihre drei Kinder im Café „abgesetzt“ hatte, weil sie in Ruhe einkaufen wollte, warteten diese gut betreut von der Bedienung brav bei Kakao und Kuchen. Nun hatten die Windbeutel in Königsberg nicht gerade Miniformat, die Achtjährige saß hilflos vor dem Schmandberg in der harten Teighülle und wusste nicht, wie sie das Ding klein kriegen sollte, ohne es zu zermatschen. Die Aversion gegen das Gebäck blieb bestehen: Renate Block isst noch heute keine Windbeutel!

Heute kein Nachschrapselchen? Doch und noch einmal sind es die Kakelinskis. Die kannte auch Frau **Philipp** aus Hamburg, und deren Zuhause lag in Pillkallen. Also kann man dieses Kartoffelgebäck getrost dem nördlichen Ostpreußen zuordnen. Die Angaben von Frau **Gertrud Bürge** aus Bremen, die ihre Kakelinskis mit Anis würzte, haben in Frau **Ingrid Nowakiewitsch** Erinnerungen an die heimatliche Küche geweckt und damit an die Graschelchen . So hießen in ihrem Königsberger Zuhause die Gebilde, die ihre Mutter aus übrig gebliebenem Kartoffelbrei, mit Mehl und Milch vermengt, in der Pfanne goldbraun briet. Und dann mit Zucker überstreut das war das Beste schwärmt Frau Nowakiewitsch noch heute. Und mit viel Zucker machte auch Frau Bürges Großmutter Klunkermus – bei Oma schmeckte berhaupt alles viel besser , erinnert sie sich noch heute. Ich glaube, da geht es vielen Leserinnen und Lesern genauso.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede
Foto: Pawlik

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Thielert, Anna, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, jetzt Spannskamp 29/Ander, 22527 Hamburg, am 12. Dezember

ZUM 101. GEBURTSTAG

Hamann, Lisbeth, geb. **Groth**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Rotdornweg 4, 38559 Wagenhoff, am 10. Dezember

ZUM 100. GEBURTSTAG

Suck, Herta, geb. **Gutowski**, aus Klöwen, Kreis Treuburg, jetzt Wilhelmistraße 4, 22605 Hamburg, am 8. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Czub, Martha, geb. **Parcanny**, aus Lyck, jetzt Am Lindenhof 29, 23774 Heiligenhafen, am 8. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schulz, Franz, aus Grunau-Streitswalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Rischkamp 4, 31195 Lamspringe, am 5. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bartolomeiczik, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Im Winkel 6, 31582 Nienburg, am 13. Dezember

Makarowski, Klaus, aus Lyck, jetzt Kantstraße 13, 29439 Lüchow. am 12. Dezember

Parphies, Heinz, aus Angerapp, jetzt Dickenbroochstraße 10, 58135 Hagen, am 28. November

Rieck, Hildegard, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Bevenser Weg 10, 30625 Hannover, am 8. Dezember

Soth, Charlotte, geb. **Goralski**, aus Mohrungen, jetzt Beyreuther Straße 87, 91522 Ansbach, am 5. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kempf, Ruth, geb. **Lukas**, aus Palmnicken, Kreis Samland, Im Wiesengrund 3, 69118 Heidelberg, am 12. Dezember

Sander, Helene, geb. **Kaufmann**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Eichenallee 69, 14050 Berlin, am 7. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Liebig, Albert, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Danziger Straße 12, 23611 Sereetz, am 9. Dezember

Meller, Elli, geb. **Fernitz**, aus Nöttnicken, Kreis Samland, jetzt Steenwisch 76, 22527 Hamburg, am 10. Dezember

Wallberg, Marianne, geb. **Temming**, aus Ebenrode, jetzt Siekerstraße 1, 33602 Bielefeld, am 12. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Lubjuhn, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Mönchsweg 12, 07973 Greiz, am 9. Dezember

Nolte, Martha, geb. **Powierski**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Georg-Gröning-Straße 55, 28209 Bremen, am 13. Dezember

Rohrberg, Willi, aus Preußisch Eylau, jetzt Ermarchstraße 33, 34121 Kassel, am 8. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Koriath, Paul, aus Neidenburg, jetzt Keitumer Weg 30, 22117 Hamburg, am 8. Dezember

Kohnert, Eva, geb. **Beutler**, aus Neufelde/Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Danziger Straße 5, 23376 Kappeln, am 8. Dezember

Schulz, Irene, geb. **Engelke**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Grüner Kamp 3, 24214 Gettorf, am 9. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behrent, Anna, geb. **Falk**, aus Weinsberg, Kreis Mohrungen, jetzt Meiereiweg 4/Sandbeck, 23476 Kappeln/Schlei, am 3. Dezember

Besser, Margarete, geb. **Pasternack**, aus Kosuchen, Kreis Lötzen, jetzt Teichäcker 22, 06254 Kötschlitz, am 2. Dezember

Brozio, Gertrud, aus Wittingen, Kreis Lyck, jetzt Eduard-Bernstein-Straße 3, 28329 Bremen, am 7. Dezember

Danielzik, Walter, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Grenadierstraße 42, 76133 Karlsruhe, am 13. Dezember

Fritz, Christel, geb. **Gabriel**, aus Treueeide, Kreis Schlossberg, jetzt Zum Ackern 6, 31275 Lehrte/Steinwedel, am 30. November

Fritz, Marta, geb. **Klimmek**, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, jetzt Franz-Abt-Straße 12, 76185 Karlsruhe, am 10. Dezember

Kosubek, Ruth, geb. **Reimann**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Am Ständehaus 10, 41515 Grevenbroich, am 7. Dezember

Maeding, Alexander, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Richard-Wagner-Straße 10, 85540 Haar, am 7. Dezember

Radtke, Ilse, geb. **Knieschewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Theodor-Storm-Straße 68b, 23795 Bad Segeberg, am 7. Dezember

Schmidt, Hildegard, geb. **Sobolewski**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, jetzt Bergstraße 53, 45770 Marl, am 5. Dezember

Seedorfer, Liesbeth, geb. **Rogalski**, aus Klöwen, Kreis Treuburg, jetzt Roonstraße 69, 47169 Duisburg, am 8. Dezember

Solondz, Elsa, geb. **Bombien**, aus Preußisch Arnau, jetzt Hermann-Krasser-Straße 9, 08062 Zwickau, am 15. November

Strümpel, Elisabeth, geb. **Olschewski** aus Wallenrode, Kreis Treuburg, jetzt Mühlenweg 89, 39287 Krottorf, am 12. Dezember

Wagner, Walli, geb. **Bogenschneider**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Sperberweg 8, 59199 Bönen, am 11. Dezember

Wileczewski, Anna, geb. **Steßen**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, jetzt Baumstraße 121, 41363 Jüchen, am 8. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Benett, Emilie, geb. **Kutzbora**, aus Malkienen, Kreis Lyck, jetzt Margarethenstraße 15a, 23558 Lübeck, am 12. Dezember

Bielak, Hildegard, geb. **Frank**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Leipziger Straße 97, 30179 Hannover, am 8. Dezember

Buchwald, Irmgard, geb. **Bernau**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Goethestraße 59, 73249 Wernau, am 10. Dezember

Dauner, Hans, aus Tapiau, Großhöfer Weg, Kreis Wehlau, jetzt Oggenhauser Straße 71, 89537 Giengen, am 12. Dezember

Foige, Christel, geb. **Minde**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Brandenburger Straße 16, 16798 Fürstenberg-Havel, am 12. Dezember

Hillers, Christel, geb. **Thurau**, aus Königsberg, jetzt Siebetsburger Straße 16a, 26386 Wilhelmshaven, am 10. Dezember

Köpke, Hildegard, geb. **Gleibs**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Dorfstraße 11, PF 311, 23936 Kirch Mummendorf, am 3. Dezember

Marstaller, Wolfgang, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, jetzt Stettener Straße 159, 73732 Esslingen, am 13. Dezember

Ogonowski, Ruth, geb. **Ogonowski**, aus Wehlau, Markt, jetzt Spannskamp 35c, 22527 Hamburg, am 7. Dezember

Sagorski, Irmgard, geb. **Grytzo**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Erlenweg 2/1, 76199 Karlsruhe, am 12. Dezember

Schäfer, Edith, geb. **Samel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Hofmattstraße 8, 77963 Schwanau, am 8. Dezember

Schäfer, Johanna, geb. **Czernitzki**, aus Prostken, Hindenburgstraße 25a, Kreis Lyck, jetzt Lindenstraße 29, 37124 Rostock, am 11. Dezember

Schmidt, Toni, geb. **Riemann**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Bleicher Straße 3, 21614 Buxtehude, am 9. Dezember

Schütt, Ilse, geb. **Brettmann**, aus Altstadt, Kreis Mohrungen, jetzt Bäderstraße 50, 23701 Süsel, am 4. Dezember

Spangehl, Erhardt, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, jetzt 203 Angus Cres., S4T 6N3 Regina, Sask., Kanada, am 9. Dezember

Thiele, Irmgard, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Gerhardt-Hauptmann-Straße 6, 35510 Butzbach, am 4. Dezember

Weber, Erika, geb. **Bondzio**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, jetzt Mühltorstraße 13, 67245 Lambsheim, am 8. Dezember

Wenn, Elfriede, geb. **Biesalski**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, jetzt Ludwig-Meyn-Straße 7, 25421 Pinneberg, am 11. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Böhnke, Udo, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Brükkenstraße 5, 65719 Hofheim, am 12. Dezember

Brennig, Hildegard, geb. **Trott**, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Gairen 17, 73525 Schwäbisch-Gmünd, am 8. Dezember

Broszeit, Bruno, aus Gruten, Kreis Elchniederung, jetzt Weinbergstraße 17, 37181 Hardegsen, am 12. Dezember

Bülow, Friedrich-Siegmund von, aus Weßlienen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Innweg 7, 22393 Hamburg, am 13. Dezember

Damm, Margarete, geb. **Antoni**, aus Mosens, Kreis Mohrungen, jetzt Arenbergstraße 11, 45966 Gladbeck, am 3. Dezember

Errulat, Friedhelm, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, jetzt Strübelhorn 10, 22559 Hamburg, am 11. Dezember

Gedenk, Alfred, aus Königsberg, jetzt Menzigenweg 39, 04249 Leipzig-Knauthain, 13. Dezember

Gerwin, Trautlinde, geb. **Saul**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Trellenweg 6, 59494 Soest-Bergede, am 8. Dezember

Girg, Eva-Maria, geb. **Engelhard**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Weststraße 7, 08124 Cainsdorf, am 12. Dezember

Hellwich, Christel, geb. **Tillyps**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, jetzt Graf-Hartwig-Straße 5, 21680 Stade, am 11. Dezember

Hoffmann, Johannes, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Klingkoppel 2, 24109 Kiel, am 8. Dezember

Hornberg, Betty, geb. **Plaschkies**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Hubertusstraße 21, 47509 Rheurdt, am 12. Dezember

Janke, Edeltraut, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, jetzt Oppelner Straße 51, 22045 Hamburg, am 11. Dezember

Kötzing, Erwin, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Arnimer Straße 17, 39576 Stendal, am 1. Dezember

Kopp, Ulrich, aus Wolfsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Joh.-Brinkmann-Straße 10, 23936 Grevesmühlen, am 7. Dezember

Kwauka, Edith Wally, aus Nimmersatt, Kreis Memel, jetzt An der Ohe 5, 27616 Stubben, am 9. Dezember

Lewandowski, Werner, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Annenstraße 28, 04746 Hartha, am 13. Dezember

Lojewski, Rosemarie, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Kiefernweg 24a, 96450 Coburg, am 13. Dezember

Ludorff, Georg, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Märkische Straße 173, 42281 Wuppertal, am 12. Dezember

Matschull, Ulrich, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, jetzt Dankerser Straße 84, 32423 Minden, am 12. Dezember

Ochmann, Christel, geb. **Reszies**, aus Lessen, Kreis Elchniederung, jetzt Seeuferstraße 4, 24361 Groß Wittensee, am 13. Dezember

Rosan, Herbert, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Berta-Straße 14, 47445 Moers, am 10. Dezember

Rosenfeld, Ingeborg, aus Lötzen, jetzt Hoher Rain 19, 95336 Mainleus, am 6. Dezember

Scheffler, Christel, geb. **Schwarm**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, jetzt Warnstedter-Straße 60, 22525 Hamburg, 10. Dezember

Schröder, Hildegard, geb. **Hering**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Feldstraße 74, 41239 Mönchengladbach, am 13. Dezember

Schröder, Kurt, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Franz-Liszt-Straße 8, 38442 Wolfsburg, am 11. Dezember

Schwietzer, Ursula, geb. **Plessa**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Telemannstraße 17, 39106 Magdeburg, am 8. Dezember

Selleneit, Klaus, aus Tilsit, jetzt Neubergstraße 58, 80937 München, am 7. Dezember

Späth, Margarete, geb. **Wawrzyn**, aus Steinberg, Morgenstraße, Kreis Lyck, jetzt Ferrenbergstraße 23, 51465 Bergisch-Gladbach, am 13. Dezember

Stobbe, Hans-Günther, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, jetzt Jacob-Kurz-Straße 36/3, 72760 Reutlingen, am 11. Dezember

Töpfer, Elisabeth, geb. **Baltruschat**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, jetzt Eisenacher Straße 66, 99819 Hötzelsrode, am 10. Dezember

Tupeit, Helmut, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Neumarkt 39, 42651 Solingen, am 7. Dezember

Wieschermann, Inge, geb. **Kukowski**, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Grenzberg 38, 45529 Hattingen, am 9. Dezember

Wiest, Willi, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Rosenstraße 8, 84478 Waldkraiburg, am 8. Dezember



Maire, Werner, und Frau Eva, geb. **Gilke**, aus Königsberg, jetzt Johann-Dietrich-Möller-Straße 74, 22880 Wedel, am 26. November



Schneider, Karl-Heinz, aus Wolfsee/Siedlung, Kreis Lötzen und Frau Helga Ursula, geb. **Birth**, aus Lansberg, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Karlhorststraße 49, 23562 Lübeck, am 8. Dezember

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Die »guten Geister«

Doppeltes Dienstjubiläum im Ostheim in Bad Pyrmont

Gleich zweimal konnte in diesem Herbst im Ostheim in Bad Pyrmont ein in der heutigen Zeit eher selten gewordenes Jubiläum begangen werden. Die Leiter des Ostheims, das Ehepaar Winkler, konnten zwei Mitarbeiterinnen des Hauses, Ute Roeren und Wanda Eickmann zum 25jährigen Dienstjubiläum gratulieren und sich bei ihnen für 25 Jahre engagierte Mitarbeit in der Bildungsstätte der Landsmannschaft bedanken.

Beide Mitarbeiterinnen begannen 1984 nach der Ausbildung im Ostheim und sammelten erste Berufserfahrungen in einem vielseitigen Tätigkeitsbereich und einer Arbeitszeit, die bis heute das Wochenende mit einschließt.

Inzwischen ist Frau Roeren für die Küche verantwortlich und verwöhnt die Gäste mit heimatlichen Gerichten. Dabei kann sie immer wieder das wohl größte Lob hören, das man in einem ostpreußischen Tagungshaus erhalten kann; „Es schmeckt wie zu Hause in Ostpreußen“.

Frau Eickmann ist der gute Geist in Haus und Etage; Gästezimmer, Tagungs- und Aufenthaltsräume unterliegen ihrer Pflege und strengen Kontrolle. Damit sich jeder Gast immer pudelwohl fühlt, erfüllt sie den Gästen (fast) jeden Wunsch. Manchen Stammgast verwöhnt sie schon seit 25 Jahren, was dankbar angenommen wird, denn im Ostheim sind viele der Gäste im wahrsten Sinne des Wortes „zu Hause“.



Der gute Geist eines Hauses zeigt sich in den Mitarbeitern: Ralph Winkler, Ute Roeren, Veronica Winkler und Wanda Eickmann (von links) des Ostheims Bild: xyz

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 13. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier im „Wimpinsaal“, Buchen. Vorgesehen sind der Auftritt einer Zithergruppe, Lichterreigen, Theaterspiel, kleiner Weihnachtsmarkt und „Grabbelsack“. Der Bus holt die Besucher aus den Nachbarorten ab. Nähere Auskünfte bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Lahr – Sonntag, 6. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier im Gasthaus Zum Zarko. Bitte Kuchen mitbringen.

Ludwigsburg – Dienstag, 15. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtsfeier der Gruppe im „Krauthof“ Beihinger Straße 27.

Pforzheim – Sonntag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier im evangelischen Gemeindehaus, Fritz-Neuert-Straße 32, Eutingen. Im weihnachtlich geschmückten Saal werden die Besucher mit stilvollen Darbietungen und weihnachtlichen Liedern den dritten Advent erleben. Unter anderem werden – neben einem Film über Masuren – die Singgruppe „Elchschaufel“, Ralph Demski, Heinz Weißflogn sowie Christel und Heinz Müller mitwirken. Eine reichhaltige Weihnachtstombola mit ostpreußischem Gebäck, leckeren Süßigkeiten und anderen Überraschungen gibt es auch. Spenden für den Gabentisch sind willkommen.

Reutlingen – Sonnabend, 12. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im „Treffpunkt für Ältere“, Gustav-Werner-Straße 6a, Reutlingen. Der Posaunenchor stimmt die Gäste weihnachtlich ein, und in dessen Begleitung werden die schönen alten Weihnachtslieder gesungen. Vorträge der unvergessenen Heimat stehen auf dem Programm. Mit den Kindern wird gemütlich Vorweihnachten begangen. Alle freuen sich auf den Weihnachtsmann. Allen Landsleuten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen können, wünscht der Vorstand ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest. Gäste sind herzlich willkommen.

Stuttgart – Sonntag, 6. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtsfeier der Gruppe im Ratskeller, Marktplatz 1, Stuttgart. Mit einem heimatlichen und weihnachtlichen Programm, musikalisch am Klavier unterstützt durch Frau Beierle. Die Gestaltung erfolgt durch die Zweite Vorsitzende Margarethe Sorg. Um zahlreichen Besuch wird gebeten, Gäste sind willkommen.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 10. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe zu einem vorweihnachtlichen Nachmittag in den „Ulmer Stuben“.

Wendlingen – Sonntag, 13. Dezember, Treffen der Gruppe zu einer vorweihnachtlichen Feier im Saal des Gasthauses Zum Lamm, Kirchheimerstraße 26, Wendlingen. Mit einer Kaffeetafel und heimatlichem Gebäck wird begonnen. Mit besinnlichen Worten, Singen und Musizieren in geselliger Runde wird der Nachmittag zu Ende gehen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Vorweihnachtsfeier in der „Orangerie“ und besinnlicher Rückblick auf 60 Jahre Gruppe Ansbach.

Bamberg – Mittwoch, 16. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg.

Hof – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Adventsnachmittag der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen, Marienstraße, Hof.

Ingolstadt – Sonntag, 20. Dezember, 13 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Kitzingen – Freitag, 18. Dezember, 14.30 Uhr, vorweihnachtliche Feier im „Deutschen Kaiser“, Kitzingen. Erleben Sie besinnliche Stunden mit Gedichten, Geschichten und weihnachtlichen Weisen.

Landshut – Dienstag, 15. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Wintergarten, Gasthaus Insel.

Memmingen – Mittwoch, 9. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtliche Feierstunde im Hotel Weißes Roß.

München Nord / Süd – Sonnabend, 5. Dezember, 14 Uhr, Vorweihnachtliche Feier mit Kaffeetafel im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Auf dem Programm stehen gemeinsames Singen, kleine Lesungen und Vorträge. – Freitag, 11. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Adventsfeier im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Sonntag, 6. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier im „Tucherbräu“ am Opernhaus.

Rosenheim – Mittwoch, 9. Dezember, 14 Uhr, Vorweihnachtsfeier der Gruppe im Gasthaus Höhensteiger.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonntag, 20. Dezember, 16 Uhr, Weihnachtsnachmittag im Gasthaus Engel-Stuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen. Mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem Nordosten Deutschlands werden besinnliche Stunden verbracht.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heitberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 468222.

Bremen – Sonnabend, 5. Dezember, 10 Uhr (Ende 17 Uhr), Ostdeutscher Weihnachtsmarkt der Bremer Landsmannschaften im Gemeindesaal der Domgemeinde in der Sandstraße. Ein vom BdV betriebenes Tages-Café bietet selbstgebackenen Kuchen. – Dienstag, 8. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe beim Roten Turm auf der Domsheide. Nähere Auskünfte bei Frau Kunz, Telefon 471874. – Donnerstag, 17. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Hotel zur Post. Die Geschäftsstelle der Gruppe befindet sich in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 11. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im „Barlach-Haus“.

Lesum/Vegesack – Freitag, 18. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im „Lesumer Hof“, Bremen-Lesum. Die Feier beginnt mit Kaffee und Kuchen und beinhaltet wieder weihnachtliche Geschichten in Hoch- und Plattdeutsch sowie ostpreußisch Platt, vorgetragen von Mitgliedern der Gruppe. Es gibt natürlich auch Zeit für schöne Gespräche untereinander. Dazu werden musikalische Vorträge einer Gesangsgruppe dargeboten. Aber auch das Singen bekannter Weihnachtslieder wird nicht fehlen. Anmeldungen bis zum 10. Dezember bei Christel Kuhnigk, Telefon (0421) 74165.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 12. Dezember, 14 Uhr, **Weihnachtsfeier** im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg, Telefon (040) 504477, Einlass 13 Uhr, 14 Uhr Begrüßungsansprache des Ersten Vorsitzenden Hartmut Klingbeutel. 14.15 Uhr: Mit Ruth Geede will man gemeinsam an die Weihnachtszeit in der Heimat erinnern, Weihnachtslieder singen und den literarischen Erzählungen lauschen. Mit ihrer Harfe wird Tatjana Großkopf (Leiterin des Lufthansachores) die Vorträge musikalisch umrahmen und den Singen den richtigen Ton geben. 15 bis 15.30 Uhr Kaffeepause. Nach der Pause setzen wir das Programm fort und lassen unsere besinnliche Weihnachtsfeier langsam ausklingen. Durch die Veranstaltungen führt sie Hans Günter Schattling. 17 Uhr Ende der Weihnachtsfeier. An- und Abfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf. Parken im Umfeld möglich.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Neuntägige Ostpreußenreise in den Kreis Heiligenbeil vom 24. April bis 2. Mai 2010. Es werden alle Kirchspiele besucht, also auch Ihr Heimatort. Reisepreis ab 20 Teilnehmern 764 Euro; ab 30 Teilnehmern 714 Euro; ab 40 Teilnehmern 664 Euro pro Person im DZ. Im Preis enthalten: HP, Reiserücktrittversicherung, Krankenversicherung im russischen Teil des Kreises, Erlaubnis für den grenznahen Bereich im russischen Teil, Reiseleitung, Stadtführungen, Grenzgebühren und Visakosten. Reiseunterlagen ab sofort bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Sensburg – Sonntag, 6. Dezember, 14 Uhr, Adventsfeier im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Anmeldungen bis zum 4. Dezember bei K. Budszuhn, Friedenstraße 70, 25421 Pinneberg. Gäste herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 5. Januar, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22110 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 7. Dezember, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis „Waldquelle“). Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach einer gemeinsamen Kaffeetafel vorweihnachtliche Feier mit Liedern, Gedichten und kleinen Geschichten in musikalischer Umrahmung. – Zum Auftakt spielte Brigitta Frankenberger auf der Zither von Dvorák das „Largo“ aus der 9. Sinfonie „Aus der Neuen Welt“. Im Kranichsteiner Bürgerhaus am See war man zusammengekommen, um die Gründung der Gruppe vor 60 Jahren festlich zu begehen. Der Zweite Vorsitzende Erwin Balduhn sprach ein bewegendes Totengedenken für alle Menschen, die im letzten Krieg umgekommen waren, insbesondere für die Landsleute, die bei Flucht und Vertreibung ihr Leben lassen mussten. In das Gedenken schloss er auch Walter Kelch ein, der am 28. Oktober im 98. Lebensjahr gestorben war. Die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Dieter Leitner begrüßten die zahlreich erschienenen Gäste. Schröder hieß besonders den stellvertretenden Sprecher der Landsmannschaft und Vorsitzenden der Landesgruppe Rheinland-Pfalz, Dr. Wolfgang Thüne, sowie Vertreter der Kreisgemeinschaft Insterburg willkommen. Thüne ist weiten Kreisen als langjähriger „Wetterfrosch“ im ZDF bekannt. Gerhard Turowski zitierte aus dem Preußischen Choral des Generals von Zieten, dem volkstümlichsten Reitergeneral Friedrichs des Großen, der seinem König in Glaubensfragen mutig entgegentrat. Mit einem Gedicht grüßte Brigitte Schröder die Geburtstagskinder. Hannelore Neu-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

mann, Erwin Baldutm und Klaus Frankenberger sprachen mundartliche Texte; Dieter Leitner las ein Gedicht von Wilhelm Busch. Brigitta Frankenberger ließ zwischendurch weitere Weisen auf der Zither erklingen. Gerhard Schröder referierte sodann über die Geschichte der Gruppe. Sie wurde 1949 als „Notgemeinschaft heimatvertriebener Ost- und Westpreußen“ gegründet und erhielt erst 1951 ihren heutigen Namen. Ihre Aufgaben bestanden in den ersten Jahren aus sozialer Hilfe, Sprechstunden, Hilfe bei Behörden und beim Lastenausgleich, bei Wohnungs- und Arbeitssuche. Er würdigte Fritz Walter, der 25 Jahre die Geschicke der Kreisgruppe leitete und 1985 Initiator des Vertriebenendenkmals war, welches von Reinhard Grütz gestaltet wurde. Walter wurde 1989 zum Ehrenvorsitzenden ernannt, 1992 starb er. Seit fast 60 Jahren gehört seine Frau Asta zur Gruppe und ist damit heute das älteste Mitglied. Das Vereinsheim „Möwe“ wurde bezogen und diente lange Jahre für Zusammenkünfte, Feste und Ausstellungen. 1964 wurde mit dem Bau der Ostpreußensiedlung begonnen. 1981 war zum ersten Mal Dr. Thüne mit einem Vortrag zu Gast. Gerhard Schröder wurde 1991 zum Vorsitzenden gewählt und ist es bis heute geblieben. Eine Partnerschaft mit Freiberg in Sachsen wurde 1993 geschlossen. Der Bund der Danziger e. V. hielt seit Januar 2000 seine Treffen gemeinsam mit der Gruppe ab. Dr. Thüne stellte sein Buch „Freispruch für CO_2“ vor. Anschließend erinnerte er daran, dass nächstes Jahr die *Preußische Allgemeine Zeitung / Ostpreußenblatt* 60 Jahre alt wird, ebenso an die Volksabstimmung in Ostpreußen 1920. Im Kreis Oletzko votierten 28625 Menschen für Deutschland, nur zwei für Polen. In der Kreisstadt Marggrabowa (Markgrafenstadt) erhielten die Polen nicht eine einzige Stimme. Im Dezember 1928 hat Marggrabowa als Dank für seine Treue zur Heimat bei der Volksabstimmung den Namen Treuburg erhalten. Thüne betonte, dass die Provinz nie zu Polen gehört habe. Dennoch wollen die Polen im Juli 2010 zum 600. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg, bei der das Heer des Deutschen Ordens durch die vereinigten Polen und Litauer vernichtend geschlagen wurde und der Hochmeister Ulrich von Jungingen fiel, „eine exorbitante Schau“ veranstalten.

Dillenburg – Mittwoch, 9. Dezember, kleine Weihnachtsfeier der Gruppe geleitet von Pfarrer i. R. Dietmar Balschun. Dazu liest Margitta Meier ein Weihnachtsgedicht und Helga Löhner die Geschichte „Der Zug von Paris nach Riga am Heiligen Abend“.

Gießen – Ein Diavortrag besonderer Art erfreute die Mitglieder und Gäste der Gruppe. Das Vorstandsmitglied Heinz Schmidt nahm vor 22 Jahren an einer Drei Tageshochgebirgswanderung teil und er konnte eine Fülle herrlicher Dias zeigen. Sei es der Anblick und Fernblick der Alpen sowie auch die steilen Gebirgssteige. Alles war bei dieser Wanderung gegeben. Mit weiteren sechs erfahrenen Bergfreunden wurde in Ulm mit dem Pkw gestartet in Richtung Liechtensteiner Grenze nach Brand in 1062 Metern Höhe. Nach dieser ersten Hüttenübernachtung erfolgte der Aufstieg über den Zalimstieg zur Oberzalimhütte in 1689 Metern zur Abgabe des Rucksacks, denn dieser wurde mit der Versorgungsseilbahn zur Mannheimer Hütte gezogen. Jetzt begann der erste steile Aufstieg über den Leibersteig zur Mannheimer-Hütte auf 2679 Metern. Dort Übernachtung. Hinter der Hütte lag der Brandner Gletscher von 1,81 Kilometern Länge. Hier erfolgte der Abmarsch am zweiten Tag. Mit Gradeln an den Schuhen wurde dieser Gletscher überwunden. Es folgte nun der Aufstieg zur Schesaplana mit 2965 Metern Höhe. Jetzt 800 Meter steiler Abstieg zur Calrosa-Hütten, in der Schweiz. Eine kurze Jauße und weiter auf zum Schweizer Tor und Drusentor. Jetzt wieder der steiler Abstieg nach Österreich zur Lindauer Hütte, wo man übernachtete. Am dritten Tag erfolgte wieder ein Aufstieg über den Schweizertorweg auf 2291 Meter und von dort der lange Abstieg zum Lüner See mit der Douglas-Hütte und weiter zur Schattenlaganthütte und wieder weiter zur Ausgangspunkt nach Brand. Es war eine Gesamtstrecke von 45 Kilometern durch Österreicher und Schweizer Hochalpen.

Hanau – Mittwoch, 9. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Kassel – Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, Advents- und Vorweihnachtsfeier im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg.

Limburg – Montag, 7. Dezember, 18 Uhr, Treffen zum Königsberger Klopse-Essen in der Gaststätte des Turnvereins Limburg, Ste.-Foy-Straße 16. Es gibt natürlich auch Berichte über Fahrten in die Heimat sowie Erinnerungen an die Weihnachtzeit in Ostpreußen. An-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Ostpreußenchor

Hamburg – Ein Weihnachtskonzert gibt der Ostpreußenchor Hamburg am Freitag, 18. Dezember, 15 Uhr, in der St.-Gabriel-Kirche, Hartloh-Platz 17. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit dem HVV von Barmbek mit dem Bus 172 oder 7 bis zur Haltestelle Hartzloh erreicht werden. Von hier aus sind es rund 7 Minuten Fußweg. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

meldungen an Albrecht Kauschat, Telefon (06431) 25200.

Wiesbaden – Dienstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Weihnachtsfeier im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. – Sonnabend, 19. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35. Sie erwartet Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein und ein besinnliches Programm. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang und einer Ansprache von Pfarrer Dr. Holger Saal werden die Gäste auf das Weihnachtsfest eingestimmt.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Bevensen – Sonnabend, 5. Dezember, 9 Uhr (Ende 16 Uhr), Weihnachts-Basar in den Räumen des Gemeindezentrums der Dreikönigskirche. Ein abwechslungsreicher Tag erwartet die Gäste: Kaffee und selbstgebackenen Kuchen, weihnachtliche und ostpreußische Handarbeiten aus eigener Fertigung, Königsberger Marzipan, selbstgemachte Marmelade, deftige Erbsensuppe und gute Gespräche. – Sonnabend, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier im Kurhaus Bad Bevensen. Umrahmt wird die Feier durch den „Kammerchor Lüneburg“, wobei die Weihnachtsgeschichte, Weihnachtslieder, ostpreußische Gedichte und Geschichten Kaffee und Kuchen sowie Königsberger Marzipan den Nachmittag abrunden werden.

Braunschweig – Freitag, 11. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliches Beisammensein der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee.

Göttingen – Dienstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Frauengruppe im „Rathskeller“, Göttingen.

Helmstedt – Donnerstag, 10. Dezember, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. – Donnerstag, 17. Dezember, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im „St. Walpurgis“.

Oldenburg – Mittwoch, 9. Dezember, 15 Uhr, Treffen im Stadthotel Eversten. Die Adventsfeier wird begangen mit einem Basartisch voll mitgebrachter Weihnachtsbäkkereien und -basteleien. Freunde sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Sonntag, 6. Dezember, 15.30 Uhr, Adventsfeier in der Osnabrück-Halle. Anmeldungen bei Gertrud Franke, Tel. 67479, oder Gerhard Reihs, Tel. 83646. – Donnerstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Literaturkreis im Hotel Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Freitag, 18. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Aachen – Sonnabend, 5. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Haus des Deutschen Ostens, Franzstraße 74, Saal des Restaurants Franz, fünf Minuten vom Hauptbahnhof, gleich am Maschiertor. Der Weihnachtsmann hat auch schon seine Teilnahme zugesagt, um seine Grüße zu überbringen. Es wurde wieder ein buntes, besinnliches Programm zusammengestellt und ein neues Weihnachtsstück eingeübt. Alle Mitglieder, Freunde und Nachbarn sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. All denjenigen, die nicht mehr an den Aktivitäten der Gruppe teilnehmen können, sei schon jetzt ein geruhsames, friedliches Weihnachtsfest und alles Gute für das nächste Jahr gewünscht.

Bielefeld – Montag, 7. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 17. Dezember, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt und Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Sonntag, 6. Dezember, 15.30 Uhr, Adventsfeier der Gruppe und gemütliches Beisammensein im Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74. – Dienstag, 8. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Weihnachtsstunde mit Julklapp in der Altenbegegnungsstätte Brüser Berg. – Montag, 14. Dezember, 18 Uhr, Adventsfeier der Siegburger Ostpreußen im Restaurant Bonner Hof, Haltestelle „Siegburger Zange“ (Linie 66), Gäste willkommen.

Düren – Freitag, 11. Dezember, 16 Uhr, vorweihnachtliche Feier. Kuchenspenden erbeten. Kontakt: Telefon 42176.

Düsseldorf – Sonntag, 6. Dezember, 10 Uhr (Ende 16 Uhr) Ost- und Mitteldeutscher Weihnachtsmarkt im GHH. – Donnerstag, 10. Dezember, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH. – Freitag, 11. Dezember, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62. – Dienstag, 15. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert, Ostpreußenzimmer 412, GHH.

Ennepetal – Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier in der „Rosine“. – Donnerstag, 17. Dezember, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es gibt Heringsstipp und Bratkartoffeln, Kaffee und Kuchen.

Essen – Freitag, 11. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Advents- und Weihnachtsfeier.

Gevelsberg – Freitag, 18. Dezember, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im Vereinslokal Keglerheim, Hagenerstraße 78, Gevelsberg. Adventsfeier bei Kaffee und Kuchen.

Gütersloh – Sonnabend, 5. Dezember, 15 Uhr, Verkauf ostpreußischer Spezialitäten auf dem Weihnachtsmarkt in Gütersloh-Spexard. Es werden wieder Bigos, Grützwurst, Bärenfang, Schmalzbrote und heiße Borschtsch-Suppe angeboten. Alle Spezialitäten werden selbst zubereitet. Wer helfen kann und möchte (kochen oder Zutaten spenden) melde sich bei Marlene v. Oppenkowski, Telefon (05241) 702919, oder Mariane Bartnik, Telefon (05241) 29211. Der Weihnachtsmarkt findet am Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14, Gütersloh, statt. Wie auch in den vergangenen Jahren wird der Erlös gespendet. – Montag, 7. Dezember, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier im Gütersloher Brauhaus. Der Nikolaus kommt bestimmt. Für Kinder bis zehn Jahre gibt es ein Päckchen. Für die Planung und Reservierung ist eine Anmeldung bis zum 5. Dezember bei den Mitgliederbetreuern oder Marlene v. Oppenkowski, Telefon (05241) 703919, erforderlich. – Montag, 14. Dezember, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Leverkusen – Sonnabend, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Vorweihnachtsfeier im großen Saal der Herz-Jesu-Kirche, Marktplatz 1, Leverkusen-Wiesdorf. Eintritt Mitglieder 4 Euro, Nichtmitglieder 7 Euro. Kinder bis zum 12. Lebensjahr zahlen nichts. Ein schönes festliches Programm mit Beteiligung aller Kulturgruppen beginnt um 15 Uhr. Der Weihnachtsmann hat sein Kommen zugesagt. Anmeldung erforderlich bis spätestens 3. Dezember bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763. Gäste sind herzlich willkommen.

Mülheim/Ruhr – Dienstag, 8. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliches Beisammensein im Hotel Handelshof, Mülheim/Ruhr.

Siegen – Sonnabend, 12. Dezember, 14.30 Uhr, vorweihnachtliche Feier im kleinen Saal, Bismarckhalle. Bei Kaffee und Gebäck, heimatbezogenen Vorträgen und Lesungen mit Königsberger Marzipan, heimischen Getränken und mit Grützwurst werden einige Stunden der Besinnung und des Frohsinns verbracht. Dazu sind alle Landsleute, Angehörigen, Freunde und Interessierte herzlich eingeladen.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier im „Dülkener Hof“, Lange Straße 54. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt (4 Euro pro Gedeck). Ein geistliches Wort zur Weihnachtszeit wird von der hiesigen katholischen Gemeinde Pfarrer Rainer Thoma sprechen. Gäste sind herzlich willkommen.

Wesel – Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind herzlich eingeladen. Bei einem gemütlichen Beisammensein stehen Kaffee und Kuchen bereit. Mit Gedichten, Geschichten und Liedern zur Weihnachtszeit werden ein paar besinnliche Stunden verbracht. Verbindliche Anmeldungen bis zum 5. Dezember, bei Kurt Koslowski, Telefon (0281) 64227, oder Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230.

Witten – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Sonntag, 13. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt. Es gibt weihnachtliche Vorträge und Lieder bei Kaffee und Kuchen.

Mainz – Freitag, 11. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Donnerstag, 17. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Freitag, 18. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt a. d. W. – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Saal der Neustadter Trachtengruppe, Fröbelstraße 26. Im Programm

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Ostpreußischer Heimatgottesdienst

Hamburg – Ein ostpreußischer Heimatgottesdienst findet am Sonntag, 13. Dezember, 10 Uhr, in der St. Johanniskirche, Bremer Straße 9, Hamburg-Harburg, statt. Die Predigt halten Probst Bollmann und Pastor Ludwig Fetingis aus Litauen. Mit musikalische Begleitung durch den Harburger Posaunenchor (Leitung Stefan Henatsch) und die Solistin Edelgard Gassewitz. An der Orgel Rainer Schmitz. Anschließend trifft man sich bei Tee, Kaffee und Gebäck im Gemeindesaal. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen. Die St. Johanniskirche ist mit der S-Bahn (S3 und S31) erreichbar, Station Harburg Rathaus, zehn Minuten Fußweg. Parkplätze bei der Kirche vorhanden.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Es wurde geknüpft und gewerkelt

55. ostpreußische Werkwoche im Ostheim stand im Zeichen aktiver Kulturarbeit

Eine Werkwoch fand im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Gefördert mit Mitteln des Bundes-Kulturministeriums (BKM) über das Kulturreferat des Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Es war die 55. Werkwoche. In Hochzeitstagen ausgedrückt, hätte die Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen in diesem Jahr ihre Juwelenhochzeit feiern können. Und Juwelen waren auch diesmal dabei. Man konnte sie nicht nur auf dem Ausstellungstisch finden, sondern auch unter den Werkleiterinnen, den Teilnehmerinnen – und dem Teilnehmer.

Ein Dank geht an Frau Hauck und Frau Mößer, die für eine Werkleiterin einsprangen, aber ebenso an die anderen Werkleiterinnen. So hatte Frau Wiesner zum ersten Mal die Gruppe Weißsticken übernommen und war froh, dass sie bei einer Gruppe von zwölf Weißstickerinnen auch „alte Hasen“ dabei hatte, die sie ein Stück weit entlasten konnten. Frau Ständecke und Frau Kopp waren ein eingespieltes Team für die Trachtennäherinnen. Frau Lorenzen betreute die Gruppe Doppelweben und wurde von ihrer Gruppe mit einem doppelgewebtem „Danke“ beschenkt. Frau Rudel war in diesem Jahr wieder für die Gruppe Knüpfen und Weben zuständig.

Von Montag bis Sonnabend wurde genäht, gestickt, gestrikkt, gewebt, geknüpft und gewerkelt. Es entstanden Decken, Handschuhe, Jostenbänder, Jakken und vieles mehr. Zum ersten Mal seit den Anfängen der Werkwoche nahm ein Mann teil; Herr Korn hat Kurenwimpel hergestellt und sich unter den ganzen Frauen sehr wohl gefühlt. Treu nach dem Motto: „Erhalten und Gestalten“ wurden in diesem Jahr auch Socken hergestellt, obwohl Sockenstricken kein typisch ostpreußisches Handwerk ist, aber sie zeigten Trakehner Pferde und mit diesem ostpreußischen Motiv durften sie auch mit auf den Ausstellungstisch gelegt werden.

Schätze der Handarbeitskunst: Greifbare Ergebnisse der Werkwoche. Bild: privat

Was dabei entstanden ist, sind aber nicht nur Gegenstände, die mit nach Hause genommen werden konnten, sondern auch Bänder der Freundschaft und Wärme. Das sah man besonders an dem herzlichen Beifall, den Frau Schroeder erhielt. Sie hat aus gesundheitlichen Gründen in diesem Jahr leider nicht an der Werkwoche teilnehmen können, wurde aber am Sonnabend von ihrem Sohn nach Bad Pyrmont gefahren. Als Überraschungsgast wurde sie von allen herzlich willkommen geheißen und geherzt. Diese Herzlichkeit hielt Frau Lüttich, Leiterin der Werkwoche und Bundesvorsitzende des Ostpreußischen Frauenkreises, auch in ihrer Ansprache hoch: Die Ostpreußische Familie wächst stetig, denn jeder, der möchte, ist in ihr willkommen. Das gemeinsame Arbeiten, Singen, Essen, Erzählen, Lachen und Weinen macht diese Woche so einmalig. Bei der Verabschiedung wurde dann von allen Seiten auch gerufen, dass man sich im nächsten Jahr wiedersehen wird und sich jetzt schon darauf freut. Sogar die Frauen aus Ostpreußen, die extra für diese Woche den langen Weg auf sich genommen haben, wollen wieder dabei sein, wenn die 56. Werkwoche vom 11. bis 17. Oktober wieder im Ostheim, Bad Pyrmont, zelebriert wird. Alle freuen sich schon auf das Jahr 2014, wenn die Werkwoche ihre Diamantene Hochzeit feiern kann. *PAZ*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 5. Dezember, 21 Uhr, Phoenix: Als der Ostblock Geschichte wurde.

Sonnabend, 5. Dezember, 21.10 Uhr, n-tv: n-tv History – Jugend eines Diktators; Die Anschlagspläne auf Hitler.

Sonnabend, 5. Dezember, 21.45 Uhr, Phoenix: Der Fall Ivan Demjanjuk.

Sonntag, 6. Dezember, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 6. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Mit dem Zug von Berlin nach Peking.

Sonntag, 6. Dezember, 21.45 Uhr, 3sat: So weit die Füße tragen.

Dienstag, 8. Dezember, 20.15 Uhr, RBB: Geheimnisvolle Orte – Der Ostwall.

Donnerstag, 10. Dezember, 20.15 Uhr, Phoenix: Familie Hitler – Im Schatten des Diktators.

Keine Advents- und Weihnachtsberichte

Alle Jahre wieder kommen unsere Leser überall in Stadt und Land zusammen, um die adventliche und vorweihnachtliche Zeit festlich zu begehen.

Bei den vielen Berichten, die uns über die heimatlichen Feiern erreichen, ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich, entgegen unserer sonstigen Gepflogenheit, die Beiträge zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Mitarbeiter und unsere Leser dafür um Verständnis. Aus der Fülle der Einsendungen geht hervor, daß unser ostpreußisches Brauchtum bei allen Feiern nach wie vor gepflegt wird. In den Gedanken, die in diesen Stunden nach Hause wandern, tauchen Sternsinger, Schimmelreiter und Umzüge mit dem Brummtopf auf. Gemeinsam gesungene Advents- und Weihnachtslieder, Lesungen und Gedichte ostpreußischer Dichter und Schriftsteller bringen heimatliche Atmosphäre in die von den Frauen der Gruppen festlich geschmückten Räume und Säle. Im Schein der Kerzen sitzen unsere Landsleute bei Kaffee und Mohnstrietzel oder Fladen, Pfeffernüssen und selbstgebackenem Marzipan beisammen, lauschen dem Chorgesang oder zarter Flötenmusik und erfreuen sich an Weihnachtsspielen, die von Jugendlichen und Jugendgruppen gleichermaßen dargeboten werden. Häufig kommt auch „Knecht Ruprecht“ oder der „Nikolaus“ und bedenkt die Kinder mit bunten Tüten voller Gebäck und Süßigkeiten.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

wirken mit der Tenor Erich Lemke und die Klavierspielerin Christel Ochsenreither. Um Kuchenspenden für die gemeinsame Kaffeetafel wird gebeten, diese können auch am Vormittag um 10 Uhr abgegeben werden.



SAARLAND

Vors.: Martin Biesen, Wetschauser Str., 66564 Ottweiler-Fürth, Telefon: (0173) 6183537.

Landesgruppe – Sonntag, 13. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier im Hotel Budapest, Bliesransbacher Straße, Fechingen. Es gibt eine Tombola sowie Lesungen der Frauengruppe. Alle Mitglieder, Angehörige, Freunde und Bekannte sind herzlichst eingeladen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Dresden – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Enso“, City-Center, Friedrich-List-Platz 2, 01069 Dresden. Motto: Weihnachtlich-heimatliche Brauchtumspflege aus allen Heimatgebieten.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 12. Dezember, 14 Uhr, Treffen zur Weihnachtsfeier im Esche-Museum. Mit einem heimatlichen Programm soll an die Kindheit zu Hause erinnert werden. Dazu sind alle Landsleute ganz herzlich eingeladen. Hausgemachte Wurst wird auch wieder angeboten.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 10. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Weihnachtsfeier im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14. – Montag, 14. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Krötenhof.

Halle – Sonnabend, 5. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54.

Magdeburg – Dienstag, 8. Dezember, 16.30 Uhr, Vorstandssitzung in der Gaststätte SV Post. – Sonntag, 13. Dezember, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post. – Dienstag, 15. Dezember, 13.30 Uhr, Treffen der „Stikkerchen“ in der Immermannstraße 19. – Dienstag, 15. Dezember, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Nach der Begrüßung mit einem Gedicht erinnerte Gisela Brauer an die Gedenktage des Novembers: Allerheiligen, Allerseelen, Volkstrauertag und Totensonntag sowie den Ewigkeitssonntag, Sie erinnerte auch an zwei besondere Geburtstage: Friedrich von Schiller, geboren am 10. November 1759, und Martin Luther, geboren am 10. November 1483. Dabei ging sie kurz auf Leben und Wirken der beiden herausragenden Persönlichkeiten ein. Die Geburtstagskinder des Monats der Gruppe waren Katharina Makarowski und Elfriede Storjohann. Anschließend sprach Makarowski über Sagen aus dem Kreis Stormarn, zum Beispiel über Mönkenbrook, das ein versunkenes Kloster sein soll, von Mönchen und Wegelagerern am Handelsweg zwischen Hamburg und Lübeck. Abschließend berichtete Ulrich Klemens von dem Soldatenfriedhof in Dünaburg, auf dem auch sein Vater, Kurt Klemens, 1945 seine letzte Ruhe fand. Der große Friedhof ist mit Steinkreuzen angelegt, Name, Geburts- und Sterbedatum sind angegeben.

Bad Schwartau – Dienstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Adventsnachmittag im Jugendfreizeitheim, Ludwig-Jahn-Straße 7a, Bad Schwartau. Der Schriftsteller Arno Surminski und wie jedes Jahr auch wieder die „Glöckchen“ vom deutsch-russischen Verein „Samowar“ aus Lübeck sorgen für einen stimmungsvollen Nachmittag. Anmeldungen bitte bis zum 3. Dezember bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435, oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706. – Sonnabend, 19. Dezember, 12 Uhr, Adventsfahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn, diesmal zum Wintermärchen. An Schneewittchen kann sich fast jeder noch erinnern, aber im Theater sieht doch einiges anders aus. Zuvor gibt es Gänsebraten mit Rotkohl, Nachtisch und einen Schnaps, damit man gestärkt das dramatische Geschehen verfolgen kann. Danach warten noch Kaffee und Kuchen auf die Teilnehmer und mit weihnachtlicher Musik im Bus geht es dann heimwärts. Die Fahrt kostet komplett 42 Euro. Anmeldungen bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435, oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.

Burg/Fehmarn – Das 24. Königsberger-Klopse-Essen war wieder ein voller Erfolg. 85 Mitglieder und Gäste waren erschienen, um ein paar schöne Stunden im Kreise der Gruppe zu verbringen. Als Gäste begrüßte die Vorsitzende Ilse Meiske unter anderem Bürgermeister Otto Schmiedt, den Landesvorsitzenden Edmund Ferner, die CDU-Kreistagsabgeordnete Giesa Wulf sowie die Vorsitzenden von Vereinen und Verbänden. Zur musikalischen Unterhaltung spielte Burkhard Donath auf dem Keyboard und die „Play-back“-Gruppe brachte wieder viele internationale „Künstler“ mit. Aber auch die Mundart kam an diesem Abend dank Ingelore Spaeth nicht zu kurz, die einige lustige Geschichten zum Besten gab.

Kiel – Donnerstag, 17. Dezember, 15 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Haus der Heimat.

Neumünster – Sonnabend, 5. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Adventsfeier bei Kerzenschein in der Stadthalle.

Pinneberg – Sonnabend, 12. Dezember, 15 Uhr, Adventsfeier und Jahresausklang der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Anmeldung unter Telefon (04101) 73473 oder (04101) 62667.

Schwarzenbek – Sonnabend, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier in Schröder's Hotel, Schwarzenbek. Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen. Anmeldung bis zum 10. Dezember unter Telefon (04151) 81108 oder unter Telefon (04151) 5396. Ein Fahrdienst wird bei Bedarf gestellt.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: E. Ruhnke, Remscheider Str.: 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: C. Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: M. Ochantel, Schulstr.: 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Neuntägige Ostpreußenrundreise Kirchspiel Bladiau und Heimatkreisgruppe Heiligenbeil in Hamburg – Vom 24. April bis 2. Mai 2010. Besuch des Kreises Heiligenbeil: jedes Kirchspiel also auch Ihr Heimatort, so es die Straßenverhältnisse zulassen. Fahrpreis inklusive: Halbpension im Doppelzimmer; Visum; Reiserücktrittkosten-Krankenversicherung im russischen Teil; Grenzgebühren; Reiseleitung während der gesamten Reise. Ab zwölf Personen 899 Euro; ab 20 Personen 764 Euro; ab 30 Personen 714 Euro; ab 40 Personen 664 Euro; Einzelzimmerzuschlag 149,00 Euro. 1. Tag) Fahrt zur Zwischenübernachtung in Schneidemühl. 2. Tag) Weiterfahrt in den polnischen Teil des Kreises Heiligenbeil, Übernachtung in Frauenburg. 3. Tag) Zur freien Verfügung oder Rundfahrt nach Absprache (extra Kosten). 4. Tag) Weiterfahrt über die Grenze nach Heiligenbeil und Königsberg, Stadtrundfahrt. Übernachtung im Hotel Tourist (für vier Nächte). 5. Tag) Rundfahrt durch den Kreis Heilgenbeil mit vielen Stopps. 6. Tag) Zur freien Verfügung oder Rundfahrt nach Absprache(Extra Kosten). 7. Tag) Rundfahrt: Insterburg (Stadtführung); Gumbinnen (Stadtführung); Georgenburg. 8. Tag) Von Königsberg geht es zur Zwischenübernachtung nach Schneidemühl. 9. Tag) Heimreise. Reiseunterlagen können Sie anfordern unter Telefon (040) 30067092 oder E-Mail konrad.wien@t-online.de

Neuntägige Ostpreußenreise der Stadtgemeinschaft Zinten 2010 – Wir besuchen Zinten am 5. Tag der Reise! Wer kommt mit? Erbitten umgehende Anmeldung bei: Stadtvertreterin: Viola Reyentanz Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax (035343) 61480, E-Mail reyvio@web.de, oder Stadtvertreter: Siegfried Dreher, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, Telefon (04102) 61315, Fax (04102) 697794, E-Mail: M.S.Dreher@t-online.de **Die vorgesehen Stationen:** Besuch der Frischen Nehrung, Oberländischer Kanal, Frauenburg, Kreis Heiligenbeil, polnischer Teil mit den Orten Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee etc. und russischer Teil mit Heiligenbeil, Rosenberg, Bladiau, Ludwigsort, Brandenburg und natürlich Zinten, dann Königsberg und der Städte Thorn, Posen. Das Programm: 1. Tag: Anreise von Itzehoe über Hamburg (ZOB), Michendorf nach Schneidemühl in Polen. 2. Tag: Nach dem Frühstück geht die Reise weiter durch Pommern: Schlochau, Konitz, Pr. Stargard, Tiegenhof auf die Frische Nehrung nach Kahlberg – Aufenthalt – am Spätnachmittag Weiterfahrt durch Elbing nach Frauenburg. 3. Tag: Nach einem gemeinsamen Spaziergang zum Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff beginnt die Rundfahrt durch den südlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. Ziele: Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee, Eichholz. 4. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Frauenburg und fahren durch Braunsberg zur polnisch / russischen Grenze Grunau / Heiligenbeil. Rundfahrt durch Heiligenbeil / Rosenberg und Weiterfahrt nach Königsberg. Nach einer Stadtrundfahrt durch die Hauptstadt Ostpreußens Fahrt zum Hotel. 5. Tag: Rundfahrt durch den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil: Ziel Zinten! 6. Tag: Zur freien Verfügung. 7. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Königsberg und fahren über den Grenzübergang Heiligenbeil / Grunau nach Hirschfeld. Hier beginnt unsere Schiffsfahrt auf dem Oberländischen Kanal bis Buchwald. Erleben Sie auf dieser rund zweistündigen Fahrt vier geneigte Ebenen, auf dieser wohl schönsten Strecke des Kanals. Weiterfahrt vorbei an Osterode nach Thorn, einer sehr schönen, alten Stadt. 8. Tag: Nach einer Stadtführung durch Thorn, auch Königin der Weichsel genannt, verlassen wir gegen Mittag Thorn und fahren durch Hohensalza, Gnesen nach Posen. Auf Wunsch eine kleine Stadtführung in Posen. 9. Tag: Posen – von dort Heimreise. Termin: 27. April bis 5. Mai 2010, Fahrpreis: pro Person: 744 Euro, plus Visagebühr: zur Zeit 55 Euro. Einzelzimmerzuschlag: 137 Euro. Mindestbeteiligung: 25 Personen. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreiseomnibus, acht Hotelübernachtungen mit Halbpension, Rundfahrten laut obigem Programm, Gebühren Polen / Russland, Schiffsfahrt Oberländischer Kanal, Stadtführungen Königsberg, Thorn und Posen, deutsch sprechende Reiseleitung und Betreuung im Königsberger Gebiet, Hotelregistrierungsgebühren, Visabeschaffung, Reisebegleitung. Planung, Organisation, Reisebetreuung, Reiseleitung erfolgen durch das Ehepaar Gudrun und Bernd Schmidt (aus Plössen, Kirchspiel Zinten-Land).



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstr. 21, 26180 Rastede, Tel. (04402) 695727, Geschäftsstelle: Diedrichstr. 2, 24143 Kiel, Tel. und Fax (0431) 77723,E-Mail: Feige09116@web.de.de.

Wechsel im Schatzmeisteramt – Seit 1978 ist Traute Lemburg im Vorstand der Stadtgemeinschaft als Schatzmeisterin tätig. Nun bat sie aus Altersgründen um ihren Abschied. Der Erste Vorsitzende und Stadtvertreter Ulrich Depkat würdigte auf einer Vorstandssitzung ihr 31-jähriges Wirken, das von Einsatzbereitschaft und Zuverlässlichkeit gekennzeichnet war, und dankte ihr mit einem Blumenarrangement. Traute Lemburg wird noch bis Jahresende tätig sein und ihre Nachfolgerin die Geschäfte übergeben. Die neue Schatzmeisterin Ricci Giese ist 38 Jahre jung und gehört zur neuen Generation, die zwar nicht mehr in Ostpreußen geboren wurde, aber auf Grund der ostpreußischen Wurzeln sich zur Heimat der Vorfahren bekennt. Der Großvater von Ricci Giese wirkte viele Jahre in Tilsit als Oberbürgermeister und ihre Mutter war lange Jahre Geschäftsführerin in der Stadtgemeinschaft. Ricci Giese wird zu Beginn des neuen Jahrs das Ehrenamt der Schatzmeisterin übernehmen.

»Es geschieht viel mit deutscher Beteiligung«

Der Bericht von LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg vor der Ostpreußischen Landesvertretung in Bad Pyrmont – Teil II

Fortsetzung des leicht gekürzten Berichts aus Nr. 48 der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Ostpreußenblatt:*

Auch die deutsche Politik muss sich zu einer intellektuell und moralisch plausiblen Erinnerungskultur durchringen. Dazu gehört die vertraute Erkenntnis, dass sogar himmelschreiendes Unrecht nie mit neuem Unrecht vergolten werden darf. (...)

Wie ist die aktuelle Lage beim deutsch-polnischen Nachbarschaftsverhältnis? Um es mit einem Wort zu beschreiben: Trostlos! In der heutigen Republik Polen gibt es keine staatlichen deutschen Kindergärten und Grundschulen in den Wohngebieten der Deutschen. Es gibt keine polnische Schule mit deutschsprachigem Unterricht, die von der ersten Klasse bis zum voll anerkannten deutschen Abitur führt. In Memel ist das anders.

In Polen ist nichts mit Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe. Polen fordert, Polen zeigt sich irritiert, bisweilen schockiert über den Nachbarn im Westen. Hunderte Deutsche von der politischen Klasse, den Kirchenvertretern und den Medienschaffenden fordern von Deutschland und den Deutschen, sich Polen gegenüber weiterhin bußfertig und opferbereit zu verhalten. So auch Außenminister Westerwelle gestern vor acht Tagen in Warschau. Andernfalls könne es nicht zur Aussöhnung kommen. Mit dem Begriff Aussöhnung oder Versöhnung wird gehörig Schindluder getrieben. Die Menschen in Polen und Deutschland sind seit langem versöhnt. Alle, die hüben und drüben leben, wissen, soweit sie geschichtlich interessiert sind, was wir uns gegenseitig im vorigen Jahrhundert angetan haben, sie wissen auch, dass die heutige Generation daran keine Schuld trägt. Alle, die immer noch weitere deutsche Vorleistungen fordern, um Deutsche und Polen zu versöhnen, sind lebensfremde Utopisten. Tatsache ist, dass Völker ihr Verhältnis zu ihren Nachbarn nach ihren Interessen definieren. Erfolgreiche Außenpolitik für das eigene Land zu betreiben heißt: eigene Interessen durchzusetzen. Polens Interesse ist es, den Mythos aufrecht zu halten, dass das eigene Volk immer nur Opfer der bösen Nachbarn im Osten wie im Westen war, die das arme polnische Volk nur geknechtet haben.

Liebe Schicksalsgefährten, es ist so, diese Sichtweise haben mittlerweile auch viele, allzu viele Deutsche. Erinnern Sie sich bitte noch an die Rede der Bundeskanzlerin am 1. September auf der Westerplatte bei Danzig.

Reeducation, das heißt Umerziehung, haben die westlichen Siegermächte den Deutschen 1945 oktroyiert. Von Walter Lippmann, Leitartikler der „New York Herald Tribune“, in der damaligen Zeit, stammt der Satz: Die Umerziehung ist geglückt, wenn unsere Kriegspropaganda Eingang in die Geschichtsbücher der Deutschen gefunden hat und die nachwachsende Generation daran glaubt.

Ganz aktuell: Die „Pommersche Zeitung“ berichtete am 27. September: Selbsternannte deutsche und polnische Experten der jüngeren Generation haben sich im Rahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau getroffen und eine Erklärung zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen abgegeben. Schirmherren dieser Veranstaltung waren die Deutschen Richard von Weizsäcker und Bernhard Vogel sowie die Polen Bartoszewski und Mazowiecki. Die Erklärung ist umfangreich, fast eine ganze Zeitungsseite, und enthält gravierende Falschdarstellungen, wenn es um konkrete polnische Schuld geht. Hinsichtlich der so genannten polnischen Ostgebiete wird die historische Wahrheit verbogen. Die Pommernzeitung titelte zu dieser Meldung: „Versöhnung auf dem Fundament der Lüge“. Unsere Zeitung *PAZ* hat ebenfalls darüber berichtet.

Nicht die neue deutsch-polnische Grenze an Oder und Neiße alleine belastet die Beziehungen zum Nachbarland, vielmehr ist es die Ausraubung, Vertreibung und Enteignung der Deutschen, die immer noch weiter Bestand haben soll. Die Erklärung der selbsternannten Experten spricht von der Unantastbarkeit der Eigentumsregelung. Es entspräche allerdings europäischem Geist, wenn diese Enteignungsdekrete beim Beitritt Polens zur EU ersatzlos aufgehoben worden wären. Stattdessen aber hat das polnische Parlament 2004 einstimmig weitere Reparationen von Deutschland gefordert.

Ein zweiter Fall. In Berlin läuft schon seit zwei Monaten die Ausstellung „Deutsche und Polen“. Zum Inhalt der Ausstellung kommentierte unsere Zeitung, *PAZ*, „Eine sagenhafte Fehlleistung“. Im Grunde das Gleiche, wie ich eben geschildert habe hinsichtlich der Erklärung der jungen selbsternannten deutschen und polnischen Experten. (...)

Die Preußische Treuhand und das Zentrum gegen Vertreibungen sind für Polen Reizthemen. Beides wurde unzulässigerweise im Nachbarland miteinander verbunden, das alte Feindbild von den Revanchisten im Westen erstrahlte in Polen neu.(...)

Die Preußische Treuhand ist mit ihrer Klage für Entschädigung beziehungsweise Restitution des zurückgelassenen oder konfiszierten Eigentums der Deutschen in den ostdeutschen Heimatgebieten vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gescheitert. Begründet wurde das Urteil vor allem mit dem Umstand, dass Polen der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 erst mit der Ratifizierung von 1994 beigetreten ist. Die Konvention verpflichtet Staaten jedoch grundsätzlich nicht rückwirkend. (...) Die gesamte politische Klasse in Polen und der Tschechischen Republik, aber auch die Bundesregierung und die Parteien, soweit sie im Bundestag vertreten sind, haben das Gerichtsurteil begrüßt.

In den Gremien der Preußischen Treuhand wird derzeit erörtert, ob eine zweite Klage in Straßburg erfolgreich sein könnte. Sie würde sich gegen die Bundesregierung richten und den Vorwurf beinhalten, dass diese den betroffenen deutschen Bürgern den diplomatischen Schutz zur Durchsetzung der Eigentumsrechte versagt.

> Die Menschen in Deutschland und Polen sind seit langem versöhnt – weitere deutsche Vorleistungen würden eher schaden

Auch eine mit dieser Zielrichtung auf den Weg gebrachte Klage hält der Bundesvorstand der LO für wenig aussichtsreich. Nach meiner Einschätzung würde nur eine europäische Richtlinie zur Regelung der ungelösten Eigentumsfrage Bewegung in die Sache bringen.

Sie wissen, dies ist der Ansatz der Europäischen Union der Vertriebenen und Flüchtlingen (EUFV). Diese wurde am 1. Dezember 2007 in Triest gegründet. Die LO und die Landsmannschaft Schlesien waren Gründungsmitglieder. Der Europäische Verband hat sich drei Hauptziele gesetzt:

1. Alle Vertriebenen und Flüchtlinge sollen ein uneingeschränktes Rückkehrrecht in die Heimat haben und dort mit Menschenrechten, gemäß UNO-Standard, ohne Diskriminierung leben können.

2. Die Vertreiberstaaten sollen die ungelöste Eigentumsproblematik schnellstmöglich einer Lösung zuführen. Dabei gilt der Grundsatz: Restitution vor Entschädigung.

3. Die Vertreiberstaaten sollen sich zur historischen Wahrheit über Flucht und Vertreibung bekennen.



Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Wilhelm v. Gottberg Bild: privat

Da wir in Deutschland mit der Eigentumsproblematik nicht weiterkommen, wäre es eine gute Möglichkeit, die Angelegenheit auf die EU-Ebene zu bringen. Das könnte erfolgreich sein, weil das Einstimmigkeitsprinzip mit dem Lissabon-Vertrag aufgehoben wird.

Nicht umsonst hat der tschechische Staatspräsident Klaus vor seiner Unterschrift unter den Lissabon-Vertrag gefordert, dass die EU eine Garantieerklärung abgeben möge, dass die Tschechische Republik von Klagen und Rückgabeforderungen hinsichtlich des konfiszierten Eigentums der Sudetendeutschen für alle Zeit verschont bleiben möge. Vor acht Tagen mussten wir den Nachrichten entnehmen, dass die EU Tschechien diese Ausnahme von der EU-Grundrechtscharta zugestanden hat. Eine feine EU-„Rechtsgemeinschaft“ ist das.

Im Juli habe ich in Ostpreußen zehn deutsche Vereine besucht. Es gibt Vereine, die nur noch rudimentär bestehen. Nur wenige haben noch berufstätige Mitglieder. Alle Vereine haben Schwierigkeiten, geeignete Personen für den Vorstand zu finden. In den Vereinen wird überwiegend Polnisch gesprochen, Nur in Landsberg ist es anders. Es gäbe dort im Verein auch Jugend, man trifft sich ein- bis zweimal in der Woche, dazu gibt es große Veranstaltungen mit guter Beteiligung. Man spricht Deutsch. Der Verein in Landsberg hat ein fantastisches, eigenes Haus – das frühere deutsche Amtsgericht. Der Erwerb durch den Verein war das maßgebliche Verdienst der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau und von Dr. Hüttenbach.

Die AGDM, der Allenstein Verein der Deutschen Minderheit, ist das Flagschiff der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen. Der Verein wird gut geführt. Die Vorsitzende Kristine Plocharski ist nun auch Vizepräsidentin des Gesamtverbandes aller Deutschen Vereine in der heutigen Republik Polen. Der Sitz dieses Gesamtverbandes ist Oppeln. Auch ist Frau Plocharski stellvertretende Vorsitzende des Ostpreußischen Dachverbandes. (...)

Die Ostpreußen aus der Bundesrepublik helfen mit, dass die Heimat ihr deutsches Antlitz bewahrt. Die evangelische Kirche in Passenheim, sie ist eine der wenigen ganz alten Ordenskirchen, die heute noch den Protestanten zur Verfügung steht, bekam mit Hilfe der LO ein neues Dach. Die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land hat einen Gedenkstein für Bischof Maximilian Kaller gestiftet. Er wurde am 4. Juli in Balden enthüllt. Es gibt weitere Beispiele dazu, auch aus dem russischen und dem litauischen Teil Ostpreußens. Die KG Bartenstein hat in Maxkeim auf dem Gräberfeld der Verstorbenen des deutschen ausgelagerten Bartensteiner Krankenhauses eine würdige Gedenkstätte geschaffen. Die örtlichen polnischen Behörden haben das Vorhaben sehr unterstützt.

> Im Umwelt- und Naturschutz gibt es mindestens ein Dutzend deutsch-russische Kooperationsprojekte in Ostpreußen

Aber es muss auch über Schmerzliches berichtet werden. Der Druck der polnischen Administration ist groß. Ostpreußen soll aus dem Gedächtnis verschwinden. Der Dachverband unserer Vereine hat sich umbenannt. Er nennt sich jetzt „Verband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren“. Vorher war es der „Verband der deutschen Gesellschaften in Ostpreußen“.

Im August war ich erstmalig wieder seit vier Jahren zu einem privaten Besuch in Königsberg. Die Stadt ist schöner, sauberer, großstädtischer und russischer geworden. Der Dom hat eine wunderbare Orgel bekommen, die in Potsdam in ihren Grundelementen gefertigt wurde. Leider ist der Dom kein Gotteshaus, sondern ein Konzerthaus. Es gibt Bestrebungen der russisch-orthodoxen Kirche, den Dom als Eigentum übertragen zu bekommen. Erforderlich wäre das nicht, denn mit der neu erbauten Erlöserkathedrale auf dem Hansaplatz hat die russisch-orthodoxe Kirche ein repräsentatives Gotteshaus, das auch Bischofskirche sein kann.

Das Deutsch-Russische Haus in Königsberg wird zur Zeit nicht mehr durch die GTZ alimentiert. Die Stelle des stellvertretenden Direktors wurde wegen Finanzmangels „k.w.“ gestellt. Deutscher Co-Direktor ist der Russlanddeutsche Victor Hoffmann, der schon vor der Wende in Königsberg umtriebig aktiv war. Mich erreichte im Sommer ein Hilferuf von zwei russlanddeutschen Vereinigungen aus dem Samland, die keine Unterstützung mehr durch das Deutsch-Russische Haus erhielten. Meine Nachfrage beim Bundesinnenministerium ergab den vorgetragenen Sachverhalt.

Russland ist von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hart getroffen, auch unsere Heimat. Zwischen 2004 und 2007 gab es im russischen Ostpreußen so gut wie keine Arbeitslosigkeit, nun ist diese Misere – so wie in ganz Europa – auch dort wieder gravierend. (...)

Die Administration des Gebietes bemüht sich, den grenzüberschreitenden Tourismus anzukurbeln. Hauptzielgruppe sind die Deutschen und die Skandinavier. Einen Impuls bekäme der Tourismus, wenn man die Visa-Barriere und das recht rigide Grenzregime ersatzlos aufheben würde. Denkbar wäre auch eine unbürokratische Visa-Erteilung beim Grenzübertritt. Die baltischen Staaten haben das praktiziert, bevor sie Teil der EU wurden.

Die materielle Hilfe aus Deutschland für das Königsberger Gebiet ist immer noch beachtlich. Verschiedene Kreisgemeinschaften aber auch Privatinitiativen helfen finanziell. (...) Bekannt dürfte die Ostpreußenhilfe unseres Landsmannes Hans Ulrich Karalus aus Heppenheim sein, der im Kreis Labiau eine beachtliche Zahl an Arbeitsplätzen geschaffen hat. In Tilsit gibt es einen russischen Verein „Tilsit“, wohlgemerkt „Tilsit“ nicht „Sowjetsk“, der bemüht ist, die deutschen Wurzeln der Stadt wieder erscheinen zu lassen. Er wird dabei von der Stadtgemeinschaft unterstützt.

Edmund Ferner hat bereits 1992 einen ständigen Schüleraustausch zwischen Heiligenhafen und Ragnit ins Leben gerufen. Die jährlich stattfindenden Besuche dauern an. Die Musikschule Tilsit hat zur Stadt Fehmarn eine Partnerschaft gegründet. Auch sie wurde von Herrn Ferner angeschoben. (...)

Das große Wandgemälde (Fresko) „Ankunft der Salzburger“ in der Aula der Friedrichsschule in Gumbinnen wurde mit Hilfe der Kreisgemeinschaft gewissermaßen neu geschaffen. Am 15. Mai wurde eine von der Stadtgemeinschaft Königsberg in Kooperation mit dem Museum Stadt-Königsberg in Duisburg und dem Historischen Museum in Königsberg geschaffene Kant-Ausstellung in der Pregelstadt eröffnet. Unser Herr Freyberg, Leiter in Ellingen, ist in jedem Jahr mindestens einmal mit einer Ausstellung im Königsberger Gebiet.

Es geschieht eine Menge mit deutscher Beteiligung im gesamten Gebiet. Mindestens ein Dutzend deutsch-russische Kooperationsprojekte für den Umwelt- und Naturschutz bestehen zur Zeit. Dazu gehören Trinkwasseraufbereitung, biologische Abwasserklärung, lokales Energiemanagement, Naturschutz in der Nehrung und in der Rominter Heide, die Entwicklung des sanften Tourismus, umweltgerechte Landwirtschaft, die deutsch-russischen Umwelttage sowie die floristisch-faunistische Erfassung im Großen Moosbruch. Die deutsche Bundesstiftung „Umwelt“ hat zu diesen und anderen Kooperationsprojekten eine Wanderausstellung unter maßgeblicher Mitwirkung von Dr. Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum erstellt. Ich konnte mich bei der Vorbereitung und der Fertigstellung nachdrücklich einbringen. Die Ausstellung wurde zunächst in Königsberg gezeigt, sie war dann in anderen deutschen Städten und in diesem Herbst auch in Lüneburg zu sehen. Dr. Hinkelmann obliegt es, die Ausstellung in weitere Städte zu vermitteln. Die Ausstellung nennt als Hersteller das Ostpreußische Landesmuseum.

Deutsche und russische Archäologen graben seit dem vorigen Jahr in unmittelbarer Nähe von Cranz nach untergegangenen Siedlungen der Wikinger und der Prußen. Die Grabungen haben Überraschendes hervorgebracht, auch ungewöhnliche und wertvolle Funde. Darüber berichtete sehr anschaulich Dr. Ipsen vom Museum Schleswig, der an den Grabungen beteiligt ist, auf dem Deutsch-Russischen Gesprächsforum vor 14 Tagen in Lüneburg. Das Gesprächsforum war hervorragend besucht. Mehr und mehr sind Russen bemüht, die Geschichte des Landes wieder hervorzuheben. Beispielhaft dafür stehen der 200-jährige Friedensschluss von Tilsit vor zwei Jahren und die Plakatierung des Bildes der Königin Luise. Die Russen gehen an die Vergangenheit Ostpreußens viel unbefangener heran als die Polen mit der Geschichte des Teils Ostpreußens, der ihnen zugefallen ist.

Die Polen sind – wie lange eigentlich noch? – Gefangene ihrer Argumentation. Stichwort: Alte polnische Erde, das Kriegsende hat die historische Gerechtigkeit wieder hergestellt. Dazu hat man die deutschen Kulturdenkmale beseitigt, oder aus ihnen die deutschen Inschriften herausgehauen. Weil das so ist, kann man kaum über die deutsche Geschichte Ostpreußens mit den Polen sprechen. Die Russen reden von Ostpreußen als einem alten Teil Deutschlands, das ihnen als Kriegsbeute zugefallen ist.

Es folgt Schlussteil III.

Ein Rausch der Farben

Barbie und der Weihnachtsmann – Ein Treffen im Museum weckt Kindheitsträume

In knapp drei Wochen wird in den Wohnzimmern landauf, landab das Christfest gefeiert. Der Weihnachtsmann wird mit seinen Gaben freudig erwartet. Viele Mädchen haben einen Wunsch: Eine Barbiepuppe muss es sein. Eine Ausstellung in Hamburg widmet sich dem Phänomen Barbie, aber auch dem Gabenbringer im rot-weißen Mantel.

Urplötzlich war es aus mit der Beschaulichkeit. Eine Horde kleiner Mädchen hatte den Raum für Sonderausstellungen entdeckt. Es gab kein Halten mehr für sie, denn dort waren ganz besondere Schätze in Vitrinen aufgestellt. Die Fünf- bis Sechsjährigen, die ursprünglich eine interaktive Ausstellung zum Thema Piraten besuchen sollten, wurden wie magisch von den zierlichen, meist blonden Püppchen in den bunten schicken Kleidern angezogen. „Oh, die möchte ich haben“, „Und ich die, nein die…“

Deutsche Zeichner entwarfen die beliebten Figuren

„Guck mal, die ist doch schön…“ Die Stimmen überschlugen sich fast und die Hände patschten gegen die vorher blitzblanken Scheiben, hinter denen sich die Objekte ihrer Träume befanden: Barbie-Puppen in allen Variationen. Nur mit Mühe konnten die Museumspädagogen die Mädels wieder auf den richtigen Pfad bringen. „Wir gehen jetzt erstmal zu den Piraten, später dann vielleicht zu Barbie.“

In seiner traditionellen Weihnachtsausstellung zeigt das Altonaer Museum in Hamburg in diesem Jahr die Schau „Barbie und der Weihnachtsmann“. Das ungewöhnliche Paar ist ja so ungewöhnlich gar nicht, denn schließlich wird der Weihnachtsmann auch zu diesem Fest wieder viele kleine und größere Mädchen glücklich machen, wenn er eine neue Barbiepuppe unter den Weihnachtsbaum legt.

Der Kulturhistoriker Torkild Hinrichsen vom Altonaer Museum erzählt in einem Buch aus dem Husum Verlag die Geschichte der beiden ungleichen Figuren. Zwei deutschen Zeichnern ist es zu verdanken, dass heute Barbie und der Weihnachtsmann so aussehen, wie man sie kennt. 1952 hatte der Karikaturist Reinhard Beuthien für die „Bild“-Zeitung das erste deutsche Nachkriegscartoon entwickelt und die langbeinige Lilli entworfen. Mit ihrem Pferdeschwanz ähnelte sie vielen jungen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Bis zum 5. Januar 1961 erschien diese Zeichengeschichte. Zu Werbezwecken wurde 1955 sogar eine dreidimensionale Lilli entwickelt, eine Puppe in zwei Größen (30 und 19 Zentimeter hoch). Obwohl sie mit 12 beziehungsweise 7,70 D-Mark nicht gerade billig war, verkaufte sie sich von 1955 bis 1964 130000 Mal. Als Ruth Handler, die mit ihrem Mann Elliot eine Spielzeugfabrik in den USA betrieb, Lilli auf einer Europareise entdeckte und die Rechte für sie erwarb, war's aus mit Lilli. Barbie war geboren. Allerdings mussten zuvor noch Designer Hand anlegen, bevor die Puppe auf den US-amerikanischen Markt kam. Am 9. März 1959 schlug dann die Geburtsstunde von Barbie. 300000 Käufer fanden sich im ersten Jahr.



Verstehen sich gut: Barbie und der Weihnachtsmann Bild: Altonaer Museum

Bis heute wurden eine Milliarde Exemplare verkauft. Hinrichsen nennt für 2008 noch 329 Millionen Dollar Gewinn, den Mattel trotz Finanzkrise mit Barbie erzielte, zwölf Monate später erwartet man nur noch 176 Millionen Dollar.

Das Aussehen des Weihnachtsmanns mit seinem Rauschebart und roten Mantel ist auch einem deutschen Zeichner zu verdanken. Der aus Landau in der Pfalz in die USA eingewanderte Thomas Nast schuf bereits 1869 für „Harpers Weekly“ den gemütlichen Gabenbringer. 1930 dann erschien im „Ladies' Home Journal“ eine Anzeige der Firma Coca-Cola mit einem gezeichneten Weihnachtsmann, der dem von Nast sehr ähnelte und in etwa dem heute bekannten entspricht.

Rauschebart und roten Mantel schuf Thomas Nast

Die Besucher der Hamburger Ausstellung werden einen Rausch der Farben erleben – Barbie mit ihren oft exotischen Gewändern und der Gabenbringer in rotweiß. Da heißt es eintauchen in die unfassbare Fülle der Exponate und in eine Welt voller Träume und Wünsche. *Silke Osman*

***Torkild Hinrichsen: „Barbie und der Weihnachtsmann – Ein ungewöhnliches Paar“**, Husum Verlag 2009, 72 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert, 6,95 Euro.*

Die Ausstellung im Altonaer Museum ist bis zum 31. Januar 2010 dienstags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, am Wochenende bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 6 / 3,50 Euro.

Für Sie gelesen

Lebkuchen zum Fest

Lebkuchen gehören zum Weihnachtsfest wie der geschmückte Tannenbaum. Sie sind ein Phänomen, das die kulturelle Vielfalt der Regionen zeigt. Fast jede Gegend hat diese Süßigkeiten in ganz eigener Art erzeugt. Knusperhäuser und Lebkuchen in jeder Größe und Form, die man auf Jahrmärkten und auch Konditoreien in diesen Tagen entdeckt, lassen staunen. Die farbige Vielfalt ist beeindruckend, aber auch die Kunstfertigkeit, mit der Zuckerguss auf die Herzen und Taler gespritzt wurde. Der Kulturhistoriker Torkild Hinrichsen hat jetzt ein Buch herausgegeben, das er dem Lebkuchen aus Deutschland gewidmet hat. Anschaulich beschreibt er die Entstehungsgeschichten der süßen Herzen, der Braunen Kuchen aus Hamburg, Coburger Schmätzchen, Thorner Katharinchen, Aachener Printen, der Liegnitzer Bombe, des ostpreußischen Honigkuchens – allein diese Aufzählung lässt einem das Wasser im Mund zusammenlaufen. Zum Nachbacken empfohlen! Rezepte sind in dem Buch zu finden.



Wie beliebt Lebkuchen aus Deutschland ist, kann man nicht zuletzt daran erkennen, dass 1983 eine Lebkuchenfabrik von Deutschland komplett nach Nigeria verkauft wurde, wo sie mit unverändertem Programm weiterarbeitet. *os*

***Torkild Hinrichsen: „Das Kuchenherz – Lebkuchen aus Deutschland“**, Husum Verlag 2009, 104 Seiten, farbige Abbildungen, broschiert, 11,95 Euro*

Erfolge und Niederlagen

Ursula Karusseit erzählt vom Theater und von ihrem Leben

Dienstagabend, 21.05 Uhr, jour fixe für alle Fans von „In aller Freundschaft“. Seit 1998 läuft diese Serie sehr erfolgreich in der ARD und inzwischen ist sie die erfolgreichste Arztserie im deutschen Fernsehen. Dabei interessieren die medizinischen Notfälle in der Leipziger Klinik nur am Rande, viel eher berühren die menschlichen Schicksale der Protagonisten. Charlotte Gauss, die Pächterin der Caféteria, wird von der renommierten Theaterschauspielerin Ursula Karusseit verkörpert. 1968 spielte die in Gera aufgewachsene Elbingerin die Hauptrolle in dem Mehrteiler des DDR-Fernsehens „Wege übers Land“ von Helmut Sakowski. Am Deutschen Theater Berlin war sie die Elsa in der Inszenierung „Der Drache“ von Jewgeni Schwarz unter der Regie von Benno Besson, ihrem späteren Ehemann. Jahrzehntelang prägte sie das Ensemble der Volksbühne mit und machte sich einen Namen als Brecht-Interpretin.



Erfolgreich: Ursula Karusseit stellt ihr neues Buch vor. Bild: Superillu

In Gesprächen, die sie mit dem Journalisten Hans-Dieter Schütt führte, erzählt sie herzerfrischend von ihrer Familie, ihren großen Erfolgen und kleinen Niederlagen. Über ihr Mitwirken an der vergleichsweise seichten Fernsehserie findet sie Worte, die preußisch anmuten: „Wie heißt es so treffend in ‚König Lear', als der alte König seine Tochter zurechtweist: ‚Sag du mir nicht, was nötig sei!' Für meine Arbeit schäme ich mich nicht. Ich übe meinen Beruf nach den Möglichkeiten aus, die mir eingeräumt werden…Es hat doch keinen Sinn, mich in eine Ecke zu setzen und von großen Altersrollen bei den Salzburger Festspielen zu träumen. Offenbar glauben diese Festspiele, auch ohne mich gut über die Runden zu kommen. Ich kann mich auch nicht auf den Markt stellen und meine künstlerischen Verdienste herausbrüllen.“ Und zur Rolle der Charlotte Gauss: „Es ist eine warmherzige, aber auch aufbrausende Frau, eine Art Matrone vielleicht, etwas Gluckenhaftes, sehr Mütterliches, hat sie, aber alles Mütterliche besitzt auch was Schweres, Herrschendes. Sie ist also auch eine Wächterin, neugierig auf Klatsch und Tratsch.“

Wer Klatsch und Tratsch in dem von Hans-Dieter Schütt zusammengestellten Gesprächsband „Wege übers Land und durch die Zeiten“ erwartet, der wird enttäuscht werden. Der Fan der Charlotte Gauss aber erfährt viel über die Künstlerin, die sie verkörpert. Auf die Frage, ob es nach allem, was sie bereits gespielt habe, noch eine Traumrolle gebe, antwortet sie, typisch Karusseit: „Ich habe Miss Marple in meinem Hinterkopf, so ein Typ im Film würde mir gefallen. Ach Quatsch, Traumrolle! Ich hatte doch schöne Aufgaben in meinem Leben.“ *os*

***Ursula Karusseit: „Wege übers Land und durch die Zeiten – Gespräche mit Hans-Dieter Schütt“**, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2009, 190 Seiten, Schwarzweißfotos, gebunden, 16,90 Euro.*

Vom Leben gefordert

Wie Hildegard Rauschenbach ihr Schicksal bewältigt

Nicht ärgern über das, was man nicht mehr kann, sondern darüber freuen, was man noch kann“, antwortete eine 97-jährige Dame auf die Frage, wie sie es geschafft hat, dieses Alter zu erreichen. Bravo, dachte ich. Nun bin ich zwar noch keine 97, aber genauso überliste ich meinen Alltag. Immer wieder fordere ich meinen Körper und Geist heraus. Das sollte am Lebensabend schon selbstverständlich sein, besonders aber, wenn durch Krankheit Einschränkungen entstanden sind und Grenzen immer enger gesetzt werden.

Immer noch haftet mir der Ruf einer „starken Frau“ an („Du bist stark, du schaffst es“, sagen die Leute). Mein Körper aber spricht eine andere Sprache: Geschwächt nach achtjähriger Dialyse und einen seit sieben Jahren mich sehr belastenden Dauerschwindel nach einem Kleinhirninfarkt kämpfe ich mich durch den Tag. An der Seite meines verständnisvollen Mannes.

Im vergangenen Sommer hatte ich unseren Balkon zum zweiten Wohnzimmer erkoren und saß dort stundenlang, umgeben von üppig blühenden Pflanzen. Ich erfreute mich an den Übungsflügen der jungen Schwalben und dem pfeilschnell dazwischen flitzenden Mauersegler, vor dem Hintergrund eines strahlend blauen Himmels. Nach einigen Tagen dann zogen kleine weiße Wolken wie hingehauchte Wattetupfen vorbei, verdichteten sich zu größeren Wolkengebilden. Kein Grau trübte das keusche Weiß; ein leichter Ostwind hatte sie zu mir schweben lassen. Ich hatte meinen heimatlichen Himmel!

Und plötzlich war sie wieder da, die so unendlich tiefe Sehnsucht nach dem Kindheitsparadies. Fortan schaute ich den weißen Wolken nach und schwelgte in Erinnerungen. Viel vergessen Geglaubtes tauchte auf, war beglückend, schmerznah. Erinnerungen an eine unbeschwerte Kindheit, an Festtage in der Familie. Im Hintergrund war da aber immer ein Gefühl stiller Dankbarkeit: Einem einfachen ostpreußischen Bauernmädchen war so ein erlebnisreiches ausgefülltes Leben beschieden worden.



H. Rauschenbach Bild: Archiv

Noch im siebenten Lebensjahrzehnt erhielt ich Ehrungen, erfuhr die Herzlichkeit und Zuneigung vieler Menschen, konnte meine Landsleute mit heimatlichen Vorträgen erfreuen, und mir wurde bewusst, dass ich einst Spuren hinterlassen werde. Spuren durch meine Bücher und Tonträger, in Wort, Bild und Stimme.

Alle Träume enden einmal und werden durch raue Wirklichkeit verdrängt. Die Frage „Wie geht es weiter“ stand plötzlich im Raum. Viele Menschen, die meines Jahrgangs 1926 oder älter sind, stehen vor dem Problem: „Was mache ich, wenn ich nicht mehr ohne Hilfe in der Wohnung (Haus) bleiben kann?“ Ob noch mit Ehepartner, ob in Obhut der Kinder oder alleinstehend, niemand kann der Realität entkommen: Alles, was man geschaffen hat, was vertraut und wertvoll ist, muss man einmal zurücklassen.

Viele Menschen unseres Alters haben eine Patientenverfügung, haben auch für den Fall ihres Todes vorgesorgt. Solange man geistig und körperlich noch beweglich ist, sollte man sich für Heime mit Pflegeeinrichtungen interessieren, sie eventuell besichtigen, sogar zur Probe dort wohnen. Bis man das Gefühl hat, „hier könnte ich mich wohlfühlen“.

Eines Tages werde ich mich mit meinem Mann dazu aufraffen und diesen Schritt wagen. Bis dahin werde ich meinen Körper weiterhin herausfordern, werde mir kurzfristige Ziele setzen und mich freuen, wenn ich sie erreicht habe.

Ob ich ein sehr langfristig gesetztes Ziel im Juni 2010 erreichen werde? Da würde dann das Ehepaar Rauschenbach seine Diamantene Hochzeit feiern.

Hildegard Rauschenbach

Der Autorin wurde 2008 von der Landsmannschaft Ostpreußen der Kulturpreis für Publizistik verliehen.

Kalender, Kalender

Wann feiern die Christen im kommenden Jahr Ostern? Fällt der 3. Oktober auf einen Sonntag? Auf welchen Wochentag fällt 2010 der eigene Geburtstag? Diese Fragen beantwortet im Handumdrehen ein neuer Kalender. In den Geschäften gibt es die Begleiter durch das Jahr schon seit einigen Wochen. Großformatige Kalender sind ein beliebter, abwechslungsreicher Wandschmuck.

Im Mannheimer Verlag Weingarten ist eine Reihe farbenfroher Exemplare erschienen, die Fernweh auslösen. „Sehnsucht nach dem Meer“ hat die Fotografin Gabi Reichert. Ihre Reisen führten sie auf die Vesterålen nach Norwegen, an die Küsten der Bretagne und der Normandie sowie auf die Azoren. Mit sicherem Gespür entlockte die Fotografin diesen schroffen Landschaften ihren spröden Charme. Weitaus lieblicher sind die Alleen, die verschiedene Fotografen „auf die Platte bannten“. Auf eine Deutschlandreise von Bayern bis zur Insel Rügen wird der Betrachter dieses Kalenders mitgenommen, Abstecher ins Veneto nach Italien inklusive. Wer Wasser den knorrigen Bäumen vorzieht, der findet Geschmack an dem gleichnamigen Kalender mit Fotografien von Frank Krahmer. Von der Antarktis bis Australien, von Österreich bis Neuseeland führt diese Kalenderreise, auf der man Wasser in jeder Form entdekken kann – von bizarren Eisbergen über Wasserfälle bis hin zu stillen Seen. Bewegter geht es zu in dem Kalender „Wellen“ mit Fotos von Tim McKenna, der seine perfekte Welle vornehmlich in Tahiti gefunden hat. Derartige Wasserbewegungen rufen geradezu nach Schutz, nach einem Leuchtturm. Eine bunte Auswahl ist in dem Kalender „Leuchttürme“ zu bewundern. Traditionell rot-weiß gestreift wie das Leuchtfeuer im englischen Beachy Head, East Sussex, oder blau-weiß in Kampen auf Sylt warnten sie schon von weitem einst die Seefahrer. Auch wenn sie heute meist nicht mehr in Gebrauch sind, so faszinieren sie doch heute Touristen aus aller Welt. „Wind und Wellen“, so der Titel eines anderen Kalenders, haben seit langem auch die verschiedensten Künstler fasziniert. Die Kalender sind nicht nur gewaltig im Format, sondern auch in den Inhalten der Bilder. Auf jeden Fall aber sollte man vor dem Kauf die Stelle ausmessen, an die man den neuen Begleiter durch das Jahr hängen will. *os*



***„Sehnsucht nach Meer“**, Kalender 2010, Weingarten Verlag, Mannheim 2009, 12 Blätter, Spiralheftung, Format 55 x 45 cm, 29,95 Euro; in gleicher Ausführung **„Alleen“, „Wasser“, „Wellen“; „Leuchttürme“**, Format 33,5 x 68 cm, 19,95 Euro; **„Wasser, Wind und Wellen“**, Format 45 x 55 cm, 32 Euro*



Endlich Geschichte zur Kenntnis geben

Westpreußen, Schlesien, Pommern zwischen den Kriegen: Spannungen zwischen Deutschen und Polen

Als Rezensentin für die *PAZ* liest man so manches Buch über den historischen deutschen Osten. Erinnerungsbücher, Sachbücher, Biographien; die Liste der gelesenen Titel dürfte mehrere hundert umfassen und trotzdem gibt es immer wieder Autoren, die das Thema so aufbereiten, dass man noch Neues entdeckt und dies zudem sprachlich und erzählerisch auf höchstem Niveau präsentiert wird. Ulla Lachauer und Hans-Dieter Rutsch ist dies in „Als der Osten noch Heimat war – Was vor der Vertreibung geschah: Pommern, Schlesien, Westpreußen“ gelungen. Obwohl für eine WDR-Dokumentation als Begleitbuch entstanden, schildern die beiden Autoren mit ihren Beiträgen über Schlesien und Westpreußen die Lage in diesen beiden Regionen nach dem Ersten und vor dem Zweiten Weltkrieg derart lebendig, dass der Leser spüren kann, wie sich die Spannungen zwischen Deutschen und Polen in den Provinzen Stück für Stück verstärkten. Lachauer wie Rutsch suchten sich ehemalige Bewohner als Gesprächspartner und bereisten zum Teil mit ihnen die thematisierten Gebiete. Rutsch reiste mit Sigismund Freiherr von Zedlitz und Lachauer traf sich mit Schülern der Graudenzer Goetheschule, an deren Schicksal sie die damaligen Entwicklungen nachzeichnet. Obwohl 1951 und 1954 geboren, recherchieren Lachauer und Rutsch ohne die in ihrer Generation verankerten Vorurteile und teilen dem Leser – die Atmosphäre genial einfangend – ihre Erkenntnisse mit. Dass viele Deutsche individuelle Schuld auf sich luden, indem sie einem Psychopaten wie Hitler folgten, ist unbestritten, doch die Autoren gehen auch der Frage nach, wieso so viele Menschen in den untersuchten Provinzen mehr oder weniger das NS-Regime bejubelten oder zumindest akzeptierten.

Auch Gerald Endres, der in dem aus fünf Beiträgen bestehenden Buch über Pommern schreibt, erkennt das Herzensanliegen vieler Vertriebener: „Sie wissen, dass man die Zeiger der Zeit nicht auf die scheinbar heile Welt des Vorkriegs zurückdrehen kann. Sie wollen nur noch, dass ihre Geschichte und ihr Verlust zur Kenntnis genommen und anerkannt wird.“ „Als der Osten noch Heimat war“ macht es Nachgeborenen leicht, den Verlust dieser Menschen nachzuempfinden. So fühlt man den Schmerz des Goetheschülers Hanno Henatsch nach, der 1945 mit dem Motorrad floh und sich damals geweigert hatte, seine Schwester bei 15 Grad Minus auf dem Rücksitz mitzunehmen: Alleit starb im Juli 1946 im Arbeitslager Pustascha nahe Moskau. „Wir Goetheschüler waren nicht kritisch“, so Henatsch. Doch der Leser kann nach der Lektüre selbst erschließen, dass eine derartige Selbstkritik bezüglich der eigenen NS-Begeisterung und der daraus resultierenden Folgen nur in der Rückschau leicht ist.

Alliierte billigten, um die Deutschen zu schwächen, die Attacken von Korfantys Polen

Ulla Lachauer schildert differenziert die Lage in Westpreußen nach dem Ersten Weltkrieg. Sie berichtet, wie die deutschen Westpreußen durch die Alliierten zu Fremden in ihrer eigenen Heimat wurden, die nun nach dem verlorenen Krieg ohne rechtliche Grundlage weitgehend Polen zugeschlagen worden war. Nur wer etwas zu verlieren hatte, wie Gutsbesitzer, Metzgereibesitzer und andere Gewerbetreibende blieb. Die meisten anderen verließen ihre angestammte Heimat gen Westen, da sie weder ihre Sozialversicherungsansprüche verlieren noch sich den Polen unterordnen wollten. Jene, die blieben, zogen schon allein aufgrund ihres Besitzes den Neid der Polen auf sich, die sich zudem immer nationalistischer gaben, was wiederum die Deutschen veranlasste, ihre eigenen deutschen Werte zu betonen. Eine Spirale wurde in Gang gesetzt, deren Drehung mit der Machtergreifung Hitlers auch vom Reich aus beschleunigt wurde. Doch Lachauer, die mit Deutschen und Polen sprach, kann keinen Hass entdecken. Man sei sich fremd und fremder geworden, doch Hass? Der sei von wo anders hergekommen. „Wegen ihrer Nähe zu den Deutschen hat man hiesige Polen lange pauschal Verräter genannt“, schreibt sie über die polnischen Graudenzer.

In Oberschlesien hingegen herrschte oft Hass, was auch daran lag, dass das Industriegebiet einen starken Zuzug von polnischen Arbeitern schon vor dem Ersten Weltkrieg erlebt hatte. Über Jahrhunderte bewährte nachbarschaftliche Beziehungen waren hier deutlich seltener als in Westpreußen. Rutsch schreibt: „Aber die Aussicht auf den Volksentscheid und die Anwesenheit einer Besatzungsarmee lösten das entscheidende Problem nicht: Die Konfliktparteien bekämpften einander weiter in einer Propagandaschlacht und einem blutigen Partisanenkrieg. Mutlos schauten italienische, britische und französische Soldaten zu, wie Deutsche und Polen sich gegenseitig umbrachten. Heute wissen wir aus den damaligen Akten, dass die Alliierten mit der polnischen Seite sympathisierten, um die deutsche Seite zu schwächen. Dank seiner gewaltigen Kriegskasse konnte Korfanty Tausende polnische Schlesier in diesem Bürgerkrieg verpflichten und mit Waffen ausrüsten ... Für die polnischen Schlesier war die Mitgliedschaft in der Armee der Aufständischen eine sichere Einnahmequelle. Die Bauern lebten in den Wintern fast ohne Einkünfte. Die Industrieproduktion lief in den ersten Nachkriegsjahren nur schleppend.“ Ein paar Seiten später: „Doch nun geschah etwas, womit weder die Deutschen noch die Polen gerechnet hatten: Die Alliierten ignorierten das Abstimmungsergebnis und teilten Schlesien. Zwei Drittel des Industriereviers wurden zu polnischem Staatsgebiet erklärt. Eine Million Deutsche lebten plötzlich in Polen und verloren die deutsche Staatsbürgerschaft.“ *R. Bellano*

***Beate Schlanstein (Hrsg.): „Als der Osten noch Heimat war – Was vor der Vertreibung geschah: Pommern, Schlesien, Westpreußen“**, rowohlt, Berlin 2009, geb., 314 Seiten, 19,90 Euro*





Spannend wie ein Krimi

Hintergründe zu Zarenmord und Zarengrab

Wie konnte es dazu kommen, dass lange nach Lenins Oktoberrevolution 1917 und der Ermordung der Zarenfamilie immer wieder Leute auftauchten, die behaupteten, ein Kind des Zaren Nikolaus II. zu sein? Die Russlandexpertin Elisabeth Heresch berichtet in ihrem Buch „Zarenmord“ über den genauen Hergang des Sturzes des Zaren Nikolaus II., der Verschleppung der blaublütigen Familie nach Tobolsk und deren kaltblütiger Ermordung in Jekaterinburg.

Rückblickend erscheint es äußerst armselig, dass sich nach dem Sturz des Zaren kein Land dazu verpflichtet fühlte, dem Zaren und dessen Familie politisches Asyl zu gewähren, um diese vor den kommunistischen Revoluzzern zu schützen. So zog auch der englische König sein Angebot auf politisches Asyl kurzerhand zurück und besiegelte somit nicht nur das Ende der Zarendynastie, sondern wie Heresch anrührend darstellt, auch das Schicksal einer Familie. „Von verschiedenen Beratern, allen voran Premierminister Lloyd George, wird dem König vor Augen geführt, dass sich die Anwesenheit der russischen kaiserlichen Familie in England negativ auf die öffentliche Stimmung auswirken könnte ...“

Und auch Kaiser Wilhelm II. schien den Tod der Zarenfamilie billigend in Kauf zu nehmen. „Die Getreide- und Öllieferungen Russlands werden von Deutschland dringend benötigt, und so verzichtet die kaiserliche Regierung nicht nur darauf, Ansprüche auf Herausgabe des Zaren zu stellen ... Folglich fahren weiter russische Getreidezüge Richtung Deutschland, und russisches Gold bereichert die Deutsche Bank.“

Auszüge von Tagebuchaufzeichnungen von Zar Nikolaus II., Fotos vom Zaren, seiner Familie und dem 2004 gefundenen Grab der Familie geben dem Buch eine ganz individuelle Note. Elisabeth Heresch berichtet von der langen Suche nach Beweisen des Mordes an den Romanows und nach der Grabstelle, dem Wiederauftauchen der verschwundenen Juwelen der Zarenfamilie und den aufwendigen Laboranalysen, die erst 2008 die letzten gefundenen Gebeine endgültig identifizierten.

Mit bislang unveröffentlichten Dokumenten des russischen Geheimdienstes ist es der Autorin gelungen, einige brisante Details der letzten Monate des Zaren und seiner Familie interessant darzustellen. *A. Ney*

***Elisabeth Heresch: „Zarenmord – Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows“**, Herbig Verlag, München 2009, gebunden, 255 Seiten, 19,95 Euro*

Streit meiden

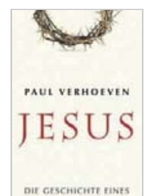
Tips für Wohnungseigentümer

Zu den Besonderheiten einer Eigentumswohnung im Unterschied zu einem Einfamilienhaus zählt, dass die Notwendigkeit, sich mit anderen Eigentümern „zu arrangieren“, bei ihrem Besitz größer ist. Dabei bleibt es nicht aus, dass es unter Wohnungseigentümern und in ihrer Gemeinschaft immer wieder zu Auseinandersetzungen kommt, die häufig nur durch die Gerichte geklärt werden können.

Allerdings können sich die Beteiligten und Betroffenen in einzelnen Fällen den Gang zu Gericht dadurch ersparen, dass sie sich umfassend und vor allen Dingen aktuell über ihre Rechte und Pflichten informieren und damit bereits im Vorfeld strittige Fragen klären. Häufig genug gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, was man darf und was man nicht darf. Hierzu die notwendigen Orientierungshilfen über die gesetzlichen Bestimmungen zu schaffen, war von Anfang an das Ziel des „Wohnungseigentümers“. Dieser „Ratgeber zum Wohnungsbau“ wendet sich an potenzielle Käufer von Eigentumswohnungen, aber auch an diejenigen, die bereits über ein „Eigentum in der Etage“ verfügen.

In diesem Sachbuch findet der anvisierte Käufer- und Leserkreis zahlreiche Hinweise, Anregungen und Ratschläge. Von der Teilungserklärung und Gemeinschaftsordnung über die unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten, die Verwaltung und das Hausgeld sowie weitere Lasten und Kosten bis hin zu gerichtlichen Auseinandersetzungen finden sich fundierte Aussagen. *Werner und Hilke Jantzen*

***Volker Bielefeld: „Der Wohnungseigentümer – Ratgeber zum Wohnungseigentum“**, Haus & Grund, Berlin 2009, 1000 Seiten, 34 Euro*



Eigene Jesus-Biographie gebastelt

Actionregisseur Paul Verhoeven lebt seine Bibel-Begeisterung aus – mit sehr geringer Sachkenntnis

Man kennt Paul Verhoeven als Regisseur des Actionfilmes „Robocop“ und des Sexthrillers „Basic Instinct“ (mit Sharon Stone).

Jetzt aber hat er ein Buch über die Geschichte der bekanntesten und prägendsten Person der Weltgeschichte geschrieben: Jesus von Nazareth, so der Titel der holländischen Originalausgabe.

Was qualifiziert den Regisseur zu diesem Unternehmen, an das sich Historiker und Theologen allenfalls am Ende eines langen Forscherlebens heranzutrauen würden? Seit über 20 Jahren, berichtet Verhoeven, sei er Mitglied des „Jesus Seminars“, einem Club von Amateur-Bibelforschern.

Die Ergebnisse dieses so genannten Forschens dürfen der Fachmann und der Laie – sich stetig mehr wundernd – bestaunen. Denn jeder Theologiestudent lernt schon im ersten oder zweiten Semester, dass das Leben des historischen Jesus bereits im 19. Jahrhundert von hunderten von Fachleuten aller Richtungen erforscht worden ist.

Das Ergebnis war ernüchternd. Einigkeit herrscht seit über 100 Jahren darüber, dass die Biographie des historischen Jesus kaum seriös darstellbar ist.

Die biblischen Berichte sind mit dem Christus des Glaubens so untrennbar verwoben, dass man außer Geburt, Lebenszeit und Tod des Gottessohnes nicht viel mehr historisch feststellen kann. Auch deswegen entwickelte die Christenheit in den ersten 300 Jahren das Dogma vom „wahren Menschen und wahren Gott“.

Durcheinander und voller Unkenntnis

Doch diese unter Christen allgemein anerkannte Glaubensüberzeugung lehnt der Hobby-Bibelforscher Verhoeven ab. So bastelt er sich seine eigene Geschichte zurecht, streicht aus der Bibel heraus, was ihm nicht gefällt, fabuliert von einem „geheimen Markusevangelium“ und einem „homosexuellen Jesus“. Er phantasiert nach Belieben, was einem Filmregisseur gut zu Gesichte steht, aber nicht der wahren „Geschichte eines Menschen“ dienen kann.

Es wäre sinnlos, alles aufzuzählen, was der 71-jährige Verhoeven durcheinander bringt oder wo er Unkenntnis über einfachste Fakten offenbart. Am Ende des Buches lässt er schließlich die Katze aus dem Sack: „Jesus ist tot. Sein Geist ist vernichtet wie der Geist Einsteins oder Mozarts.“ Doch wenn das so wäre, dann wäre der Glaube Verhoevens und vieler seiner Leser, wie schon der Apostel Paulus schrieb, völlig „sinnlos“. Und solche Menschen sind mehr zu bedauern als kämpferische Atheisten.

Wer sich durch die Lektüre dieses dilettantischen Machwerkes nicht verwirren lassen will, dem seien hier einige seriöse Jesus-Bücher aus den letzten Jahren empfohlen. Neben dem Weltbestseller „Jesus von Nazareth“ von Papst Benedikt (2007) gilt auch das Jesus-Buch von Klaus Berger (2004) als hochqualifiziertes Werk, das den neuesten Stand der archäologischen, historischen und theologischen Wissenschaft repräsentiert. Einfacher und spannender zu lesen ist das Jesus-Buch des Journalisten Peter Seewald (2009) mit vielen Berichten aus dem Heiligen Land. Das stärkt den Glauben. *Hinrich E. Bues*

***Paul Verhoeven: „Jesus, die Geschichte eines Menschen“**, Piper, München 2009, gebunden, 320 Seiten, 19,95 Euro*

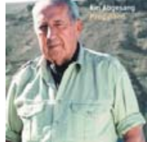


Walter E. Genzer
Pferd und Reiter im Alten Osten
Damals und heute

Der Sitz im Sattel weitet den Blick, sagt man von den Reitern. Der Autor, gebürtiger Ostpreuße, hat seinen Blick auf jene Landschaften gerichtet, die in wenigen Generationen vielleicht in Vergessenheit geraten werden, deren Vergangenheit sich jedoch bis heute manifestiert. Damals im Osten - in Ostpreußen, Hinter-Pommern, Posen, Westpreußen und Schlesien - lebten die Menschen mit und von den Pferden. Der Umgang mit ihnen lag ihnen im Blut, sie verstanden die Pferde und die Pferde verstanden auch sie. Wie der Autor zeigt, waren die großartigen Leistungen in Zucht und Sport bis zum Zweiten Weltkrieg der ländlich gewachsenen Verbundenheit zwischen Mensch und Tier und der Wechselwirkung von Zuchtprüfung und Turnierreiten zu verdanken. Die Epoche, in der jeder freie Mann ein Reiter war, ist längst zu Ende gegangen. Deshalb scheint es dem Autor wichtig, eine Brücke zu schlagen vom Einst zum Jetzt, wo es um Werte geht, für die es keinen Denkmalschutz gibt.

Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1566

statt € 24,90 nur € 14,90



Peter Scholl-Latour
Die Angst des weißen Mannes
Ein Abgesang
Geb., 464 Seiten
Best.-Nr.: 6865, € 24,90



Masuren-Fibel
Reprint der Originalausgabe von 1929, Geb., 120 Seiten, durchgehend Farbabbildungen, Format: 17 x 24 cm,
Best.-Nr.: 4787
statt € 16,95 nur € 9,95

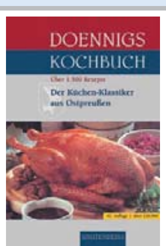


- Spezifikation: **Feinsilber 999, polierte Platte**
- Durchmesser: **35 mm**
- Gewicht: **15 Gramm reines Silber**
- Verpackung: **Repräsentatives Etui**

Medaille ist durch eine Klarsichtkapsel geschützt
Best.-Nr.: 6837

Subskriptions-Sonderpreis nur € 29,95
zzgl. Versandkosten € 2,50 (gilt nur für die Bestellung von Weihnachtstalern).
Nur über den Preußischen Mediendienst zu beziehen!

Donga- Sylvester/ Czernetzky/ Toma (Hg.)
Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!
Geb., 367 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6862
statt € 26,90 nur noch € 14,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

Ostpreußische Küche
Tradition, Geschichte und Gerichte
Geb., durchgehend farb. Abb., 128 Seiten, Format 19 x 24 cm
Best.-Nr.: 6233, € 7,95



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Der PMD wünscht Ihnen eine schöne Adventszeit

Thomas Wieczorek
Die verblödete Republik
Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen

So wenig Niveau war nie! Selbst Qualitätsmedien berichten ausführlich und mit Hingabe vom Dschungelcamp oder Deutschland sucht den Superstar. Gleichzeitig dürfen von der Wirtschaft finanzierte Professoren auch in der Tagesschau dreist als unabhängige Experten auftreten. Ihre Phrasen werden uns als alternativlose Wahrheiten verkauft – während kritische Politsendungen im Nachtprogramm verschwinden. In seinem neuen Buch deckt Thomas Wieczorek die Auswüchse der allgemeinen Massenverblödung auf. Und er geht der Frage nach: Wird sie bewusst betrieben? Und von wem? Und mit welchem Ziel? Das Ergebnis seiner Recherchen ist Aufklärung im besten Sinne.

Kart., 336 Seiten
Best.-Nr.: 6870
€ 8,95

Achtung!
Die Versandkostenpauschale* beträgt nur € 2.50, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Liefung versandkostenfrei
Ihr PMD
*nur gültig im November und Dezember und bei Versand innerhalb Deutschland

Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abb.
Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Elch, groß



Wunderschön Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm, Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013
€ 149,95



Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod - Folge 4
Das Allerneueste aus dem Irrgarten der deutschen Sprache
Kart., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6871, € 8,95



Großadmiral Erich Raeder
Mein Leben
Oberbefehlshaber d. deutschen Kriegsmarine 1935- 1943
Geb., 524 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6872, € 29,80

Horst Schüler
Workuta - Erinnerungen ohne Angst
Geb., 256 Seiten mit 30 Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95



BernStein
Frohe Weihnachten für Ostpreußen
15 weihnachtliche Lieder und Gedichte,
Laufzeit: 37:15 Min.
Best.-Nr.: 6690,
€ 14,95

Schneeflöckchen, Weißröckchen
Kinderlieder und Gedichte zur Weihnacht
1. Schneeflöckchen leise, 2. Schneeflöckchen, Weißröckchen, 3. Frau Holle, Frau Holle, 4. Schneeflöckchen tanze, 5. Schneemann, wie siehst du denn aus, 6. Wir wollen den Schneemann baun, 7. Wintersonne, Winterwald, 8. Ist es erstmal tüchtig kalt, 9. Ein Tännlein steht so kerzengrad, 10. Grüne Tanne, 11. Lieber kleiner Tannenbaum, 12. Weihnachtszeit kommt nun heran, 13. A, a, a, der Winter, der ist da, 14. Lasst uns froh und munter sein, 15. Tanz der Nussknacker, 16. Hört doch in den Stuben, 17. Wenn die ersten Flocken fallen, 18. Oh, es riecht gut, 19. So viel Heimlichkeit, 20. Weihnachtszeit, schönste Zeit, 21. Sind die Lichter angezündet, 22. Morgen kommt der Weihnachtsmann, 23. Die Felder, die Wälder, die Berge verschneit, 24. Süßer die Glocken nie klingen
Interpreten: Rundfunk-Kinderchor Berlin, Friedrichshainer Spatzen, Philharmonischer Kinderchor Dresden, Jugendchor Friedrichshain
Best.-Nr.: 6711

Liebe Schwester, tanz mit mir
Spiel- und Tanzlieder für die Kleinsten
1. Liebe Schwester, tanz mit mir, 2. Frühmorgens singt die Lerche, 3. Guten Morgen, Frau Sonne, 4. Die lustigen Sieben (Es waren sieben Mücklein), 5. Wir tanzen in dem grünen Gras, 6. Es tanzt ein Bi-Ba-Butzemann, 7. Wir haben eine Ziehharmonika, 8. Am Montag woll?n wir tanzen (Wochentage), 9. Jetzt kommen viele Musikanten, 10. Tanzen, tanzen zum Geburtstagsfeste, 11. Der kleine Musikant, 12. Grün, grün, grün sind alle meine Kleider, 13. Ich bin der Clown, 14. Kasper kommt (Kasper, Kasper, fang nun an ...), 15. Mein Ball (Was ist das für ein buntes Ding), 16. Komm, wir spieln Verstecken (Die Fliege und die Hummel), 17. Kreisel, Kreisel, tanz geschwind, 18. Kreisel (instr.), 19. Zehn kleine Fröschlein (Fangspiel), 20. Mein Luftballon, 21. Ich male mit Farbe (Ein Spiel), 22. Wir basteln eine Schachtel (Wir schneiden, wir schneiden), 23. Kranke Anneli (Mein Schwesterchen, die Anneli), 24. Ich male einen Apfelbaum, 25. Meine Mu, meine Mu, meine Mutter schickt mich her, 26. Ich habe einen Hampelmann, 27. Des Abends, wenn ich früh aufsteh (Verkehrte Welt), 28. Lügenlied (Es flog ein Auto durch die Luft), 29. Häschen in der Grube, 30. Ich geh mit meiner Laterne
Best.-Nr.: 6868



jede CD € 12,95

Oh, es riecht gut
Weihnachtslieder und Musik für unsere Kleinsten
1. Oh, es riecht gut, 2. Bald nun ist Weihnachtszeit, 3. Laßt uns froh und munter sein, 4. Bimmelt was die Straße lang, 5. So viel Heimlichkeit, 6. Hört doch in den Stuben, 7. Horch, jetzt klopft es an der Tür (Nikolauslied), 8. Wer klopft ? (Weihnachtsmusik I, instr.), 9. Backe, backe Kuchen, Meine Mu, meine Mu, 10. Heute bakken wir Pfefferkuchen, 11. In einem kleinen Apfel, 12. Schneeflöckchen (Weihnachtsmusik II, instr.), 13. Kleine Meise, 14. Ich hab ein kleines Vogelhaus, 15. Im Gasthaus zur fröhlichen Meise, 16. Frau Holle (Weihnachtsmusik III, instr.), 17. Steht ein Schneemann vor dem Haus, 18. Schneemann, Schneemann, wie siehst du aus ?, 19. A, a, a, der Winter, der ist da, 20. Morgen kommt der Weihnachtsmann, 21. O Tannenbaum (instr.) - Alte Weihnachtsspieluhr "Kalliope"
Best.-Nr.: 6869

Morgen kommt der Weihnachtsmann
Die schönsten Kinderlieder zur Weihnacht
1. Morgen kommt der Weihnachtsmann, 2. Schneeflöckchen, Weißröckchen, 3. Vorfreude, schönste Freude, 4. Laßt uns froh und munter sein, 5. Der Winter ist gekommen, 6. Weihnachtszeit kommt nun heran, 7. A, a, a, der Winter, der ist da, 8. Frau Holle, Frau Holle, 9. Schneeflöckchen tanze, 10. A, B, C, die Katze lief im Schnee, 11. Bald nun ist Weihnachtszeit, 12. Kommt die Weihnachtszeit heran, 13. So viel Heimlichkeit, 14. Guten Abend, schön Abend, 15. Kling, Glöckchen, klingelingeling, 16. Hört doch in den Stuben, 17. Oh, es riecht gut, 18. Hänsel und Gretel, 19. In einem kleinen Apfel, 20. Ich lag und schlief, 21. Ihr Kinderlein kommet, 22. Wenn Weihnachten ist, 23. Morgen, Kinder, wird's was geben, 24. Weihnacht ist ein schönes Fest, juchhe! (Wenn Weihnachten ist)
Best.-Nr.: 6710



Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45



Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.

Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847
€ 19,90

PMD Preußischer Mediendienst — 49/09
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Liefung versandkostenfrei *nur gültig im November und Dezember und bei Versand innerhalb Deutschland. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Ex-Muslime begrüßen Verbot

Leipzig – Die Vorsitzende des „Zentralrats der Ex-Muslime", Mina Ahadi, hat das Schweizer Minarett-Verbot begrüßt. Die Türme stünden „nur als Symbol für eine begründete Furcht vor dem politischen Islam", sagte sie der „Leipziger Volkszeitung". Ahadi hofft, dass diese Entscheidung auch anderen Mut macht, „sich mehr von diesem Druck zu befreien". Die iranische Exilpolitikerin mit österreichischem Pass und Wohnort Köln ist Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Irans. *H.H.*

»Deutsche sind zu langsam«

Kundus – Der Gouverneur der Provinz Kundus, Mohammed Omar, der den Angriff auf einen entführten Tanklastzug von Anfang an verteidigt hatte, kritisierte die Bundeswehr im „Spiegel" von einer ganz anderen Seite. Die Deutschen müssten immer erst auf Befehle aus dem Hauptquartier warten und kämen oft zu spät, dann könnten sie auch gleich wegbleiben. *PAZ*

ZUR PERSON

Klage statt Kampf

Statt auf deutsche Soldaten zu schießen, will der **Bremer Anwalt Karim Popal** die Afghanen demokratische Kampfmittel lehren. Der Afghane Popal studierte in Bremen Rechtswissenschaften. Hier ließ er sich auch 1992 als Anwalt nieder. Jetzt will er die Opfer der Angriffe auf die Tanklastzüge in Afghanistan und deren Angehörige bei ihrer Schadensersatzklage gegen die Bundesrepublik Deutschland vertreten.

Da die Opfer der Bombenangriffe nach dem Luftangriff eilig beigesetzt worden waren, ist es schwer, die wahre Opferzahl zu ermitteln. Aber die Dorfbewohner gaben dem Bremer Anwalt Ausweise und Wahlkarten von angeblich Vermissten, so dass dieser jetzt von 179 zivilen Opfern spricht. Zuvor war nur von maximal 149 Toten inklusive Taliban ausgegangen worden.

Gleich nach den Bombardements war Popal nach Afghanistan gereist und hatte die Dorfbewohner befragt. Erst wollte niemand mit ihm sprechen, doch als Popal auf Darsi, Farsi und Paschtu den Menschen klar gemacht hatte, dass er ihre Interesse vor deutschen Gerichten vertreten wolle, fanden sich viele, die Angehörige vermissten.



Am Tage des Rücktritts von Minister Franz-Josef Jung (CDU) hatte der deutsch-afghanische Anwalt dann auch seinen großen Tag, denn deutschlandweit lauschte man seinen Rechercheergebnissen. Den Gouverneur der Provinz Kundus, Mohammed Omar, bezichtigt Popal dann auch gleich der Lüge, denn Omar hatte stets von nur sehr wenigen zivilen Opfern gesprochen. Der Bremer meint jedoch beweisen zu können, dass sich mitten in der Nacht allein 36 Kleinkinder am bombardierten Tanklastzug aufgehalten hätten. Popal wird unterstützt von den Anwälten Andreas Schulz und Oliver Wallasch. Diese beiden haben Medienerfahrung, nachdem sie sich im Prozess gegen afrikanische Piraten bereits exponiert hatten. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Erst waschen!

Warum Nestlé jetzt bangen muss, wie das Volk abstimmungsfähig zu machen wäre, und wieso mit den Minaretten die Freiheit kommt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Von denen hatten wir das ja nun gar nicht erwartet. Da verspielen sich ausgerechnet die Schweizer das Wohlwollen der islamischen Welt. Als vor ein paar Jahren überall dänische Fahnen brannten wegen der Mohammed-Karikaturen, und dänische Produkte in den muslimischen Städten auf die Straße flogen, da bettelte der Schweizer Nestlé-Konzern seine muslimischen Kunden noch auf Plakaten an: „Wir sind keine Dänen. Wir sind Schweizer!"

Irgendwo im Orient hatte jemand den Lebensmittelhersteller falsch zugeordnet und für dänisch erklärt, was gleich wie ein Lauffeuer rumging und den „Volkszorn" auf die geschockten Schokoladenmacher lenkte. Die wussten, wo die europäische Solidarität ihre Grenzen hat (nämlich da, wo's anfängt, was zu kosten), und stellten die Sache klar. Hoffentlich hat's nichts geholfen, barmten wir damals.

Unser Barmen wurde erhört, vom Schweizervolk höchstselbst. Was hat die nur getrieben? Die Antwort steht vielleicht in der Schweizer Geschichte: Am Anfang war Wilhelm Tell und der Rütli-Schwur. Ein kleines Volk, das darauf pfeift, was die Mächtigen von ihm halten. Arm, aber angesehen bei den Knechten ringsum, ein wenig einsam, aber frei.

Dann kamen die Banken. Die hängten sich an jeden reichen Rockzipfel und zupften daran in der Hoffnung, dass Geld rausfällt. Jetzt waren die Schweizer reich, aber im trüben Ruf, kein schmutziges Geschäft auszulassen, solange nur genug für sie dabei abfiel. Nun hatten sie auch immer viel Gesellschaft, darunter die übelsten Halunken des Planeten, denen ihr Schweizer Bankier dezent den Speichel vom Munde leckte, damit sie ihr Blutgeld nicht etwa bei der Konkurrenz versteckten.

Natürlich waren nur die wenigsten Schweizer Bankiers, dennoch sah es von draußen so aus, als wären sie's, bis Sonntag. Das hat das stolze Bergvolk offenkundig gewurmt. Da stieg ein gefährlicher Wunsch in ihm auf: Einmal wieder Wilhelm Tell sein, und auf Geld und Macht pfeifen.

Die Mächtigen reagieren ebenso verstört wie 1291, an den Höfen Europas ist man „beunruhigt". Die Helvetier müssen verrückt sein. Sie haben es sich mit so ziemlich jedem auf der Welt verscherzt, der es wert wäre, bei Anne Will aufzutreten: fortschrittlich gesinnte Wissenschaftler, politisch korrekte Politiker, islamophile Kirchenfürsten, Grenzen öffnende Migrationsbeauftragte und ihr andächtig nickendes Publikum – kurz: alle, die sich für „die Mitte der Gesellschaft" halten dürfen.

Die gibt es in der Schweiz natürlich auch, diese „Mitte der Gesellschaft", und sie wird dort wie hier von (wie auch immer berufenen) „Repräsentanten" streng bemuttert. Die „Repräsentanten" (und nur sie) führen die „gesellschaftliche Debatte", die wir uns im Fernsehen anschauen.

> Dieter Wiefelspütz weiß, was das Volk von den Politikern unterscheidet: »Das Volk kann sich irren«

Dass es da draußen im Gebüsch auch noch so etwas wie ein „Volk" gibt, das möglicherweise ganz anders tickt als pädagogisch erwünscht, war den „Repräsentanten" zwischenzeitlich entfallen. Jetzt ist es in der Schweiz kurz rausgekommen und hat übel randaliert. In Deutschland debattieren die Sprecher der „gesellschaftlich relevanten Gruppen" nun hektisch darüber, wie so ein heimtückischer Überfall in der Bundesrepublik zu verhindern wäre.

Zumal die SPD wieder in der Opposition ist. Was das damit zu tun hat? Nun: Immer, wenn die Sozialdemokraten nicht regieren dürfen, entflammen sie in heißer Sehnsucht nach Volksabstimmungen. Vor dem September 1998 konnten sie gar nicht genug bekommen von „mehr direkter Demokratie", danach hatten sie umgehend genug davon. Das Thema war von einem Tag auf den anderen mausetot, als Gerhard Schröder die Sozis nach 16 Jahren Verbannung wieder an die Macht geführt hatte.

Um jetzt nur wenige Wochen nach der fürchterlichen Niederlage der SPD 2009 wieder aufzutauchen. „Das hält die Demokratie doch am Leben", schwärmt SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz auf einmal. Potztausend! Die Grünen sind ebenfalls Mitglied in dem plebiszitären Swinger-Klub, wo die Liebe zum Volk so schnell entspringt, wie sie versiegt. Deren Rechtsexperte Jerzy Montag hat aber aus der schweizerischen Lektion gelernt und will vorsorglich Dämme bauen, denn, wie selbst Wiefelspütz einräumt: „Das Volk kann sich irren." Und dieses Manko unterscheidet das Volk von seinen Politikern?

So ist es wohl, weshalb Montag von vornherein klarstellt, dass es keine Abstimmungen über „Grundrechte" geben dürfe. Versteht sich von selbst, eigentlich, das Grundgesetz verbietet selbst dem Parlament Abstimmungen über die Grundrechte. Daraus schließt Montag, dass die Deutschen auch nie über Minarette befinden dürften.

Demnach müssten einige Fragen geklärt werden, etwa diese: Wie muss die Bauvorschrift für die Außengestaltung von Gebetshäusern formuliert sein, damit sie keine Grundrechte verletzt? Gibt's für lange Minarette mehr Grundrecht als für kurze oder gar keine? Schwer zu sagen.

Und selbst wenn das erledigt ist und im Grundgesetz steht: „Minarette unter 20 Metern verletzen die Grundrechte unserer muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger", ist da immer noch die Sache mit der fatalen Irrtumsanfälligkeit des Volkes. Der Politikwissenschaftler Udo Vorholt setzt auf Prävention: Direkte Demokratie sei nur sinnvoll, „wenn die Bevölkerung im Vorfeld in eine sehr breite Debatte einbezogen wird, wenn also eine Meinungsbildung stattfindet. Dazu müssen aber auch von politischer Bildung über die Schule bis hin zu den Medien entsprechende Vorarbeiten erbracht werden."

Aha, mit anderen Worten: Das Volk muss man erst mal durch eine riesige ideologische Waschstraße jagen, wo ihm von allen Seiten die unkorrekten Gedanken à la Suisse ausgebürstet werden. Dann sollte sich ein kleiner Test anschließen, bei dem auf porentiefe Reinheit geprüft wird. Nicht allzu schwierig sollte er sein, schlichte Merksätzchen reichen, um die gute Gesinnung zu stützen, wie: „Islam heißt Frieden" oder „Am islamistischen Terror ist der Westen schuld wegen der Ungerechtigkeit in der Welt, der Klimakatastrophe, der ungezogenen Touristen und der Schnapsnazis von Brummel-Kummelow" und sowas in der Preislage. Man muss die Sätzchen nur oft genug wiederholen in der politischen Bildung, in der Schule und den Medien, dann sitzt das schon. Derart gesinnungsgespült und hirngetrocknet können wir dann zur Volksabstimmung schreiten.

Oder? Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Armin Laschet ist sich da nicht so sicher, er fürchtet: „Die mutmaßlichen Mehrheiten wären meiner Ansicht nach gleichermaßen erschreckend" gewesen, wenn wir auch über Minarette abgestimmt hätten. Deshalb will der CDU-Politiker keine Volksabstimmungen und holt den Joker raus: „Sollen wir in Deutschland über den Bau von Synagogen abstimmen?" Gegen die hätten intolerante Leute früher, lange vor dem NS-Terror, auch protestiert, klärt uns der Erlanger Islamwissenschaftler Matthias Rohe auf. Deshalb sei es kein Zufall, dass „der Bau der ersten Synagogen in Deutschland zusammenfiel mit dem Erkämpfen bürgerlicher Freiheitsrechte". Soll heißen: Die Minarette sind ein Symbol für den Siegeszug der Freiheit. Wir können aufatmen.

Die „ersten Synagogen in Deutschland" waren übrigens die von Worms (erbaut anno 1034) und Erfurt (1094). Um welche „bürgerlichen Freiheitsrechte" ging es im elften Jahrhundert noch gleich? Ach richtig, um den freien Zugang zum Heiligen Land, weshalb man alsbald die Rosinante sattelte, um … nein, das kann Rohe unmöglich gemeint haben. Vielleicht hat er sich bei der zeitlichen Zuordnung von Aufklärung und Revolution auch nur um ein paar Jahrhunderte vertan. Der großzügige Umgang mit historischen Fakten gehört bei Islamwissenschaftlern, die nicht „umstritten" genannt werden wollen, bekanntlich zum guten Ton.

ZITATE

*Mit Hinweis auf den Wortbruch der hessischen SPD-Chefin Andrea Ypsilanti warnte Bayerns Ministerpräsident **Horst Seehofer** (CSU) davor, die zugesagten **Steuererleichterungen** zu kassieren:*

„Das ist im Wahlkampf versprochen worden, und ich empfehle uns dringend, nicht zu Tricksilantis zu werden."

***Ekmeleddin Ihsanoglu**, Generalsekretär der „**Organisation der Islamischen Konferenz**" (OIC), in der 57 islamisch dominierte Länder zusammenschlossen sind, geißelte das Ergebnis der Schweizer Volksabstimmung zum **Minarett-Verbot** scharf. Laut „Spiegel online" sagte der gebürtige Türke:*

„Es ist das jüngste Beispiel für das Schüren von Angst vor dem Islam durch fremdenfeindliche Politiker. Die westlichen Gesellschaften befinden sich in Geiselhaft von Extremisten, die Muslime als Sündenböcke ausnutzen, um an die Macht zu gelangen. Das Minarett-Verbot ist eine bedauerliche Entwicklung, die das Bild der Schweiz als ein die Pluralität, Religionsfreiheit und Menschenrechte achtendes Land trübt."

*Sitz der OIC ist das saudische Dschidda. Hier ein Auszug aus den **Einfuhrbestimmungen** des Königreichs **Saudi-Arabien**:*

„Gegenstände und Artikel, die zu anderen Religionen als zum Islam gehören, sind verboten. Dazu zählen etwa Bibeln, Kruzifixe, Statuen, Schnitzereien, Gegenstände mit religiösen Symbolen wie dem Davidstern und andere."

*Der heutige türkische Ministerpräsident **Recep Tayyip Erdogan** prahlte zum Thema **Minarette** 1998:*

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten."

Pannonicus muss diese Woche entfallen – der Autor war vorübergehend in Krankenhausbehandlung. Wie sehr die Missstände der Gegenwart denen der Vergangenheit ähneln, zeigt ein altes Lied aus dem 17. Jahrhundert, das wir hier abdrucken:

Wer jetzig Zeiten leben will,
Muß habn ein tapfers Herze,
Es sein der argen Feind so viel,
Bereiten ihm groß Schmerze.
Da heißt es stehn ganz unverzagt
In seiner blanken Wehre,
Daß sich der Feind nicht an uns wagt,
Es geht um Gut und Ehre.

Geld nur regiert die ganze Welt,
Dazu verhilft Betrügen;
Wer sich sonst noch so redlich hält,
Muß doch bald unterliegen,
Rechtschaffen hin, rechtschaffen her,
Das sind nur alte Geigen:
Betrug, Gewalt und List vielmehr,
Klag du, man wird dir's zeigen.

Doch wie's auch kommt, das arge Spiel,
Behalt ein tapfers Herze,
Und sind der Feind auch noch so viel,
Verzage nicht im Schmerze.
Steh gottgetreulich, unverzagt,
In deiner blanken Wehre:
Wenn sich der Feind auch an uns wagt,
Es geht um Gut und Ehre!